

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich 4 Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Oktober 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Religion und Schule.

„Allenfalls wurde dem Lehrten in der Religionsstunde eine gewisse Feierlichkeit beigelegt — aber eingepaukt mußte das vorgeschriebene Pensum werden, genau so, wie das Cimmaleins, die Geschichtstabellen, die geographischen Namen und Daten, die Gedichte, die Deklinationen u. a. So verlangten es Vertreter der Kirche, die im Konfirmationsunterricht auf einem gewissen feststehenden kirchlichen Stoffquantum weiterbauen und der Jugend das nötige theologische Gepräge verleißen wollten, mit dem versehen sie im 14. Lebensjahre abgestempelt nun ins Leben hinaustraten konnten — mit dem bekannten Effekt, daß die Konfirmation für die weitaus größte Zahl der jugendlichen Teilnehmer zu einem Abschiedsfest von der Kirche geworden ist.“

„... dieser blinde Glaube an die Wunderkraft des kirchlichen Wissens! Als ob die Masse es täte; als ob wir es nicht zuweilen erlebt hätten, daß gemeine Verbrecher durch ihr kirchliches Wissen sich geradezu auszeichnen.“

„Wollte man der Jugend irgend eine philosophische Metaphysik wörtlich einprägen, so würde überall ein Sturm der Entrüstung losbrechen und die Volksseele überfordern — die kirchliche Metaphysik aber darf zum Lehrgegenstande für Kinder gemacht werden, allerdings nicht mehr auf der Unterstufe, wie früher, aber auf der Mittelstufe, also Kindern von zehn Jahren darf man davon schon bieten. Einen solchen Unfug hat die Kirche bis heute nicht nur geduldet, sondern geradezu befördert. Wer kann sich dann wundern, wenn die Kinder schleunigst davonlaufen und alles über Bord werfen, was nur entfernt an „Religion“ grenzt?“

„Man erinnere sich doch, daß schon Schleiermacher den Wahn, Religion sei durch dogmatische Unterweisung lehrbar, gründlich zerstört hat. Aber trotz Schleiermacher, der von der offiziellen Welt in Staat und Kirche zwar verehrt, aber nicht beachtet wird, liegt der Schwerpunkt des religiösen Jugendunterrichts immer noch in der Dogmatik.“

„Die Machthaber im Staat und in der Kirche wollen es nicht sehen — oder wenn sie es sehen, scheuen sie sich zu helfen —, daß der Religionsunterricht unserer Schulen eine vollständig isolierte Stellung einnimmt. Er bildet eine Welt für sich, aber eine Welt ohne Leben und darum ohne Einfluß. Daneben werden die Naturwissenschaften gelehrt und Geschichte und Literatur gelehrt. Eine alte überlebte und eine neue aufstrebende Welt liegt man in den Köpfen der Jugend nebeneinander nieder. Glaubt man denn, daß dies ohne Anstoß geschehen kann?“

„Die Verjüngung an unseren Kindern fängt früh an. In vielen Schulen werden die Kinder mit dem Religionsunterricht be- glückt, denn, so heißt es, die frühesten Eindrücke sind die stärksten und nachhaltigsten. Das wäre ganz gut, wenn die Kinder dieses und nachhaltigsten. Das wäre ganz gut, wenn die Kinder dieses und nachhaltigsten. Das wäre ganz gut, wenn die Kinder dieses und nachhaltigsten.“

„In dem Augenblicke, in dem Gescheitete und Geschorene, Liberale und Konservative vereint mit dem gleichen Eifer daran gehen, die preussische Volksschule noch mehr als bisher in die Hände der Kirche zu liefern, verdienen solche Worte eines Pädagogen, der von Haus aus protestantischer Theologe ist und den theologischen Doktorgrad besitzt, besondere Beachtung. Professor W. Rein in Jena, der über den Religionsunterricht der Volksschule ein so vornehmendes Urteil fällt, wird also ein ebenso unbedächtiger wie wohlunterrichteter Zeuge wohl in Anspruch genommen werden dürfen. Herr W. Rein gebört zur Richtung der liberalen Theologen und ist eine durchaus religiös gestimmte Natur. Von der Sozialdemokratie will er nichts wissen. Und den Atheismus, den er als die Aufklärung der Sozialdemokratie anspricht, nennt er die trostloseste aller Weltanschauungen. Auch die besondere sozialdemokratische Meinung, der Religionsunterricht sei unabhängig von der Schule, wo er von den Eltern gewünscht werde, von der Kirche zu erziehen, billigt er nicht. Das amerikanische und französische Vorbild findet nicht seinen Beifall. Denn er meint, die „bloße Reconnissancevermittlung“ genüge nicht, und „irgend eine Weltanschauung“ müsse in der Schule herrschen.“

Seine Weltanschauung ist allerdings ein wenig verworren. Denn wenn er keine kirchlich-dogmatische Weltanschauung in der Schule herrschen lassen will, sondern als Hauptziel für den Religionsunterricht „das Einleben in die Persönlichkeit Jesu“ betrachtet, so entzieht doch wieder die große Frage, was von der Persönlichkeit Jesu außerhalb der religiösen Dogmatik eigentlich übrig bleibt. Eine menschliche Persönlichkeit, deren wirkliche Existenz, deren Leben und Handeln der historischen Kritik unterliegt, oder eine mythische Gestalt, die das Gemüt ergreift, die Phantasie anregt, als ideales Vorbild, aber doch als etwas Unwirkliches — im Sinne der Wissenschaft — gilt? Herr Professor Rein verlangt Freiheit der Wissenschaft, Freiheit auch für den Religionslehrer, „damit er sein Herz in den Unterricht hineinlegen kann.“ Wir sind's zufrieden, und die Frage zu stellen, wieviel dann von einer gemeinsamen Religion oder auch nur einer gemeinsamen Weltanschauung übrig bleiben mag, ist nicht unsere Sache.

Auch die „Simultanen“ ist sein Ideal nicht. Unseres noch weniger, sofern diese „Simultanen“, wie beim gegenwärtigen

Kurse in Preußen nicht anders zu erwarten ist, die „Doppelkonfessionsschule unter einem Dache“ bleibt. Um aus der Klemme herauszukommen, gebe es nur ein Mittel: es in die Entscheidung der Eltern zu legen, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen. Darum glaubt Rein, der Streit um die Schule könne vom Standpunkte der Gewissensfreiheit nur in folgender Weise geregelt werden:

1. Die Glieder der staatlich anerkannten Religions-Gesellschaften können zur Gründung von Konfessionsschulen zusammen- treten;
2. Familien verschiedener Konfessionen können sich namentlich aus praktischen und nationalen Motiven zur Gründung von Simultanen vereinigen;
3. Die Dissidenten können Schulen gründen; ebenso einzelne Personen und Genossenschaften, soweit sie sich über ihre Erziehungsgrundsätze der obersten Schulbehörde gegenüber genügend ausweisen.

Die Theorie der Gewissensfreiheit würde bei dieser Praxis allerdings nicht auf ihre Rechnung kommen. Denn zunächst widerspricht es der Gewissensfreiheit, überhaupt bestimmte Religionsgesellschaften staatlich anerkennen, andere aber, deren religiöse Überzeugungen ebenso ehrlich sind, von der staatlichen Anerkennung auszuschließen. Ferner würde dissidentischen Genossenschaften nach dem Rein'schen Plan in der staatlichen Wirklichkeit allemal erlaubt werden, daß sie sich über ihre Erziehungsgrundsätze nicht „genügend ausweisen“ könnten. Dagegen hält Rein diesen Nachweis von vornherein für erbracht von Kirchen, deren Art, Religion zu lehren, er selbst als Unfug bezeichnet! Solange weiter der „Un- glaube“, nicht der heuchlerisch maskierte, sondern der mannhaft Bekannte, von der staatlichen Autorität geachtet bleibt, würden viele Eltern, statt die erwünschte Gewissensfreiheit zu erhalten, in den schlimmsten Gewissenskonflikt hineingetrieben werden. Und schließlich hat das Schulbuch des Prof. Rein mit der Konfessionsschule den praktischen Nachteil gemein, daß seine Verwirklichung zu einer höchst unwirtschaftlichen Zersplitterung der Kräfte führt und der Förderung, mit dem mög- lichst kleinsten Aufwande die möglichst größte Wirkung zu erzielen, widerspricht. Ist es nicht der heillose Wahnwitz, daß es in irgend einem Pörsenkel einen katholischen, einen protestantischen, einen israelitischen, einen simulantischen und womöglich noch einen einer anderen Genossenschaft angehörigen Lehrer — sechs statt einen — geben soll?

Die Vorschläge des Professor Rein mögen darum dem redlichsten Herzen und der vornehmsten Gesinnung entspringen — praktisch ausführbar sind sie nicht, und Aussicht auf Verwirklichung haben sie auch nicht. Nicht in ihnen liegt der Wert und die Bedeutung seiner Ausführungen, sondern in seiner Kritik der teils bestehenden, teils geplanten staatlichen Konfessionsschule, wie sie in Wirklichkeit ist und werden soll. Wenn aber selbst nach dem Urteil eines theologisch gebildeten Pädagogen der Religionsunterricht, wie er heute in der Schule getrieben wird, ein Unfug ist, dann entsteht für die Eltern als Staatsbürger die dringende Frage, ob sie diesen Unfug, der mit ihren Kindern getrieben wird, fernerhin dulden wollen, ob sie es dulden dürfen, daß diesem Unfug durch das konservativ-liberale Schulkompromiß weiterer Vorschub geleistet werden soll.

Mit aufrichtiger Bekümmernis steht der religiös gestimmte Prof. Rein als die Wirkung des gegenwärtigen Schulsystems die fortschreitende Abkehr der Massen von der Religion. In dessen Ver- werfung sind seine religiöse Gesinnung und die „trostloseste aller Weltanschauungen“ vollkommen einig. In der Freiheit findet jede ehrliche Meinung ihren Vorteil, nur ein heuchlerisches Geschäfts- christentum fürchtet mit Recht Nachteil von ihr. Während aber im deutschen Volksgemüte die Forderung der vollkommenen Gewissens- freiheit so mächtig geworden ist, daß sich selbst Theologen ihr nicht mehr verschließen können, geht das liberal-konservative Kartell an die Arbeit, die jugendlichen Geister noch härter als bisher in die Fesseln einer „alten, überlebten Welt“, die Fesseln von Dogmen- und Formelkram zu schlagen. Die Theologie beschämt den bürger- lichen Liberalismus!

### Der Seesieg der baltischen Flotte

hat in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erregt. Die englische Presse schlägt heute einen schärferen Ton an als gestern. Man erklärt, daß Russland sich sämtlichen englischen Forderungen unter- werfen müsse, da die geringste Enttäuschung unberechenbare Folgen haben könne. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß dringende Vorstellungen bereits an die russische Regierung in Petersburg ge- richtet worden seien, daß man ihr auseinandergelegt habe, die Lage sei eine solche, daß sie nach Ansicht der Regierung keinen Verzug dulde. Man verlange unverzügliche Erklärung und Satisfaktion, als besondere Gefälligkeitsleistung betrachte man es, daß die russischen Schiffe weiter gefahren seien, ohne irgend welche Hilfe zu leisten. Der Premierminister Balfour sandte dem Bürgermeister von Hull ein Telegramm, in dem er versicherte: „Sie können volles Vertrauen zu der Handlungsweise der Regierung nehmen.“

Als Probe der Tonart der englischen Presse diene folgender Schlußpassus eines Leitartikels des konservativen „Standard“: „Angenommen, dieselben zuchtlosen Kanoniere oder unglücklichen Kommandeure, die letzten Fischerboote in den Grund geholt haben, ließen sich beifallen, morgen auf einen Dampfer des Nord- deutschen Lloyd oder einen britischen Postdampfer voller Passa- giere zu feuern? Wir möchten nicht eines schönen Morgens die Schredenskunde erfahren, daß 4-500 Männer, Weiber, Kinder durch Admiral Roschidjewitsch und das Gefolge unter seinem Befehl ein neues Grab gefunden hätten. Das Weringste, was

der Zar nach dem neuesten Vorfall tun kann, ist, sein nuch- loses Geschwader sofort heimzurufen und die kommandierenden Offiziere vor das Kriegsgericht zu stellen. Wir rechnen darauf, daß er den gemachten Vorstellungen Folge geben wird. Falls aber das Auswärtige Amt keinen Erfolg hat, wird die Admiraltät handeln müssen. Die Kommandeure der britischen Flotten müssen angewiesen werden, der russischen Ostseeflotte scharf auf die Finger zu sehen und die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um Handel und Schifffahrt jeder Art vor ihrer rücksichts- losen Verheerung zu schützen.“

Auch in Paris ist man geradezu verblüfft über das ungeheuer- liche Vorgehen der russischen Flotte. Im „Matin“ liest man:

„Die russische Flotte treibt es gut. Der Anfang ist viel- versprechend. Es ist klar, daß sie von etwas nervösen Führern befehligt wird, deren Einbildungskraft vor Nachtzeit Wespensier fliegt. Diese Nervosität der russischen Offiziere ist eine Gefahr für die Neutralen, aber eine nicht minder große Gefahr für die Flotte selbst.“

Die russenfreundliche nationalistische Presse hält sich ob dieses wunderbaren Seesieges in verlegenes Schweigen.

In Petersburg selbst hat die Presse über den Vorfall bis jetzt nur sehr wenig berichten können, da die Zensur die Reuters-Nach- richten über das unglückliche Vorkommnis kassiert hat, damit sie nicht in der Presse bekannt würden. Dieses Verfahren, der Offen- heit einen hochwichtigen politischen Vorgang vollständig zu unter- schlagen, ist echt russisch! Ueberhaupt zeigt man in Russland ein größeres Phlegma dem Falle gegenüber als angebracht wäre. So wird es in England dem Zaren außerordentlich verdächtig, daß er nicht sofort ein Telegramm des Bedauerns oder auch nur ein Beileidstelegramm für die Opfer der russischen Geschütze gesandt hat. Ob man dem Zaren selbst von dem unglücklichen Vorgang noch keine ausreichende Kenntnis gegeben hat?

Im „Berliner Tageblatt“ erklärte der Marine- Mitarbeiter Graf Reventlow das russische Vorgehen für um so rätselhafter, als jeder, der nur einmal nachts durch die Nordsee gefahren sei, wissen müsse, daß unzählige Massen von Fischer- fahrzeugen sich dort umhertreiben. Jeder Kaufahrtdampfer müsse diesem Umstand seine größte Aufmerksamkeit widmen, damit er nicht den Fischern in ihre Netze fahre oder gar Fahrzeuge überlaufe. Auch hätten die vorschrittsmäßigen Positionslichter der russischen Flotte zeigen müssen, womit sie es zu tun hätten. Graf Reventlow bemerkt übrigens, daß der Admiral Roschidjewitsch als ein überaus nervöser und durch geringfügige Dinge schon in maßlose Aufregung geratender Herr bekannt sei. Es sei freilich um so rätselhafter, daß man einen solchen Menschen mit dem Oberbefehl über die Flotte betraut habe.

Ueberhaupt findet der Vorfall in der gesamten deutschen Presse eine überaus scharfe Beurteilung. Die „Berliner Neueste Nach- richten“ nennen ihn ungeheuerlich und unerklärlich. Eine Recht- fertigung dieser That sei unmöglich. Es gebe keinen Vorwand, unter welchem in englischen Gewässern russische Schiffe scharfe Schüsse abfeuern könnten. Nur eine Erklärung sei denkbar: der japanische Schrecken sei den Russen so tief in die Glieder gefahren, daß sie überall Japaner sehen, selbst in England.

Vermutlich sind die edlen Seefahrer auch noch betrunken gewesen und haben überhaupt nicht mehr gewußt, was sie taten. Die Sache fängt gut an, kann man hier nur sagen. Die englische Empörung über dieses barbarische Vorgehen wird sich so bald nicht legen und eine ganz erkleckliche Gemüthung heischen.“

Auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt: „Engländer sind freilich keine Franzosen, denen das Tempera- ment mit dem Verstande durchgeht, aber daß ein russisches Ge- schwader, welches nach endlos langen, nicht sehr rühmlichen Vor- bereitungen zum Entsatze einer hartbedrohten Festung in fernem Osten ausläuft, seine Kriegslaufbahn mit einer schweren Beileidigung der britischen Handelsflagge beginnt, das mag auch die größte Kalli- blütigkeit erschüttern und Stimmungen erzeugen, welche zweifellos die Kabinette der Großmächte augenblicklich in lebhaftem Unruhe versetzen. Heute liegt bereits ein russischer Aufklärungsbericht vor: Das Geschwader habe einen Ueberfall mit maskierten Torpedo- booten gefürchtet und deshalb in berechtigter Notwehr gehandelt. Das wäre also ein Mißverständnis, ein verhängnisvoller Zufall gewesen, den man beklagen, freiwillig sühnen, aber nicht zu einem casus belli machen kann. War aber der verhängnisvolle Ueberfall der „Raine“ im Hafen von Ruda nicht auch ein solcher bis heute unaufgeklärter „accident“, den Spanien dennoch mit Krieg, Verlust seiner Kolonien und Vernichtung seiner Flotte büßen mußte? Man kann nur schwer annehmen, daß das be- unruhigende Gerücht, das die Russen — gleich dem tolen Ritter de la Mancha gegen Windmühlen und Schafherden — in blinder Panik auf Heringsboote schlugen, sich von japanischer und eng- lischer Seite absichtlich ausgebreitet worden sei, um gerade einen solchen Zwischenfall zu provozieren. Aber Gelegenheit macht Diebe, und gerade diese Vliegen am eifrigsten zu rufen „halt: den Dieb!“ Auch wenn England nicht der Verbündete Japans wäre — wach große Verjudung, dem Reste der russischen Flotte, der so dicht an Englands Küsten vorbeidampft, auf Grund eines solchen Zwischenfalles neue Hindernisse in den Weg zu legen! So, wenn nicht mächtigere Bündnisse es hinderten, wäre es England zu ver danken, wenn es die einmal doch kommende unausweichliche Auseinandersetzung mit Russland schon jetzt kurzerhand mit der Ver- nichtung des Baltischen Geschwaders erledigte.“

Trotz alledem scheint schon heute festzustellen, daß England keine allzu extremen Forderungen an Russland stellen wird. Hätte sich irgend ein kleiner Staat eine ähnliche Furcht heraufgenommen, so würde John Bull dessen Schiffe sicher kaltblütig in den Grund geholt haben. Da es sich aber um einen großen Staat handelt, dem außerdem noch ein mächtiger Verbündeter zur Seite steht, so wird England wahrscheinlich nicht einmal so weit gehen, die Rückkehr des russischen Flibustier-Geschwaders zu verlangen. Die russischen Schiffe werden weiterfahren können, nachdem Russland das Versprechen abgegeben hat, die schuldigen Offiziere abzurufen, eine respectable Entschädigung zu zahlen und in Zukunft ähnliche

\*) „Religion und Schule.“ Von W. Rein. In „Beiträge zur Weiterentwicklung der christlichen Religion“. München 1903. J. F. Lehmanns Verlag.

Vorkommnisse zu vermeiden. England wird die Sache umsoweniger zum Äußersten treiben, als es der guten Hoffnung leben darf, daß die Japaner alle russischen Sünden mit Jinsen heimzahlen werden. Es ist tatsächlich soweit gekommen, daß der ostasiatische Staat als der Rächer für alle Kulturverbrechen, für alle sinnlosen Barbareien angesehen werden muß, die Rußland ungeheuer den europäischen Nationen gegenüber begehen darf.

Der Ton der Presse gegenüber Rußland ist heute schärfer als gestern. Die Blätter erklären, Entschuldigungen und Erklärungen würden nicht als genügend anzusehen sein. Man müsse die Verhaftung der schuldigen Offiziere und die Einleitung der Fahret des dalsischen Geschwaders verlangen, da sonst England genötigt wäre, den internationalen Handel gegen mörderische Raunen zu schützen. Mehrere Zeitungen finden es befremdend, daß Kaiser Nikolaus nicht seine Sympathie mit den Opfern des Zwischenfalls telegraphisch zum Ausdruck gebracht habe.

London, 25. Oktober. Bei der Leichenschau über die verunglückten Fischer erklärte der Vorsitzende, die Frage, mit der sich die Jury zu befassen habe, sei sehr ernst und vielleicht von internationaler Bedeutung. Das Londoner Auswärtige Amt habe ihn ermahnt, die Leichen photographieren zu lassen. Außerdem sollen die Leichen, wenn es möglich sei, bis zur Befestigung durch die russische Votenschaft aufbewahrt und die Leichenschau solle bis dahin verschoben werden. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß wahrscheinlich noch ein dritter Fischer seinen Verletzungen erliegen werde.

London, 25. Oktober. Das „Neuerische Bureau“ erfährt, die britische Regierung habe in der nach Petersburg gesandten Note gewisse bestimmte Forderungen aufgestellt, darunter in erster Linie die Forderung gebührender Entschuldigung für die Gewalttat und voller Entschädigung für die Opfer der ungerechtfertigten Handlungsweise der russischen Flotte. Weiter werde auf unverzügliche Anstellung einer Untersuchung gedrungen und zwar unter Bedingungen, welche gewährleisten, daß dem Ergebnisse der Untersuchung geeignete Schritte nachfolgen.

London, 25. Oktober. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Der russische Votschafter Graf v. Bendenorff sprach in einer längeren Unterredung, die er heute mit Lord Lansdowne in dessen Wohnung hatte, sein persönliches Bedauern über den Vorfall in der Nordsee aus. Der Ausdruck amtlichen Bedauerns ist aus Petersburg noch nicht eingegangen. (1)

London, 25. Oktober. (B. L. B.) Premierminister Balfour, der heute hierher zurückgekehrt ist, hat durch das Parlamentsmitglied für Hull Sir Seymour King, dem Vizepräsidenten von Hull sein warmstes Mitgefühl mit den Familienangehörigen der bei dem Zwischenfall in der Nordsee umgekommenen und verwundeten Fischer ausgedrückt.

Hull, 25. Oktober. Heute fand die Leichenschau der getöteten Fischer statt. Die russische Votenschaft war entgegen der allgemeinen Erwartung dabei nicht vertreten. Das Begräbnis ist auf Donnerstag nachmittags angesetzt.

London, 25. Oktober. Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Cardiff: Der russische Dampfer „Esperance“, der gestern abend mit Vorräten für die russische Flotte den Hafen verlassen wollte, begann nachmittags zu sinken. „Daily Telegraph“ zufolge ergab die Untersuchung des Schiffes, daß es unter der Wasserlinie angebohrt war. Das Schiff sei vormittags noch vollständig seetüchtig gewesen. Man glaube in Cardiff, daß einer von den auf dem Schiffe beschäftigten Arbeitern die Tat begangen habe, um für den Angriff der russischen Flotte auf die Fischerflotte Vergeltung zu üben. Der Wert der Ladung des Schiffes beziffert sich der „Daily Mail“ zufolge auf 100 000 Pfund Sterling.

London, 25. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Obwohl England äußerlich ruhig ist, ist die Entrüstung tief und allgemein. Der russische Votschafter wurde bei der Rückkehr vom Kontinent auf der Bahstation von einer feindsigen Demonstration empfangen. Das Gefandtschaftsgebäude wird polizeilich bewacht. Das russische Schiff „Esperance“, das in Cardiff Fleischwaren, Spirituosen und 300 000 W. Gold von London erhielt für die Flotte, wurde gestern von unbekannter Hand beschädigt.

Hull, 25. Oktober. (B. L. B.) Das Fischerboot „Snipe“ ist heute abend hier eingetroffen mit zwei Verwundeten des „Crane“. Der Schiffskörper des „Snipe“ ist stark beschädigt.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 25. Oktober. Marshall Dyama berichtet, die Gesamtzahl der Verluste der Japaner einschließlich der Offiziere in den Kämpfen am Schaho an Toten, Verwundeten und Vermissten belaufe sich auf 15 879.

London, 25. Oktober. Dem „Standard“ wird aus Tokio vom gestrigen Tage gemeldet, der Betrag der dritten japanischen Kriegsanleihe sei, abgesehen von der Liste erst in acht Tagen aufgelegt werde, jetzt schon, allein durch Zeichnungen in Tokio, reichlich gedeckt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober.

### Bürger-Clend.

In grauem Nebel liegt dem Bürgertum die deutsche Zukunft. Während in anderen Staaten das Bürgertum sich zu politischer Macht erhoben hat, ist es in Preußen-Deutschland je weiter je ohnmächtiger geworden. Ab und zu wird es sich des Clends bewußt und bricht in verzweifelte Klage aus.

Jetzt, da die parlamentarischen Arbeiten wieder aufgenommen werden, sollte ein taikräftiges Bürgertum seine Stunde gekommen sehen. Aber für das deutsche Bürgertum ist das Parlament, die Wähne der bürgerlichen Macht, zum Zeugnis vollendeter Ausichtslosigkeit geworden. Zwei freisinnige Blätter leiten die wiederbeginnen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses mit trüblicher Betrachtung ein. Das „Berliner Tageblatt“, nachdem es die Aufgaben des Abgeordnetenhauses dargestellt, sagt:

„So stehen zwar wichtige Probleme aller Art zur Debatte, aber in jedem einzelnen Falle muß man fürchten, daß die Dinge noch schlimmer werden, als sie heute schon sind. Eine Besserung ist auch nicht zu erwarten, solange der Liberalismus auf den Tiefstand beharrt, auf dem er sich heute befindet.“

Niemand erkennt in diesem Geständnis des eigenen Tiefstandes eine Aenderung zu großer politischer Verschiedenheit. Noch trüber klingt es aus der „Vossischen Zeitung“:

„Die Parlamente zeigen im Reich wie in Preußen eine traurige Unfruchtbarkeit. Nirgends ein großer Zug, ein kräftiger Schwung, ein durchgreifender Fortschritt. Die Regierung lebt von der Hand in den Mund; Unsicherheit, Verdricklichkeit, Mißstimmung kennzeichnen die Lage. Und so wenig erhoffen weite Kreise des Volkes vom Parlament, so wenig für die Freiheit und Wohlfahrt der Gesamtheit, daß sie bei seinem Zusammentritt allgemach eher Unbehagen als Befriedigung empfinden.“

Wäre die Stimmung, welche die „Vossische Zeitung“ zeichnet, die Stimmung „weiter Kreise des Volkes“, so stünde es allerdings entsetzlich um alle weitere Zukunft. Aber die freisinnigen Blätter geben nur die Trostlosigkeit ihres Bürgertums wieder, welches sich der Möglichkeit beraubt sieht, im Parlament bürgerliche Politik zu treiben.

Einen weiteren und noch bedeutsameren Beitrag zum deutschen Bürgerclend bringt gleichzeitig ein Artikel der „Parlamentarischen Zentrumskorrespondenz“. Die Korrespondenz geht von der Ansicht des Abg. Dr. Vachem aus, wegen geschwächter Gesundheit sein Landtagsmandat demnächst niederlegen zu wollen. Unter der Aufschrift „Ueberarbeitete“ wird geschrieben, wie der Abg. Vachem ein Opfer unserer parlamentarischen Zustände sei. Obwohl er erst in der Mitte der vierziger Jahre steht, sei er „mit seinen Necken fertig“. Wie ihm, gebe es aber zahlreichen Abgeordneten. Die wenigen Mitglieder des Reichstages, auf deren Schultern die ganze Arbeitslast ruhe, befinden sich mehr oder weniger in ähnlicher Lage wie der Abgeordnete Vachem. Wohl gebe es in allen Fraktionen Abgeordnete, die weit mehr leisten könnten, als sie tun, und instände wären, die weniger, mit Arbeit Ueberhärdeten zu entlasten. Woran aber, fragt der Artikel, der durch die Zentrumspresse geht, liegt dieses Uebel? Wie ist das zu bessern? Wie ist zu verhindern, „daß die pflichttreuesten, tüchtigsten Abgeordneten sich durch Ueberarbeit zu Grunde richten?“ Und die Antwort lautet: Wir wissen kein anderes Mittel als Diäten. Durch Diäten würde es möglich, manchen brauchbaren und arbeitslustigen Mann in den Reichstag zu bringen, der heute die Wahl ablehnen muß. Durch Diäten würde es möglich, einen beschlußfähigen Reichstag herbeizuführen. Zugleich würde dann die Ueberbürdung der unermüdeten Doppelmandatäre, unter der beide Parlamente, Reichstag wie Abgeordnetenhaus, schwer leiden, beseitigt werden. Dann gäbe es Raum für neue Arbeitskräfte.

In dieser Zentrumsfrage, die eine Anklage gegen die Regierung sein will, steht die schwerste Anschuldigung gegen die bürgerlichen Parteien, gegen das Zentrum selbst. Seit seinem Bestehen hat der Reichstag mehr als ein Duzend Mal die Notwendigkeit von Diäten ausgesprochen. Früher blieben Diäten versagt, weil sie der Sozialdemokratie zu flatten kommen würden. Längst aber ist anerkannt, daß gerade die Sozialdemokratie ohne Diäten trefflich gedeiht und daß die Diätenlosigkeit nur die bürgerlichen Parteien schädigt. Der Reichstag leidet fortgesetzt unter jämmerlicher, seine Würde verletzender Beschlußunfähigkeit. Die bürgerlichen Parteien sind völlig unfähig, ihre gesetzgeberischen Aufgaben so zu vollführen, wie sie es für unbedingt erforderlich halten. Sie klagen verzweifelt über das Vorwiegen der Sozialdemokratie im Reichstag infolge der Diätenlosigkeit. Sie sehen, daß ihre besten Kräfte sich in nervenzersetzender Ueberarbeit aufreiben. Sie sehen das bürgerliche Parlament im Ansehen sinken und ihre Parlamentarier unter dem Uebermaß der Wähen, vorzeitig zusammenbrechen, ohne daß Ersatz möglich wäre. Und das alles um die Verweigerung der Diäten willen!

Die bürgerlichen Parteien bewilligen der Regierung Jahr um Jahr den Milliardenetat, aber sie sind ohnmächtig, die wenigen Hunderttausend Mark zu erreichen, durch welche ihre Arbeit fruchtbar werden soll. Die bürgerlichen Parteien bewilligen Diäten auch für die Bundesratsmitglieder, aber sie sind außerstande, den gleichen Anspruch für die vorgeblich gleichberechtigte Gesetzgebungskörperschaft durchzusetzen. Welche Tragikomödie der politischen Verelendung: ein Bürgertum, das einer Regierung die unbedingtesten und ungeheuerlichsten Ansprüche in unerhöplicher Vereinstwilligkeit erfüllt und als Dank die Versagung der berechtigten und wahrhaft lümpig geringen Ansprüche erntet!

Die „Voss. Ztg.“ hat nur allzu recht: Von diesem Parlament der Freisinnundwürdigkeit und des Zentrumstruges ist wenig für die Freiheit und Wohlfahrt der Gesamtheit zu erhoffen. —

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag seine Verhandlungen wieder auf. Auf der Tagesordnung standen lediglich Petitionen ohne allgemeines Interesse.

Am Mittwoch kommt die freisinnige Interpellation wegen des Falles Wirbach und an zweiter Stelle die Zentrumsinterpellation wegen der Wahlbeeinflussungen im Saarrevier zur Besprechung. Die Herren v. Hammerstein und Müller haben die Sommerferien hoffentlich zu eingehenden Informationen benutzt, um endlich die längst fällige Auskunft über die eigenartigen Vorgänge in ihren Ressorts erteilen zu können. —

### Das preussische Wahlrecht.

Am Mittwoch, den 26. November, sollen im preussischen Abgeordnetenhause der freikonservative und der freisinnig-national-liberale Wahlrechtsantrag zur Beratung kommen. Beide Anträge dienen der Vereinfachung des preussischen Junker- und Polizeistaat schätigen Dreiklassenwahlrechts. Es sollen ein paar Unbequemlichkeiten beseitigt werden, die das Ernennen von Abgeordneten durch die privilegierten Klassen erschweren. Die erste Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wahlen hat den Leuten der ersten und zweiten Klasse zu viel Schrecken bereitet.

Der freikonservative Antrag bezweckt die Zerteilung von ein paar Riesen-Wahlkreisen, der freisinnig-liberale eine allgem. eine Neueinteilung und Zerteilung statt der Drittelung, beide außerdem die Drittelung statt nach Urwahlbezirken, nach Kreisen sowie ein Wahlverfahren nach der Art der Stadtverordneten-Wahlen, letzteres will jedoch der freikonservative Antrag nur für die größten Wahlkreise einführen.

Die Beseitigung der Drittelung nach Urwahlbezirken bedeutet eine direkte Verschärfung des plutokratischen Charakters des Wahlrechts, und diese Verschärfung liegt dem Freisinn besonders am Herzen, weil er dann nicht zu fürchten braucht, den dritten Berliner Landtags-Wahlkreis an die Sozialdemokratie zu verlieren. Die Beseitigung der allerdings unsinnigen — aber das ganze Wahlrecht ist blanke Unsinns — Drittelung nach Urwahlbezirken bedeutet das endgültige Monopol der ausschließlichen Herrschaft der Besitzenden im Parlament.

Das Zentrum ist gegen die Aenderung des Drittelungs-Systems, das ja von ihm ins Gesetz gebracht worden ist und ihm vorteilhaft ist in den Städten, wo es mit den Nationalliberalen zu kämpfen hat. Das Zentrum würde allerdings von den anderen Parteien überstimmt werden können. Doch scheinen auch die Konservativen gegen eine Aenderung des Drittelungs-Verfahrens zu sein.

Ueberblickt man die Aeußerungen der verschiedenen Parteiblätter — die Konservativen sind auch gegen eine Reform des Wahlverfahrens —, so wird aus der ganzen Wahlsreform vermutlich nur eine Aenderung herauskommen, die Zerstückelung von ein paar übergroßen Wahlkreisen unter Vermehrung der Zahl der Abgeordneten, so daß ja nicht etwa die Städte auch nur einen Bruchteil erhöhten Einflusses gewinnen können.

Ganz besonders scharf wenden sich die Konservativen gegen eine allgemeine Neueinteilung der Wahlkreise. Die „Kreuzzeitung“ erinnert zur rechten Zeit daran, daß auch die Gleichheit des Reichstags-Wahlrechts nur auf dem Papier steht und es in Wahrheit ein ungeheuerliches Pluralitätssystem darstellt. Das Blatt schreibt:

„Rundweg müssen die Konservativen den Gedanken einer Neueinteilung der Wahlkreise ablehnen, wie sie von den Liberalen verlangt wird. Sehen wir selbst von der Verunsicherung ab, die eine solche Neueinteilung in die Bevölkerung tragen würde, so ist

zunächst zu bemerken, daß die Verfassungsurkunde, indem sie bestimmt, daß die Wahlkreise durch Gesetz bestimmt werden, in dieser Beziehung einen möglichst lange andauernden Zustand herbeiführen, also eine Aenderung nach Maßgabe der Veränderung der Bevölkerung nicht ohne weiteres ins Auge gefaßt wissen wollte. Das erhellt auch aus der Entstehungsgeschichte des entsprechenden Artikels der Verfassungsurkunde. Ferner sind die Folgen, die eine Neueinteilung der Landtags- und Wahlkreise haben würde, so unheilvoll, daß man besonnenen Politikern nicht zumuten dürfte, zu einer solchen die Hand zu bieten. Denn wenn eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise in Preußen vorgenommen würde, so würde die gleiche Maßregel für die Reichstags-Wahlkreise die notwendige Folge sein. Das wäre gleichbedeutend mit einer erheblichen Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Reichstage; legte man wirklich lediglich den Bevölkerungsdurchschnitt zugrunde, so müßte die Zahl der Abgeordneten, die von den großen Städten und Industriebezirken gewählt werden, wesentlich, fast bis auf das Doppelte vermehrt werden, und diese Vermehrung würde fast durchweg der Linkspartei zugute kommen. Wer unserem Vaterlande eine ruhige und geordnete Entwicklung wünscht, darf zu einer Maßregel, die diesen Erfolg haben würde, nicht die Hand bieten.“

Abgesehen von dem verfassungsrechtlichen Schwindel, daß die Verfassungsbestimmung der Wahlkreis-Einteilung durch Gesetz die Unterlassung einer gesetzlichen Regelung bedeute, erhellt aus dieser Auslassung, wie die ganze Wahlreform eine schamlos freche Verhöhnung des Volkes ist, an der alle bürgerlichen Parteien mitschuldig sind und mitwirken.

Dies Wahlrecht darf nicht wirklich reformiert werden, weil es die Bevölkerung „beunruhigen“ würde, wenn es endlich — ein Recht erlangte, das ihr vor einem halben Jahrhundert von einer Rotte brutaler Staatsräuber geraubt wurde.

Koch immer sieht sich das Junkertum Herr über dem Gutbezirk Preußen. Koch immer haben wir eine politische Gesinde-Ordnung statt einer Verfassung. Koch immer herrscht in Preußen Besitz, Bureaukratie und Polizei genau so unumschränkt wie in Rußland.

Das Bürgertum hat den Kampf aufgegeben. Dem Proletariat ist die Mission überantwortet, einen preussischen Staat zu schaffen, der heute nur ein preussischer Gutbezirk ist. Die preussische Politik ist das Schicksal des Deutschen Reiches. Und das Schicksal der preussischen Politik ist die Verdrücktheit seines Wahlsystems. Erhebe nun das Proletariat, die Sozialdemokratie, machtvoll seine Stimme, um seine Elementarrechte endlich zur Geltung zu bringen. —

## Deutsches Reich.

### Alte Rezepte.

In einer neuen Veröffentlichung des Herrn v. Poschinger findet sich ein bisher unbekannter Bismarck-Brief, der die Klünne des reaktionären Junkers, die sie stets gleich geblieben sind, recht lehrreich verurteilt. Im Juli 1866 sandte der Geheim Legationsrat bei der preussischen Gesandtschaft am Bundestage v. Bismarck-Schönhausen an seinen vorgelegten Minister v. Manteuffel aus Frankfurt a. M. einen Bericht „über das Treiben der hiesigen demokratischen Vereine“. Da wird von allerlei Polizeibetätigung erzählt, von leider erfolgloser Hausdurchsuchung bei zwei demokratischen Häusern. Dann fährt der spätere Reichskanzler des Epithetursus fort:

„Ein hiesiger Agent hat mir Auskunft auf nähere Notizen über den wahrscheinlichen Hundert von Verdächtigen gemacht. Wenn derselbe zuverlässige Angaben liefert, so fragt es sich, ob man nicht dahin wirken kann, daß von Seiten des Bundestages, in Ausübung der dem Bund obliegenden Sorge für die Sicherheit, und in Anbetracht der exzeptionellen Verhältnisse des Staates und der Stadt Frankfurt, unerwartete militärische Maßnahmen herbeigeführt werden. Die juristische Rechtfertigung eines solchen Schrittes wäre dann noch näher ins Auge zu fassen. Wenn irgend welche Aussicht vorhanden wäre, daß das revolutionäre Treiben hierzulande zu einer baldigen Eruption führen könnte, so würde ich nicht dafür stimmen, eine solche zu hindern oder durch Aufstellung von vermehrten Truppenmassen zu erschweren; wie aber die Sachen liegen, so handelt es sich lediglich um eine unter dem Geheiß der Märzerrungenchaften geführte, langsame aber sichere Korruption der Massen zum Behufe künftiger Eventualitäten. Vorrangswiese ist die Tätigkeit der hiesigen Lokalpresse, mit Einschluß des „Deutschen Frankfurter Journals“, darauf gerichtet, den religiösen Sinn der verschiedenen christlichen Konfessionen als eines der stärksten oder vielmehr das stärkste und allein nachhaltige Bollwerk gegen die Revolution, zu untergraben. . . . Die dem Treiben die Waffe der Presse und der Vereine einigermassen aus der Hand zu winden, ist eine Aufgabe des Bundes, bei deren Erfüllung sich auf eine vollständige Aufrichtigkeit des österreichischen Bündnisses mit Wahrscheinlichkeit rechnen läßt, obgleich der gelegentliche Bestand demokratischer Blätter, solange dieselben existieren und Einfluß haben, jenseits nicht verschmäht wird. . . .“

Eine neue Erscheinung am Horizonte der hiesigen Lokalpresse sind Artikel in den kleinen demokratischen Blättern, die Desferreich auf Kosten Preußens erheben, von welchen ich mir ein Exemplar (Probe) aus dem „Frankfurter Tagblatt“ unter der Rubrik „Nachrichten aus dem Bundesstich“ beizufügen erlaube. Ein neuer Beweis, wie sehr uns Desferreich an geheimen Fonds überlegen ist.“

Das ganze Arsenal der Bismarckschen Staatskunst gegen „mischeliebige“ Volksbewegungen: Geheimagenten; plötzliche Hausdurchsuchungen, für die sich nachher der juristische Entschuldigungsgrund anfinden wird; Unterdrückung der Presse und des Vereinswesens; Geheimfunds, die höher sein müssen als die aller anderen. Weitans am interessantesten aber ist das Verbot der Wut- und Sehnsucht: Welch Schade, daß die Demokraten gar keine Reizung zu gewalttätigem Vorgehen zeigen! Taten sie es doch! Kein Hindernis sollte die förmliche Reizung im Keime ertöten, keine Erschwerung durch vermehrte Truppenaushebung! Gefegnet wäre die Eruption, die den Vorwand gibt, das „revolutionäre Treiben“ in Blut und Schrecken zu Boden zu schlagen.

Man weiß, daß Bismarck dem Blutglauben bis an sein Ende treu blieb. Und die gelehrigen Schüler seiner tiefen und sittlichen Staatskunst träumen heut von der gesegneten Eruption, die der Meister 1866 erhoffte. —

Der Beirat für Arbeiterpolitik ist zum Montag, den 7. November zu einer Sitzung einberufen, um über folgende Gegenstände zu verhandeln: 1. geschäftliche Mitteilungen; 2. weitere Behandlung der Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge im Fleischerhandwerk; 3. Erhebung über die Arbeitszeit der in Plättanstellen und in nicht als Fabriken oder Werkstätten mit Motorbetrieb anzusehenden Waschanstalten beschäftigten Personen; 4. Erhebung betreffend die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in der Fischindustrie; 5. Erhebung betreffend die Lohnhöher in der Kleider- und Wäsche-Konfektion; 6. Wahl von Ausschüssen für die Erhebungen unter 3, 4 und 5 der Tagesordnung; 7. Mitteilungen über den Stand der Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Kontoren des Handelsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind.

Besonders bemerkenswert ist Punkt 3 der Tagesordnung. Die Plättanstellen gehören zu jenen Anstalten, über welche insofern ein gewisses Dunkel liegt, als der tägliche Beobachter nicht sagen kann, ob und wann die darin beschäftigten Frauen eine Aubezeit haben. Es ist daher nötig, daß hier die Geheimnisse ans Tageslicht gezogen werden.

Tippe. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ herrscht in Bundesratskreisen allgemein die Auffassung, daß der Schaumburgische Protest gegen die Regentenschaftsübernahme seitens des

Grafregenten Leopold gänzlich unstatthaft ist. Man soll die Hoffnung hegen, daß Schaumburg diesen Teil des Protestes zurückziehen werde, wenn es nicht eine vollkommene Niederlage in dieser Frage erleiden wolle. Anders sehe es mit der Thronfolgefrage, die sicherlich irgend einem Gericht oder Schiedsgericht unterbreitet werden wird.

**Ein erblicher Gesetgeber.** Der Senior der Familie Roon, Generalleutnant z. D. Graf Waldemar v. Roon, Fideikommissar auf Kronitz, ist aus Anlaß der Denkmalsenthüllung als erbliches Mitglied in das Herrenhaus berufen worden.

So bewirken die Verdienste, die dem einseitigen Kriegsminister beigegeben werden, erblich gesetgeberische Vernunft in die fernsten Tage.

**Der Landtags-Abgeordnete v. Loebl hat, wie der Präsident am Mittwoch im Abgeordnetenhaus mitteilte, sein Landtagsmandat für Brandenburg-Westhaveland-Zaand-Belegig infolge seiner Ernennung zum Chef der Reichskanzlei niedergelegt.**

### Erziehung zum agrarischen Standesgefühl.

Ein osteiliches Regierungs-Jahrbuch. Aus dem Ober-Verwaltungsgericht wird uns geschrieben: Durch Ministerial-Erlaß vom 8. Oktober 1901 und 10. Januar 1902 ist bezüglich der Beschäftigung ausländischer polnischer Saison-Arbeiter unter anderem bestimmt worden, daß die Arbeitgeber vor der Annahme der Ausländer die Genehmigung des Landrats nachsuchen und sich zur Erfüllung gewisser Bedingungen zu verpflichten haben und zwar durch Unterschrift. Der ostpreussische Gutsvorsteher Rittergutsbesitzer Tibil, welcher russisch-polnische Arbeiter angenommen hatte, weigerte sich wiederum, den folgenden Verpflichtungsschein zu unterschreiben: „Ich verpflichte mich, folgende Bedingungen (für die Annahme ausländischer polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen) einzugeben: 1. Die Annahme ausländischer Arbeiter auf nicht mehr schulpflichtige einzelsehende Personen zu beschränken (falls nicht besondere Genehmigung des Regierungspräsidenten). 2. Die zur Beschäftigung zugelassenen ausländischen Arbeiter von den übrigen Arbeitern absondern und (soweit es sich nicht um Familien handelt) getrennt nach Geschlechtern unterzubringen. 3. Dieselben binnen drei Tagen nach der Ankunft auf meine Kosten auf ihren Gesundheitszustand, insbesondere auf Augenkrankheiten ärztlich untersuchen und, soweit erforderlich, sie impfen zu lassen, auch die Ergebnisse der Untersuchung unter Beifügung der Bescheinigung des Arztes der Anmeldung der Arbeiter beizufügen. 4. Diejenigen Kosten zu erstatten, die durch einen nach dem Ermessen der Behörde etwa notwendig werdenden Rücktransport der Ausländer bis zur Grenze entstehen.“

Die von Herrn Rittergutsbesitzer Tibil angenommenen russisch-polnischen Arbeiter wurden daher wegen seiner Widerpenstigkeit ausgewiesen und er erhielt als der Gutsvorsteher, d. h. als Polizeibeamter, vom vorgelegten Landrat eine Geldstrafe im Disziplinarwege. Nach vergeblicher Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Königsberg klagte Tibil beim Ober-Verwaltungsgericht. Besonders hob er hervor, daß er nicht als Gutsvorsteher die Unterschrift unter den Verpflichtungsschein verweigert habe, sondern als Gutbesitzer. Eine Disziplinarstrafe wäre hier unzulässig, ganz abgesehen davon, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Unterzeichnung solcher Verpflichtungsscheine nicht anerkannt werden könne.

Eine interessante Antwort gab nun der Regierungspräsident auf die Klage: Jene (von den Ministern ausgehenden) Ordnungsvorschriften enthalten das unerlässliche Mindestmaß dessen, was nach reiflicher Erwägung im politischen und sonstigen öffentlichen Interesse unbedingt gefordert werden müsse. In Ermangelung sonstiger geeigneter Mittel zur Durchführung der Vorschriften sei angeordnet worden, daß im Falle der Nichterfüllung mit der Ausweisung der ausländischen polnischen Arbeiter vorzugehen sei. Außerdem würde aber ein weiterer sich freisender Widerstand der Arbeitgeber gegen die Erfüllung jener Anforderungen mit Notwendigkeit dahin führen müssen, daß die Herren Ressortminister die Zulassung polnisch-russischer Saison-Arbeiter noch weiteren Beschränkungen unterwerfen und schließlich ganz von ihrer Zulassung absehen dürften. Sonach handele ein Arbeitgeber, der ohne Erfüllung der festgesetzten Bedingungen polnische ausländische Arbeiter in Beschäftigung nehme, 1. gegen seine eigenen wirtschaftlichen Interessen; 2. gegen die Interessen der fortbauend in einer Arbeiternotlage befindlichen Landwirtschaft überhaupt; 3. gegen die Interessen der von ihm ordnungswidrig angenommenen Ausländer, denen Ungelegenheit, Zeitverlust und Kosten erwachsen; 4. gegen die Interessen der beteiligten Staatsbehörden, die in die für sie unangenehme, leicht zu Auseinandersetzungen mit den ausländischen Behörden führende Zwangslage, die ausländischen Arbeiter auszuweisen, verkehrt würden. Ein Landwirt und Rittergutsbesitzer, der in einer so rücksichtslosen Weise in verschiedene Gebiete wichtiger Lebensinteressen eingreife, handele gegen die Würde und das Ansehen seiner Person und seines Standes. Sein Verhalten werde von allen seinen Berufsgenossen, die die Arbeiternotlage der Landwirtschaft und das zur Linderung dieser Not seitens der Staatsregierung bisher bewiesene außerordentliche Entgegenkommen zu würdigen wissen, verurteilt und mißbilligt werden. Umsonst aber müsse zu gegeben werden, daß ein Rittergutsbesitzer und Gutsvorsteher durch ein obiges Verhalten sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein amtlicher Beruf erfordert, unwürdig geigt. Demnach sei auf Grund des Disziplinar-Gesetzes gegen ihn mit einer Ordnungsstrafe zu Recht vorgegangen worden, zunächst schon wegen einer Pflichtverletzung außer dem Amte. Im einzelnen dargelegt wird dann noch, daß auch eine Verletzung von Amtspflichten anzunehmen sei, da ein Gutsvorsteher berufen sei, für die Innehaltung von Gesetzen und Verwaltungsmassnahmen zu sorgen. Ferner sei noch anzunehmen, daß er seine ausgewiesenen ausländischen Arbeiter direkt zu Beschwerden beim russischen Generalkonsulat verleitete und seinen oberen Dienstbehörden so zu denkwürdigen Verhandlungen mit den ausländischen Behörden verholten habe. — Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage des bestraften Gutsvorstehers ab und erklärte die Disziplinarstrafe für berechtigt.

**Stuttgart, 26. Oktober.** (B. Z. B.) Die „Kammer der Standesherren“ lehnte heute die Ernächtigung zur Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abgeordneten Keil ab, weil eine Strafverfolgung gegen diesen Abgeordneten wegen der in der Stuttgarter Protestversammlung vom 30. Juni verübten Beleidigung, die überdies nur ein Glied in der Kette zahlreicher anderer Beleidigungen der ersten Kammer sei, „unter der Würde des Hauses“ stehe.

In der Kammer der Abgeordneten wurde bei der heutigen Beratung des Gesetzes über den Waffengebrauch der Landjäger die von der Kammer der Standesherren gemischte Bestimmung, daß von der Schußwaffe gegenüber entlassenden Landstreichern Gebrauch gemacht werden dürfe, abgelehnt. Damit ist das ganze Gesetz gescheitert.

Der Landtag wurde schließlich in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern geschlossen, wobei der Ministerpräsident Dr. von Weizsäcker mitteilte, daß der König den neuen Landtag Ende nächster Woche in Person zu eröffnen gedenke.

### Ein südwestafrikanisches Schweißgebot.

Derselbe Vorgang, der sich seinerzeit in Ostafrika abspielte, wiederholt sich jetzt in Südwestafrika. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von verschiedenen Offizieren erfährt, hat vor kurzem der General v. Trotha vom Hauptquartier aus unter hoher Strafandrohung der Schweißtruppe verboten, irgend etwas aus dem Feldzug zu veröffentlichen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bemerkt zu diesem Verbot:

„Warum kam dieses Verbot ergangen sein? Fürchtet das Hauptquartier, es möchten Dinge bekannt werden, die das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen können? War sind der Heberzeugung, was in Südwestafrika geschieht, braucht die breitere Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Oder glaubt das Hauptquartier etwas, das deutsche Volk könnte schlimme Meldungen nicht ertragen? Hält man uns für Franzosen oder Neugriechen,

denen eine Regierung, die am Ruder bleiben will, nur Siegesnachrichten vorkommen darf? Sollte aber wirklich einmal etwas vorkommen, dessen wir uns schämen müßten, dann handelt es sich doch nur um Ausnahmen, die kein Verständiger verallgemeinern wird. Wir bedauern deshalb den Befehl des Hauptquartiers lebhaft und rüden deshalb an die maßgebende Stelle im Reich die Aufforderung, ihn rückgängig zu machen. Sollte dies aber nicht geschehen, dann erwarten wir, daß sich nationale Abgeordnete der Sache im Reichstage annehmen. Denn das deutsche Volk, das so viel Blut und Geld in Südwestafrika opfert, hat ein gutes Recht, ausführlich über alle Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz unterrichtet zu werden. Man sollte deshalb die private Berichterstattung wieder vollständig freigeben und zugleich für eine schnellere, ausführlichere amtliche sorgen.“

Auffallend war es ja schon seit längerer Zeit, daß auch der Berichterstatte der Scherl-Presse keine Originalnachrichten mehr über die Vorgänge in Südwestafrika bringen durfte oder mindestens nicht früher und eingehender, als sie auch von offizieller Seite in Berlin veröffentlicht wurden.

Aus der Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ geht nicht hervor, ob auch den Truppen eingeschärft worden ist, ihre Privatbriefe nicht in der deutschen Presse veröffentlichen zu lassen. Das wäre aber immerhin sehr möglich, da ja gerade in der letzten Zeit eine Anzahl von solchen Briefen publiziert worden sind, die ähnliche Dinge meldeten, wie sie die berüchtigten Soldatenbriefe aus Ostafrika berichteten. Das „Berliner Tageblatt“ vermutet denn auch, daß das Schweißgebot sich auch auf diese Privatbriefe bezöge. Es bedauert, daß in der Tat wohl viele Eltern und sonstige Angehörige der Expeditionsteilnehmer davon abgehalten würden, solche Kriegsbriefe im allgemeinen Volksinteresse zu veröffentlichen. Das Verbot sei ein schlimmer politischer Fehler, der schliesslich von der Regierung korrigiert werden müsse.

Der Regierung wird es aber gar nicht einfallen, diesen Befehl General Trothas, der vielleicht ja erst auf eine Anweisung aus Berlin erlassen worden ist, wieder aufzuheben. Denn die Haltung, die die deutsche Presse ohne Unterschied der Parteilichung seinerzeit bei der Beurteilung der ostafrikanischen Soldatenbriefe eingenommen hat, kann die Regierung nur in ihrem Vorgehen bestärken. Die ganze bürgerliche Presse erklärte ja nach der Beurteilung der sozialdemokratischen Presse den Inhalt der Soldatenbriefe für ungläubig, und ihre Veröffentlichung, die doch zum großen Teil zuvor in konservativen Blättern erfolgt war, für einen Verstoß gegen das nationale Interesse. Nach diesem kläglichen Zusammenklappen auch der liberalen Presse wird die Regierung gar nicht daran denken, den ihr auf alle Fälle so genehmen Befehl des Generals Trotha zu widerrufen. Daß „nationale“ oder auch liberale Abgeordnete im Reichstage schärferen Protest gegen das feige Verleumdungssystem der Regierung einlegen würden, ist von vornherein ganz unwahrscheinlich!

**Berlin, 25. Oktober.** Ein Telegramm aus Keetmanshoop enthält folgende genauere Meldung über die Verluste im Gescht bei Wasserfall-Karas-Berge vom 5. Oktober: Gefallen: Leutnant Gid. Reiter Kerbe, Beide Kopfschuß, Schwerverwundet: Reiter Riemann, Schuß rechte Schulter; Unteroffizier Weiß, Fleischschuß durch Hals; Sanitätsfeldwebel Pallais, Schuß linker Unterarm. Leicht verwundet: bei Kompanie bleibender Hauptmann Behle, leichter Streifschuß linke Kopfschuppe; Unteroffizier Langenbach, Fleischschuß linker Unterarm; Reiter Draxler, Fleischschuß linke Gesäßhälfte; Reiter Bartels, Fleischschuß rechte Schulter.

**Berlin, 25. Oktober.** Der Farmer Georg Bräuer, welcher in dem Telegramm des Gouverneurs Leutwein vom 21. d. M. als tot gemeldet worden ist, hat in einem ansehend gleichzeitig aus Rehoboth abgegangenen, am 22. d. M. abends hier eingetroffenen Telegramm seinem in Berlin wohnenden Bruder mitgeteilt, daß seine Schwägerin Clara Bräuer getötet sei. Clara Bräuer hielt sich, wie der hier lebende Bruder vermutet, bei dem Farmer Hermann in Namibia oder beim Farmer Friccius in Dierbas auf, deren Tod bereits früher gemeldet worden ist. Die Meldung vom Tode des Farmers Georg Bräuer scheint hiernach auf einer Verwechslung zu beruhen; weitere Aufklärung ist veranlaßt. Vom Gouverneur Leutwein werden noch folgende Personen als tot gemeldet: Schlosser Unteroffizier der Reserve Heinrich Held; früher im Infanterieregiment Nr. 85, und Farmer Duffeld, angestellt bei der südwestafrikanischen Schäfergesellschaft.

## Husland.

### Schweiz.

#### Sozialdemokratische Bedingungen.

**Solothurn, 22. Oktober.** (Fig. Ver.) Im Kanton Solothurn möchte die herrschende radikale Partei den Beamten, die meist ihre Angehörigen sind, schon seit Jahren eine Befoldungserhöhung gewähren. Allein alle Versuche scheiterten bisher an der Opposition weiter — auch radikaler — Volkskreise, in denen Befoldungserhöhungen für Beamte nun einmal keine populäre Sache sind. Jetzt trat wieder ein bezügl. Gesetzentwurf vor. Und nun haben unsere Genossen auf ihrem kantonalen Parteitag einstimmig beschlossen, für das Gesetz einzutreten, wenn ihnen von der radikalen Partei bei den 1905 stattfindenden Nationalratswahlen ein Sitz überlassen, ferner eine Subvention von 3000 Frank jährlich an ein zu gründendes kantonalen Arbeitersekretariat bewilligt wird, wobei Organisation und Wahl des Sekretärs der organisierten Arbeiterschaft zu überlassen sind. Diese Institution samt Beitrag soll aber in demselben Beamtenbefoldungsgesetz Aufnahme finden.

Diese Forderungen unserer Genossen sind sachlich durchaus berechtigt, woran auch dadurch nichts geändert würde, wenn die Gegner von einem „Ruhhandel“ reden wollten. Im Kanton Solothurn herrscht, wie in vielen anderen Kantonen, das radikal-kapitalistische Regiment, das die Staatskasse so viel wie möglich seinen Leuten dienstbar macht, die Arbeiterschaft aber völlig ignoriert. So erhalten Landwirtschaft, Industrie und Handel eine jährliche Unterstützung von 50 000 Frank, die Arbeiter aber nichts. Nach der Art aber, wie subventionierte Arbeitersekretariate von den Gegnern behandelt zu werden pflegen, wäre die Auffstellung von genügenden Garantien für die volle Bewegungsfreiheit des Sekretärs unerlässliche Vorbedingung, andernfalls die Subvention ein bloßes Almosengefäß wäre.

Der Anspruch unserer Partei auf einen Sitz im Nationalrat erscheint durch ihre große Stimmzahl, die sie bei den letzten Wahlen erhielt, vollumfänglich berechtigt.

Die Radikalen haben in der Tat nachgegeben. Sie haben unseren Genossen einen Sitz im Nationalrat versprochen, der ihnen bei der ersten eintretenden Vakanz oder dann bei den nächsten Hauptwahlen überlassen werden soll. Der zweiten Forderung sind sie infolgedessen entgegengekommen, als sie im Kantonsrat auf Antrag der Regierung die Stellung eines kantonalen Gewerbe- und Fabrikinspektors neu zu schaffen beschlossen, dessen Wahl der Kantonsrat vorzunehmen hat. Die Befoldung ist auf 3000 Frank pro Jahr festgesetzt.

Auf diese Zugeständnisse hin stimmten unsere Genossen im Kantonsrat für die Erhöhung der Beamtenbefoldungen und werden sie dafür auch in der Volksabstimmung eintreten.

Die ultramontane Opposition forderte die Proportionalwahl der Regierung, in der sie bereits einen Vertreter hat. Ihre Forderung lehnten aber die Radikalen ab, und daraufhin stimmten die katholischen Vertreter im Kantonsrat gegen die Befoldungserhöhung. Opposition gegen diese ist also noch immer vorhanden.

### Frankreich.

#### Nachwahlen.

**Paris, 24. Oktober.** (Fig. Ver.) In einer Pariser Gemeindewahl an Stelle des verstorbenen „unabhängigen“

Sozialisten Archain hat der revolutionär-sozialistische Kandidat Marchand mit 912 Stimmen die relative Mehrheit erzielt. An zweiter Stelle kommt ein Royalist mit 629 Stimmen, ferner zwei Linkradikale mit 337 und 294 Stimmen, ein Allemanist mit 82 und zwei weitere „Sozialisten“ unbekannter Art mit zusammen 48 Stimmen. — Bemerkenswert ist der Verzicht des linksstehenden jaureffistischen Kandidaten Copigneaux zugunsten des revolutionären Sozialisten Marchand — schon vor der Hauptwahl. Und zwar hat er das getan aus Rücksicht auf die Einigkeit und unter ausdrücklicher Berufung auf die Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses. In einer Wahlversammlung hat dann Copigneaux nebst den Führern der jaureffistischen Linken, Renaudel und Ducos d la Halle, für Marchands Kandidatur gesprochen. Dadurch haben die Genannten ihr aufrichtiges Streben nach der Einigkeit durch die Tat bewiesen.

In der Stichwahl ist Marchands Erfolg gesichert, falls die Linkradikalen ihre Pflicht tun.

Im Loiredepartement fand eine Senatswahl statt infolge des Todes von Waldeck-Roussau. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang der melinistisde Deputierte Radiffret mit 480 gegen 468 auf den ministeriellen Kandidaten gefallene Stimmen. Waldeck-Roussau hatte 1897 als Melinist 768 Stimmen erhalten. Nach einem Rückgang von mehr als 1/4 der melinistisden Stimmen.

## Italien.

### Der Wahlkampf in Mailand.

Rom, 23. Oktober. (Fig. Ver.)

Der Mailänder Wahlkampf bietet darum ein besonderes Interesse, weil sich hier nicht weniger als fünf Parteien gegenüberstehen. Nach den letzten Wahlen ist eine Aenderung in den von uns bereits gemeldeten Kandidaturen eingetreten, so daß sich die sechs Wahlkreise der Stadt in folgender Weise auf Parteikandidaten und Reformisten verteilen: 1. Wahlkreis Bonardi gegen Lazzari; 2. Rajno gegen Valera; 3. Treves gegen Rocchi; 4. Vertini gegen Fenati; 5. Turati gegen Labriola; 6. Gabrini als Kandidat der Partei und der Sezessionisten. In allen sechs Wahlkreisen stellen die Republikaner eigene Kandidaten auf, die Radikalen werden dagegen für Rajno und Turati stimmen und nur in den vier übrigen Kreisen eigene Kandidaturen haben. Die Konservativen haben ebenfalls sechs Kandidaten.

Es ist unmöglich, den Ausgang vorherzusagen. Im ersten Wahlgang dürfte die höchste Stimmzahl den Parteikandidaten zufallen, mit Ausnahme des fünften Wahlkreises, wo Turati vielleicht im ersten Wahlgang gewählt wird. Bei der Stichwahl zwischen Parteikandidaten und den Radikalen oder Reformisten würden die Republikaner vorzugsweise für die Parteikandidaten, die Konservativen für die Radikalen stimmen. Es sind aber auch andere Möglichkeiten gegeben, jedenfalls sind aber die Konservativen sehr schwach und dürfen nicht den Vorteil aus dem sozialistischen Zwist ziehen.

Die Regierung wird die Radikalen unterstützen, nicht die konservative Opposition.

Nach einer im heutigen „Tempo“ veröffentlichten Statistik hat Mailand 52773 Wähler, von denen 21870 Arbeiter sind, 9689 Privatangestellte, 6651 Verkäufer und Ladenbesitzer, 3507 Angehörige freier Berufe, 2354 Rentiers, 2233 öffentliche Beamte, 1124 industrielle Unternehmer, 1120 niederes Personal der öffentlichen Veröörde, 879 niederes Bahnpersonal, 977 Pensionierte, 718 Offiziere und 561 Geistliche. Die große Mehrheit der Wähler gehört also dem Proletariat an.

## Amerika.

### Mit den Arbeitern

haben die Politiker nicht mehr so leichtes Spiel wie bei früheren Wahlen. In den Versammlungen der Gewerkschaften kommt das Thema „Politik“ gründlicher zur Sprache wie je zuvor. Von den Arbeiterverbänden werden oftmals an die Kandidaten für die verschiedenen Staatsämter Forderungen gestellt, daß sie bestimmte Verpflichtungen zugunsten der Arbeiter übernehmen müßten, wenn sie auf deren Stimmen rechnen wollen. Die Arbeiter glauben nicht mehr blindlings alles, was ein Politiker ihnen sagt. Das mußte jüngst der Bundes-Senator Tillmann von Süd-Carolina erfahren. Das demokratische Staatskomitee für die Wahlen von Illinois hatte sich den bekannten „Mittelschichtler“ (wie er wegen seiner groben und fastigen Ausdrucksweise oft genannt wird), für die Agitation unter den Arbeitern von Chicago verschrieben. Tillmann hat als guter Vertreter eines Staates natürlich die Regier willend und hatte vor einiger Zeit sogar die schlimmsten Lynchmorde verteidigt. Während des letzten großen Streiks der Schlachthausarbeiter haben die Großhändler Chicagos massenhaft Regier angestellt. Der Streik ging verloren und die Regier werden weiter beschäftigt; das erbitterte die Arbeiter und darauf baute das Wahlkomitee der Demokraten, Tillmann sollte die Arbeiter aufwiegeln, so daß sie für die Feinde der Regier, die Demokraten stimmen würden. In einer Massenversammlung sprach Tillmann in seiner gewohnten Art, aber er konnte keinen Enthusiasmus erwecken. Es wurden ihm Fragen vorgelegt, die er nicht erwartete hatte. Die einen wollten wissen, welchen Schutz die weißen Arbeiter in den Südstaaten genießen; die anderen fragten, ob nicht die schändlichste Ausbeutung der Kinderarbeit in den großen Baumwollfabriken im Süden zu finden sei, ob nicht die demokratischen Staatslegislaturen im Süden sich sträuben, Gesetze zum Schutze der Kinder anzunehmen. Das waren recht unbequeme Fragen, denn sie konnten nur in einem für die Demokraten ungünstigen Sinne beantwortet werden. Tillmann erlitt eine gründliche Abfuhr.

Einerseits macht sich der Einfluß der Sozialisten, welche in den Gewerkschaften viel Aufklärungsarbeit verrichten, immer mehr bemerkbar, und andererseits werden die Arbeiter durch die wachsende Rücksichtslosigkeit der Kapitalisten zur Erkenntnis ihrer Lage gebracht. Zum Beispiel machte eine Verfügung in den Carnegie Stahlwerken zu Pittsburg großes Aufsehen. Die Verwaltung hat ihre Werkmeister angewiesen, in gewissen Abteilungen des Betriebes keinen Arbeiter anzustellen, der älter als 35 Jahre sei. In den anderen Abteilungen wurde die Altersgrenze auf 40 Jahre festgesetzt. Da drängen sich dem Arbeiter Probleme auf, die gebieterisch eine Lösung fordern.

## Partei-Nachrichten.

Vom Parteivorstand erhalten wir folgende Zuschrift: Das Ableben des Genossen Albert Schmidt gibt einem Teile unserer Parteipresse Anlaß, sich mit den materiellen Verhältnissen, in denen Schmidt lebte, zu beschäftigen. Es wird dabei verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, Schmidt habe bald nach Verlassen des Gefängnisses „einen verzweifeltsten Kampf um die Existenz führen müssen“, was ihn schwermütig gemacht habe usw. Die Gegner greifen diese, wie wir keinen Augenblick zweifeln, in gutem Glauben gegebene Darstellung auf und behaupten ihrerseits, es gibt nicht nur den bekannten Dank vom Hause Habsburg, sondern einen vielleicht noch schlimmeren von der sozialdemokratischen Partei.

Um zu verhindern, daß mit diesen Behauptungen weitere hässliche Angriffe gegen die Partei gerichtet werden, geben wir folgende auf Tatsachen beruhende Darstellung: Während der drei Jahre, die Schmidt im Gefängnis zubrachte, erhielt seine Familie das volle Gehalt (monatlich 250 M.) ausgezahlt. Die Kosten der Selbstbeschäftigung wurden von der Parteikasse getragen.

Nach dem Verlassen des Gefängnisses konnte Schmidt natürlich nicht sofort wieder seinen Beruf aufnehmen. Ein Mann, der durch Gefängnismauern 3 Jahre vom politischen Leben abgeschlossen wurde, braucht reichlich Zeit ehe er wieder journalistisch tätig sein kann. Der Parteivorstand erachtete es daher als selbstverständliche Pflicht, den Genossen Schmidt wirtschaftlich über Wasser zu halten,

indem ihm sein Gehalt mit monatlich 250 M. aus der Zentralkasse weiter gezahlt wurde.

Im Laufe der Monate stellte sich aber heraus, daß Schmidt dem aufreißenden Dienste in der Tagespresse wohl überhaupt nicht mehr gewachsen war. Es wurde ihm deshalb Gelegenheit gegeben, sich im Verwaltungsbereich auszubilden, und ihm schließlich, nachdem er im Hamburger Parteigefäß längere Zeit als Volontär zur Zufriedenheit gearbeitet hatte, die Verwaltung des Vielesfelder Geschäfts übertragen.

Während der ganzen Zeit, von der Entlassung aus dem Geschäft bis zum Tage des Eintritts in das Vielesfelder Geschäft — im ganzen 14 Monate — erhielt Schmidt seinen vollen Gehalt. Er hat mithin nicht einen Tag den Kampf um die Existenz führen müssen.

Somit loben die Partei kann also nimmermehr die Rede sein. Alles was Genosse Schmidt auf Grund der gebracht Opfer von der Partei fordern konnte, hat diese im reichsten Maße gewährt.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Altona wurden, wie uns ein Privattelegramm meldet, in der dritten Klasse fünf Sozialdemokraten gewählt.

**Partei- und Arbeiterpresse.** In die Redaktion der „Vergifteten Arbeiterstimme“ in Solingen ist der Genosse Hans Deibel von dort eingetreten. Der sozialdemokratische Verein in Düsseldorf beschloß, an den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, das dortige Verlagsgeschäft in Parteiregie zu übernehmen. Die Genossen erhoffen davon eine Gesundung der Parteiverhältnisse am Orte.

Im Betriebe der Druckerei unseres Brandenburgischen Parteiblattes ist der achtstündige Arbeitstag für das gesamte Personal eingeführt worden.

Die Verichterhaltung über den Bremer Parteitag führte im 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Wittweida-Vimbach) zur Annahme der folgenden Resolution:

Die heute, Sonntag, den 23. Oktober, im Schützenhause in Chemnitz tagende Parteiverammlung des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitag, insbesondere mit der Resolution gegen Schippel, sowie mit der Haltung ihres Delegierten zum Parteitag einverstanden.

Gegenüber der Bemerkung Schippels auf dem Parteitag, daß er von einem Entlassungssturm im Verbreitungsbezirk der „Vergifteten“ gegen ihn nichts bemerkt hätte, stellt die Parteiverammlung nochmals ausdrücklich fest, daß die Parteigenossen des 15. Wahlkreises die Haltung Schippels in der Volksfrage auf das schärfste mißbilligen und mit den Grundsätzen und den Interessen der Partei für unvereinbar erklären. Die Parteiverammlung hätte deshalb auch gewünscht, daß ihr Delegierter dem Antragskomitee Freyhofers zugestimmt hätte.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.** Die in Halle beschlagnahmten Volkstafelender sind von der Polizei wieder zurückgegeben worden.

## Soziales.

### Ein Krankenversicherungs-Geschäft.

Nach § 3a Ziffer 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes sind auf ihren Antrag solche Personen von der Versicherungspflicht zu befreien, denen gegen ihre Arbeitgeber im Falle der Erkrankung ein Rechtsanspruch auf Leistungen zusteht, gleich oder gleichwertig denen des § 6 des Gesetzes. Diese Bestimmung will sich eine Aktien-Gesellschaft „Deutscher Anker“ in Berlin zu einem einträglichen Geschäft zunutze machen. Sie bietet, wie der Arbeiter-Sekretär Gildenberg in Halle in einem Artikel des „Correspondent“ der Buchdrucker mittelst, Unternehmern einen Krankenversicherungsvertrag an. Nach diesem Vertrage sichert die Firma A. A. ihren versicherungspflichtigen Arbeitern einen „Rechtsanspruch“ gemäß § 3a Ziffer 2 des Gesetzes in Verbindung mit §§ 6 und 7. Die Gesellschaft „Deutscher Anker“ verpflichtet sich, die Unterstützung zu übernehmen, während die Firma an den „Deutschen Anker“ per Kopf der so versicherten Arbeiter monatlich 1,75 für männliche, 1,25 für weibliche Personen zahlt.

Die Absicht geht dahin, daß die Firma, der Unternehmer, seine Arbeiter veranlaßt, auf Grund dieses Rechtsanspruches den Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht zu stellen. Er kommt damit um alle Schereien mit der Krankenkasse herum und spart viel Geld. Die Gesellschaft „Deutscher Anker“ hofft natürlich auf ein gutes Geschäft; für die Versicherten entsteht der Nachteil, daß sie erstens nur die Mindestleistungen erhalten und zweitens von jedem Einflusse auf die Gestaltung ihrer Krankenversicherung ferngehalten werden. Sie haben keine selbstverwaltete Krankenkasse mehr, sondern sind einer profitmachenden Versicherungs-Gesellschaft überliefert.

Die Sache hat indessen nach unserem Dafürhalten einen Haken. Nach § 5 des von der Gesellschaft „Anker“ mit der Firma abgeschlossenen Vertrages, der mit einem Hamburger Warenhaus schon bestehen soll, muß der Arbeiter genau so wie zur Krankenversicherung zwei Drittel der an den „Anker“ zu entrichtenden Prämie zahlen. Er soll sich also den Rechtsanspruch an den Unternehmer, für welchen dieser beim „Deutschen Anker“ rückversichert ist, durch eigene besondere Selbstleistungen erwerben. Hieran muß unseres Erachtens der Arbeiter scheitern. Die Arbeiter dürfen sich erstens diese Abzüge, zu denen der Unternehmer kein gesetzliches Recht hat, nicht machen lassen. Die Krankenkassen müssen die Befreiungsansprüche systematisch ablehnen und es ist anzunehmen, daß sie bei den Aufsichtsbehörden in diesem Falle Unterstützung finden werden.

Auf alle Fälle aber wird es, falls der Plan der Versicherungsgesellschaft dennoch in größerem Umfange gelingen sollte, Aufgabe der Gesetzgebung sein, einen Miegel vorzuschleudern, um zu verhindern, daß die sozialpolitischen Absichten des Gesetzes für einen Teil der Versicherten zugunsten eines kapitalistischen Unternehmens vereitelt werden.

### Ärztliche Weisheiten über Krankenkassen.

In der Korrespondenz des Verbandes der Ärzte (Leipziger Verband) vom 20. Oktober werden in einem Artikel „Krankenkassen als Kapitalisten“ eine Anzahl weiser Ansprüche getan über die Krankenkassen, die wir zur Kennzeichnung registrieren wollen.

Die Arbeiter, so heißt es in dem Artikel, haben noch nie einen Heimgang für den Kassenarzt ausgegeben. Die Kassenärzte werden von den Unternehmern und nicht von den Arbeitern bezahlt. Warum die Unternehmerbeiträge gerade für das Arzthonorar in Anspruch genommen und nicht z. B. für die Medikamente, ist das Geheimnis der Herren Ärzte. Es kommt den Herren auch nicht in den Sinn, daß der Unternehmer die Beiträge nur bezahlen kann aus dem Profit, den ihm die Arbeiter schaffen.

Dann heißt es, die Gemeinnützigkeit der Kassen sei nur relativ. Erst bei freier Arztwahl mit Zahlung der Mindestsätze könnte man die Kassen als absolut gemeinnützig bezeichnen. Warum die absolute Gemeinnützigkeit schon bei Zahlung der Mindestsätze erreicht sein soll, wird nicht gesagt.

Durch die beschränkte Arztwahl hätten die Kassen einen Wettbewerb unter den Ärzten heraufbeschworen, den der ärztliche Stand nicht vertragen habe und sie hätten dadurch den Arzt proletarisieren. Damit wird die Behauptung aufgestellt, daß bei freier Arztwahl der Wettbewerb unter den Ärzten aufhören würde. In Wirklichkeit ist der starke Wettbewerb doch nur eine Folge des zu großen Angebots ärztlicher Arbeitskräfte. Die Form der Versorgung der Krankenkassenmitglieder mit ärztlicher Hilfe hat nur auf die Form des Wettbewerbes, nicht auf seine Stärke Einfluß.

Die Krankenkassen machen aus Profit. Die Reservefonds der Kassen seien ein Profit aus den Abzügen am Arzthonorar. Dann

machen sie Profit aus der Mitgliedschaft der freiwilligen Mitglieder, die sonst den Arzt anständig honorieren könnten. Ferner machen sie Profit durch die Anstellung von Parteiführern als Beamte.

Das beweise, daß die Krankenkassen keine gemeinnützigen, sondern kapitalistische Profitinstitute sind.

Nach dieser wunderbaren Logik, die von keinem Wissens Hauch getrübt ist, scheint alles Profit zu sein, was nicht den Ärzten in die Taschen fließt, und gemeinnützig nur die möglichst reichliche Bezahlung aller Ärzte aus Krankenkassennitteln.

**Kaufmannsgericht in Charlottenburg.** Das Ortsstatut, dessen Genehmigung der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung nachsucht, lehnt sich im allgemeinen an das für die Gewerbegebiete erlassene Ortsstatut an. Die hauptsächlichste Abweichung vom Gewerbegebietstatut ist dadurch veranlaßt, daß nach § 12 Abs. 2 des Reichsgesetzes die Wahl der Richter nach den Grundätzen der Verhältniswahl stattzufinden hat. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, welche andere Gewerbegebiete, insbesondere Frankfurt am Main und Ulm, bei denen die Verhältniswahl bereits eingeführt ist, gemacht haben und in der Erwägung, daß die einfache Gestaltung der Verhältniswahl die relativ beste ist, hat sich der Magistrat für das System der „gebundenen Listen“, bei denen die Stimmgabe auf bestimmte Vorkandidaten beschränkt ist, entschieden. Aus den Kreisen der vom Magistrat befragten Beteiligten sind ihm dahingehende Wünsche zugegangen. Nach Ansicht des Magistrats haben andere Systeme der Verhältniswahl, abgesehen davon, daß sie verwirrender sind und die Feststellung des Wahlergebnisses erheblich erschweren, den großen Nachteil, daß es einer ganz geringen Minderheit, ja einem einzelnen, möglich ist, die Wahl einer bestimmten Person, für die sich alle übrigen Parteianhänger entschieden haben, zu hintertreiben. Die Anzahl der Wähler ist auf 24 festgesetzt, die Amtszeit für den Vorstehenden, seine Stellvertreter und die Wähler auf drei Jahre. Nach dem Vorgange von Berlin, Schöneburg und Rixdorf, welche schon für die Tätigkeit des Gewerbegerichts Gebühren erheben, sollen für die Tätigkeit des Charlottenburger Kaufmannsgerichts die im Gesetz normierten Gebühren erhoben werden, schon um zu verhindern, daß es seiner Gebührenfreiheit wegen umgangen wird. Das ist möglich, weil bei den grundsätzlichen Verhältnissen Berlins und seiner Vororte vielfach die Zuständigkeit mehrerer Kaufmannsgerichte, unter denen der Kläger die Wahl hat, begründet ist. Außerdem sind nach Meinung des Magistrats die vor dem Kaufmannsgericht Recht Suchenden im allgemeinen besser gestellt, als bei dem Gewerbegerichts-Gesetz unterstellten Personen. Das Gericht soll mit dem 1. Januar 1906 in Wirksamkeit treten.

**Die Gewerbegerichtswahl in Erlangen.** die am Sonntag stattfand, brachte für die Liste der freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg. Ihre Kandidaten wurden mit 540 geschlossenen abgegebenen Stimmzetteln gewählt, während die Liste der Christlich-Deutscher und Christlich-organisierten Arbeiter, die sich verbündet und bestimmt auf einen Erfolg gerechnet hatten, nur 70 Stimmen aufbrachte. Hunderte von Arbeitern konnten wegen der zu kurzen Wahlzeit und wegen der Inzulänglichkeit des Wahllokals nicht wählen, sonst hätte sich das Resultat für die Gewerkschaften noch glänzender gestaltet.

### Landarbeiterleben im Osten.

In dem Dorfe Pregelwalde, im Wahlkreis Tapiau-Weßlau, wohnt ein armer Landarbeiter, der 9 Kinder zu ernähren hat. Schon von früher Jugend müssen die Kinder bei den Besitzern arbeiten gehen, damit sie was zu essen haben. Ein jetzt 17 Jahre alter Sohn dieses Arbeiters stand schon von seinem 12. Lebensjahre an bei dem Besitzer Schlacht in Arbeit. Im April d. J. weigerte sich der junge Mann, eine Arbeit zu verrichten, die ihm, da er sich nun schon als Knecht vermietet hatte, seiner Ansicht nach nicht mehr zukam. Als er dann aber doch die Arbeit verrichten wollte und in die Nähe des Besitzers kam, ergriff dieser einen dicken Jaunpfahl und schlug damit dem jungen Menschen über Kopf, Rücken und Beine, so daß dieser besänftete, tobnischlagen zu werden und laut um Hilfe rief. Von diesem Tage an krankte der bis dahin völlig gesunde Knecht und klagte über große Schmerzen im linken Bein. Er mußte ab und zu die schwere Arbeit ansprechen. Ende Juni d. J. ließen die Eltern des jungen Menschen diesen von einem Arzt Dr. Korn aus Tapiau untersuchen. Er stellte „Rheumatismus“ fest, verordnete dafür eine Medizin und meinte, arbeiten könne der Knecht, die Sache sei nicht schlimm. Die Schmerzen wurden aber immer größer bei der Arbeit. Als der Knecht dann gar nicht mehr gehen konnte, ließ der Besitzer ihn aufs Feld zur Arbeit fahren. Als diese Quälerei aber doch zu groß wurde, ordnete der Gemeindevorsteher an, daß der Besitzer den kranken Knecht zu einem Arzt nach Tapiau fahren mußte. Dort angekommen, untersuchte ihn Dr. Korn und sagte ganz erschrocken, es sei gar nicht Rheumatismus im Bein vorhanden, der Knecht müsse sofort ins Krankenhaus geschafft werden. Dort wurde er am Bein operiert. Die Wunde wollte aber durchaus nicht heilen, sondern eierte fortwährend. Dem Besitzer Schlacht, durch dessen Mißhandlung der gesunde Mensch wahrscheinlich aufs Krankenlager geworfen war, dauerte die Geschichte zu lange. Er hätte im Krankenhaus schon öfters nachgefragt, ob sein Knecht nicht bald gesund sei und entlassen werden könne. Ein paar Tage vor dem 24. August teilte der Arzt des Krankenhauses, Dr. Weimann, dem jungen Manne mit, daß er in einigen Tagen heraus müsse, der Besitzer Schlacht werde ihn holen. Am 24. August kam denn auch der Besitzer mit einem Fuhrwerk und holte den sich sehr krank fühlenden Knecht ab. Zu Hause angekommen, mußte er sofort an die Arbeit gehen. Aber schon an demselben Tage brach er vor Schmerzen zusammen. Als die Mutter erfuhr, daß ihr kranker Sohn aus dem Krankenhaus fortgeschleppt sei, begab sie sich zu dem Krankenhausarzt und wollte eine Bescheinigung darüber haben, ob ihr Sohn gesund aus der Anstalt entlassen sei. Sie wurde aber abgewiesen. Ein paar Tage darauf fuhr der Vater mit dem Knecht wieder nach Tapiau zum Dr. Korn. Der untersuchte ihn, beizte die offene Wunde und sagte: „Du bist gesund und kannst arbeiten, strenge Dich nur an!“ Die Eltern waren nun ganz verzweifelt, weil ihr Sohn über heftige Schmerzen klagte und das Bein immer schlechter wurde. Mit vieler Mühe besorgte die Mutter daher noch einmal Fuhrwerk und schaffte ihren Sohn nach Königsberg. Dort untersuchte ihn ein menschenfreundlicher Arzt und stellte folgendes Attest aus:

„Der Landarbeiter G. M. erlitten heute bei mir mit einer eiternden Wunde an der linken Hüftbeuge. Von der Wunde gelangt man mit einer Sonde in einen über 12 Zentimeter tiefen Hohlraum, augenscheinlich das Heberbeißel einer Sentungs-Einrichtung. Der p. M. leidet also an Knochenstrah (tuberkulöser Knochenverbreiterung des Kreuzbeins resp. der Beckenkäufel), daneben Schwellung des linken Fußes. Es ist selbstverständlich, daß der Kranke dadurch zu jeglicher Art von Landarbeiten außer stande, das heißt arbeits- und erwerbsunfähig ist.“

Mit diesem Attest fuhr er beide noch dem Krankenhaus zu Tapiau. Der Knecht wurde dort aber nicht aufgenommen, weil keine Bescheinigung der Ortsgemeinde dabei war. Weil aber die Mutter ihren Sohn nicht nach Hause tragen konnte, wurde er ins Armenhaus aufgenommen. Als aber nach zwei Tagen die Ortsgemeinde keine Bescheinigung gab, daß sie die Kurkosten bezahle, schickte man den Knecht wieder nach Hause. Das kranke Bein war nun ganz bedenklich geschwollen. Ein Arzt war im Dorke nicht. Man schickte als Ersatz dafür wendlichen zwei- bis dreimal eine sogenannte „barumherzige Schwester“ zu dem Knecht in dessen elterliche Wohnung, die das kranke in Knochenverbreiterung befindliche Bein mit Salbe einrieb. Ründliche Vorstellungen auf dem Landratsamt, doch endlich dafür zu sorgen, daß dem leidenden Knecht angemessenes Heilverfahren im Krankenhaus gewährt werde, sind bisher nicht berücksichtigt worden. Die Beamten verweigern aber auch die Herausgabe des Attestes des Königsberger Arztes.

Aber noch nicht genug der Ungerechtigkeiten. Der von dem Besitzer gemißhandelte Knecht hatte fast für das ganze Jahr rückständigen Lohn im Betrage von ca. 50 Mark zu erhalten. Der Besitzer gab denselben aber nicht heraus, sondern verlangte die von ihm angeblich an das Tapiauer Krankenhaus gezahlten Kur- und

Verpflegungskosten im Betrage von 42 Mark zurückerstattet. Da nach der Gemeinde-Ordnung in Verbindung mit Artikel 95 des Einführungs-Gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Dienstverpflichtung bei Krankheiten des Geistes, die dieses sich im Dienste zuzieht, für Kur und Verpflegung haftet, ohne die Kosten vom Lohn abziehen zu dürfen, wollte der Vater den Besitzer wegen Auszahlung des Lohnes verklagen. Sowohl der Gemeindevorsteher als auch der Amtsvorsteher verweigerten aber die Ausstellung eines Arztnotwendigkeits, womit allein der Mann vor Gericht kostenlos klagen kann. Jetzt hat der Mann mit Hilfe der Sozialdemokraten den Beschwerdeweg beschritten.

## Verfassungen.

**Zur Stadtverordneten-Wahl im 22. Kommunal-Wahlbezirk** nahm gestern Abend eine Versammlung der Parteigenossen dieses Bezirks Stellung. Bekanntlich hat der bisherige Vertreter des Bezirks, Genosse Dr. Friedberg, sein Mandat niedergelegt, und deshalb muß im November eine Neuwahl vorgenommen werden. Das Referat hielt Stadtverordneter Genosse Heimann. Unter Hinweis auf das Stimmverhältnis bei der letzten Wahl gab er der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch diesmal der sozialdemokratische Kandidat als Sieger aus der Wahl hervorgehen werde. Dann zeigte der Redner an den Verhältnissen der Berliner Stadtverwaltung, wie notwendig es ist, daß die Sozialdemokratie in möglichst starker Zahl im Rat der Stadt vertreten ist. — In der Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten, bemerkte Wader unter anderem, es sei vielfach gesagt worden, ob die Kandidatniederlegung Friedbergs mit seiner Propagierung des Generalkonflikts in Verbindung stehe. Das sei nicht der Fall, Genosse Friedberg habe das Mandat lediglich deshalb niedergelegt, weil er von Berlin nach außerhalb verzogen ist. — Als Kandidat wurde Genosse Robert Wenzels vorgeschlagen und einstimmig als solcher proklamiert. Dann wurde ein Wahlkomitee eingesetzt, bestehend aus den Genossen Biese, Berner, Mann, Jörn und Wader. Der Vorsitzende schloß die Versammlung, indem er die Genossen ersuchte, lebhaft für die Wahl unseres Kandidaten zu agitieren, damit eine recht große Stimmzahl für denselben abgegeben werde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen

### Veränderungen im Ministerium.

**Wien, 25. Oktober.** Von einem besonderen Korrespondenten. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Ministerpräsident Dr. v. Koerber wird morgen dem Kaiser unterbreiten, anstelle des zurücktretenden Finanzministers Dr. Doehm v. Walpert den Sektionschef Kozel, Direktor im Sparassensamt, zum Finanzminister, und den Grafen Heinrich Buquoy anstelle des Barons Giovanni zum Ackerbauminister zu ernennen. Gleichzeitig soll ein k. k. österr. Landmannsminister wieder ernannt werden; für diesen Posten sei Hofrat Professor Randa auszuwählen.

**Paris, 25. Oktober. (B. L. V.)** Die Kammer nahm mit 360 gegen 177 Stimmen einen Gesetzentwurf an, wodurch die Stadt Paris zur Aufnahme einer Anleihe von 120 Millionen Frank behufs Gasversorgung von Paris in städtischer Regie ermächtigt wird.

### Mahnahmen der englischen Regierung.

**London, 25. Oktober. (B. L. V.)** Die Admiralität macht heute Abend bekannt, daß sie nach Empfang der Nachrichten von dem tragischen Unglück in der Nordsee am 24. d. M. vorläufige Befehle zur gegenseitigen Unterstützung und zu gegenseitigem Zusammenwirken als Vorsichtsmaßregel gegeben habe an das Kanal- und Mittelmeer-Geschwader sowie an die Flotte in den heimischen Gewässern.

**London, 25. Oktober.** Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Petersburg: Der englische Vorkämpfer Hardinge teilte der russischen Regierung eine Note seiner Regierung mit, welche den amtlichen Bericht über den Vorfall in der Nordsee und die Ansichten der englischen Regierung hierüber enthält. In der Note wird ferner gesagt, daß die Ueberreichung der Forderungen der britischen Regierung, welche eine volle Genugung verlangen werde, bis zum Empfang der Antwort der russischen Regierung zurückgestellt sei.

**London, 25. Oktober.** Das „Reuter'sche Bureau“ erfährt von einem hervorragenden Mitgliede der russischen Flotte, daß die Antwort auf die englische Note heute nicht erwartet werden dürfe. Vorkämpfer Graf Bendendorff hatte von der Angelegenheit erst gehört, als er gestern auf der Fahrt von Dover nach London war, und so konnten auch die wesentlichsten Mitteilungen zwischen der Flotte und der Regierung in Petersburg erst am Montag Abend begonnen werden. Die russische Regierung konnte sie daher nicht vor Dienstag morgen in Erwägung ziehen. Ergänzende Einzelheiten wurden noch am Dienstag nachmittags telegraphiert. — Es dauerte lange, die diffizilen Depeschen aufzulösen. Auf diese Weise wurde es unmöglich, heute eine Antwort zu bekommen. Der Vorkämpfer war vollständig davon überzeugt, daß jede Schwierigkeit beseitigt werden würde, sobald seine Regierung die Einzelheiten aus London erhalten hätte. Er hatte die Angelegenheit für einen bedauerlichen Irrtum, für den er gegenwärtig keine Erklärung habe, zu einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen Rußland und England herzlich geworden seien.

### Der Zar bedauert das „Mißverständnis“.

**London, 25. Oktober.** Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Petersburg: Der Minister des Auswärtigen Graf Lambdorski stiftete der englischen Flotte einen Besuch ab und erbat die Vorkämpfer Hardinge, dem Könige und der Regierung die Mitteilung vom Kaiser Nikolaus zu überbringen, daß er keine Nachrichten vom kommandierenden Admiral des Baltischen Geschwaders bisher erhalten habe und den Zwischenfall auf der Nordsee nur einem sehr bedauerlichen Mißverständnis zuschreiben könne. Der Kaiser wünsche dem Könige und der britischen Regierung sein aufrichtiges Bedauern über den bedauerlichen Verlust an Menschenleben zum Ausdruck zu bringen und wolle Schritte zur vollständigen Genugung der Betroffenen tun, sobald die näheren Umstände klargestellt seien.

**Stettin, 25. Oktober. (B. L. V.)** Außerhalb des Hafens ankert ein russisches Transportschiff; man glaubt, daß es Kohlen für das baltische Geschwader geladen hat.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

**Tschifu, 25. Oktober.** (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“). Eine Dschunke, die hier aus Antung angekommen ist, berichtet: Acht japanische Magazine, welche Munition, Meldegeschosse, Munition und Postenstücke aus der Schlacht am Hail enthielten, sind niedergebrannt. Das Feuer dauerte zwei Tage. Man vermutet Brandstiftung. Zwei japanische Beamte, die für die Sicherheit der Magazine verantwortlich waren, begingen Selbstmord.

**Petersburg, 25. Oktober. (B. L. V.)** Durch Erlaß des Kaisers vom 23. d. M. ist General Kurpattin zum Oberkommandierenden ernannt worden.

### Vom holländischen Kolonialkrieg.

**Amsterdam, 25. Oktober.** Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht nachfolgende Depesche aus Batavia: Die Truppen nahmen nach heftigem Widerstand des Feindes Patoebatoe (Tschifu); der Feind hatte 196 Tote. Erbeutet wurden vier große und 16 kleine Kanonen. Die Verluste der Regierungstruppen belaufen sich auf drei Tote und elf Verwundete.

**Udo, 25. Oktober. (B. L. V.)** Der Prozeß gegen den ehemaligen Staatsrat Schaman, der der Mischand an dem Mientat auf den Generalsgouverneur von Finnland, Sobrilow, angeklagt ist, hat heute hier begonnen. Die Verhandlung wurde sodann auf den 8. u. M. vertagt.

**Tanger, 25. Oktober.** (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“). Das englische Kriegsschiff „Diana“ mit dem englischen Gesandten Sir A. Nicolson an Bord ist hier eingetroffen; es wird so lange hier bleiben, bis die Kenschhi-Angelegenheit geregelt ist.

Sozialistische Diskussionen.

London, 21. Oktober. (Fig. Ver.)

Kein früherer sozialistischer Kongress hat die sozialistische Bewegung Englands so tief angeregt wie der Amsterdamer. Seit Ende August wird im „Labour Leader“, dem Organ der Independent Labour Party, in „Justice“, dem Organ der Sozialdemokratischen Föderation, und in „Clarion“ die Diskussion über Theorie und Taktik fortgesetzt; Klassenkampf, Materialismus, Dualität werden von verschiedenen Standpunkten beleuchtet, wobei auch Ansichten entwickelt werden, die den deutschen Genossen ziemlich kurios erscheinen dürften.

Wenn ich aus diesen Diskussionen manches mitteilen möchte, so geschieht dies nicht, um zu zeigen, wie durchgebildet und wissenschaftlicher die deutschen Genossen seien; nein Zweck ist nur, die „Vorwärts“-Leser mit der Denkweise ausländischer Genossen und sozialistischer Schriftsteller bekannt zu machen, um meiner Pflicht als Berichterstatter einigermaßen gerecht zu werden.

Im großen ganzen gehen sich in der Diskussion die Bekannten zwei Richtungen, die Mängel eines besseren Kampfs als Marxismus und Reformismus bezeichnen werden. Die Sprachführer des letzteren sind Keir Hardie und Bernard Shaw (lies: Schow), die Sprachführer des Marxismus sind Hyndman (lies: Heindmen) und ein anderer Genosse, dessen Name gleichgültig ist.

Keir Hardie ist ein typischer englischer Sozialist: warmherzig, idealistisch, klug und aufrichtig. Er ist vollständig überzeugt, daß in der kapitalistischen Gesellschaft tiefe Klassengegenstände vorhanden sind und daß das deutlichste Symptom dieser Klassengegenstände der Erbes-Antinomismus ist; ferner daß die politische Partei der Arbeiter selbständig im Parlament vorgehen muß, nur darf die sozialistische Agitation nicht an den Klassenkampf appellieren, sondern an alle Menschen, die ein gerechteres soziales System wollen; er hat schließlich wenig Neigung für die politische Ökonomie und materialistische Geschichtsauffassung. Wenn er philosophisch dächte, würde er sich seine Theorie lieber aus der Kantischen Ethik als aus Hegel's Marx holen.

Bernard Shaw gehört zu einer ganz anderen Kategorie. Er ist weder religiös noch theoretisch gesinnt; sein sozialistisches Wirken ist auf den stark ausgebildeten kritischen Sinn zurückzuführen, der die Grundlage von Shaws Geist ist. Er steht in der sozialistischen Bewegung, weil der Sozialismus ihm die umfassendste Kritik der Gegenwart ist. Seine Dramen sind bewußte Kritik und nicht die Produkte eines überströmenden, unbewußt wirkenden schöpferischen Geistes. Sein wirklicher Meister ist Ibsen. Sein Ideal ist Dr. Stockmann, der Volksfeind; nur ist Stockmann germanischer Abstammung und kritisiert mit dem Furor eines Leutnants, während Shaw kein Kritiker als mutwilliger Wehklammer und blinder Mensch als sein kritisches Amt ausübt. Da er in erster Reihe Kritiker ist, so ist alles Dogmatische der Gegenstand seiner Angriffe, auch wenn das Dogmatische eine sozialistische Theorie ist. Der gewöhnliche Parteigenosse ist Kritiker, weil er Sozialist ist; Shaw ist Sozialist, weil er Kritiker ist. Infolge dieses geistigen Charakters kann Shaw niemals zum festen Genossen einer Partei werden, und noch weniger zum Führer einer Partei. Er ist ein Stabes, irgend einen eisernen Bestand von Doktrinen muß jeder Anhänger einer Partei und noch mehr der Führer einer Partei haben.

Hyndman ist einer der besten Typen englischer Politiker, die die Generation von 1845 bis 1875 erzeugt hat. Energetisch, zähe, für das Gemeinwohl begeistert und mit allen Fähigkeiten ausgerüstet, die Erziehung und Erfahrung geben können und die zu einer führenden Rolle im parlamentarischen Leben nötig sind. Der Marxismus gab ihm einen festen soziologischen Standpunkt, den er seit bald dreißig Jahren verteidigt. Die scheinbare Erfolglosigkeit und die inneren Kämpfe des englischen Sozialismus waren nicht ohne bitternde Wirkung auf seinen Geist, wie es überhaupt kein schlimmeres Unglück für eine sozialrevolutionäre Bewegung und für energische politische Geister geben kann, als zur Unmündigkeit verurteilt zu sein. Die Unfähigkeit nach außen erzeugt innere Kämpfe, die stets zur Herausarbeitung der Extreme und teils zur Ersparung, teils zur gänzlichen Erschütterung der Doktrin führen.

Schließlich muß noch Robert Blatchford, der Redakteur der „Clarion“, genannt werden. Ursprünglich Soldat, dann Journalist, kam er durch eigenes Nachdenken zum Sozialismus und zum freisinnigen Agitationsbroschüren, die in der englischen Sprache vorhanden sind. Er ist einer der sehr wenigen englischen Schriftsteller, die in sozialen Fragen klar, fern und mit logischer Folgerichtigkeit schreiben und das in England so beliebte Jaudern und pseudo-wissenschaftliche Abwägen verabscheuen. Er wird wegen der Geradheit seines Charakters von Freund und Feind geachtet. Ohne Marx je gelesen zu haben, steht Blatchford auf dem Boden des Klassenkampfes.

Den Reigen der Diskussion eröffnete Keir Hardie im „Labour Leader“, worin er u. a. sagt: „Ich habe immer behauptet, daß man den Sozialismus schädigt, wenn man ihn abhängig macht vom Klassenkampf und vom Klassenbewußtsein. Dadurch wird der Sozialismus nur auf das Niveau eines parteiischen Kampfes herabgedrückt. ... Der Sozialismus führt Krieg gegen ein System und nicht gegen eine Klasse. Wir wollen, daß der Arbeiter zum Bewußtsein seiner Manneswürde und nicht zum Klassenbewußtsein erwacht. ... Die Arbeiter bilden keine Klasse; sie sind die Nation. ... Dann gibt es gegenwärtig in England keine herrschende und keine unterdrückte Klasse im marxischen Sinne mehr. In den Zeiten von Marx war dies wohl wahr. Jetzt gibt es aber nur deshalb eine Klassenherrschaft, weil die Arbeiter es so haben wollen. Wenn sie wollten, könnten sie sich zu jeder Zeit befreien, denn sie haben die politische Macht. Aber was hindert sie, ihre Macht zu gebrauchen? Etwa die Polizei oder die Regierung? Nein, es ist die Unwissenheit der Arbeiter selbst. ... Dennoch soll niemand denken, daß ich hiermit den Sozialismus schwächen oder die politische Selbstständigkeit der Arbeiter beeinträchtigen möchte. Wir werden ebenso eifrig wie bisher tätig sein, eine Arbeiterpartei in Großbritannien zu gründen und sie politisch selbständig zu erhalten. Ich kann keine Umstände voraussetzen, die uns veranlassen könnten, eine Allianz mit einer anderen Partei zu schließen.“

Shaw schreibt über denselben Gegenstand in der „Clarion“. Sein Ton wird dem deutschen Leser provokierend vorkommen, aber Shaw ist immer besser als seine Kritik. Er vertält zuweilen in den Fehler der meisten Humoristen, die eher einen Freund als einen Feind verlieren. „So unwissend wir Briten auch sind, so ist jeder von uns „Klassenbewußt“ — also gerade das, was die deutschen von dem Winkler einimpfen wollen. Ich bin durchaus ernst, wenn ich sage, daß die Leute ihr Geschäft besser verstehen, als Marx sie verstand, indem er die Gesellschaft in zwei Klassen schiedete mit diametral entgegengesetzten Interessen. Wäre das marxische Melodrama vom „Klassenkampf“ oder vom „Klassenbewußtsein“ und das Brutalen Kapitalisten“ nur einigermaßen interessant, dann hätte das kapitalistische System längst zerfallen sein müssen. ... In Wahrheit ist die Sache so: Durch das Abwerfen von ungeheuren Summen durch „Wohltätigkeit“ und durch die Verdoppelung und Verdreifachung der Einkommen der Reichen war der Kapitalismus in stande, sich — wie im alten Rom — eine unüberwindliche proletarische Leibgarde zu schaffen, deren Interessen mit denen des Kapitals verbunden sind. Diese proletarische Leibgarde ist ebenso wie ihre römische Vorgängerin schon taubstümmlicher und brutaler und rücksichtsloser als ihre Herren, schon taubstümmlicher, unwillkürlicher und gewissenloser ist. Tante nur die Einkommen dieser Reichen an, und die proletarische Leibgarde, die stramm konservativ stimmt, wird die erste sein, darunter zu leiden. ... Der wirk-

liche Kampf geht vor sich zwischen der proletarischen Leibgarde, die parasitisch am Gesellschaftskörper lebt, und den schaffenden Arbeitern, die den Mehrwert erzeugen.“

Aus Keir Hardies und Shaws Kritik geht hervor, daß die Ursache der langsamen Entwicklung der sozialistischen Bewegung in England zu suchen sei: 1. in der Demokratie; 2. im ungeheuren Reichtum Englands; 3. in der geistigen Rückständigkeit der britischen Arbeiter.

Der Leser kann dieselben Gedanken finden in meinem Artikel über den „Sozialismus in Großbritannien“ im „Vorwärts“ vom 2. April 1904.

Hyndman antwortete Shaw im „Clarion“. Er sagt, die Behauptung, Marx warte die ökonomischen Grundlagen nicht begriffen, habe Shaw bereits vor 20 Jahren gemacht. Während dieser Periode ist der Marxismus nicht nur nicht zurückgegangen, sondern zur herrschenden Lehre der internationalen Sozialdemokratie geworden. Der Marx unterscheidet, vom „jugendhaften Arbeiter“ und „brutalen Kapitalisten“ gesprochen zu haben, sei kaum berechtigt, über den Marxismus zu urteilen. Ein soziales System siehe nicht wegen seiner Jugend und falle nicht wegen seiner Härte, sondern wegen seiner Fähigkeit und Unfähigkeit, die ökonomischen, politischen und, im allgemeinen, die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen. In Frankreich war das Frankreich des ancion régimes mindestens ebenso reich wie das zeitgenössische England. „Ein zynischer Epigrammatiker hätte im Jahre 1780 dort ebenso gut sagen können: Wir scheeren uns den Teufel um den dritten Stand mit seinen Bauern. Der König, der hohe Adel und die Geistlichkeit haben so ungeheure Summen aufgebracht, daß sie eine unüberwindliche Leibgarde von Landarbeitern, Dienern, Lakaien usw. usw. geschaffen haben. ... Aber der verachtete Noturier hat doch gesiegt. Nicht infolge seines Witzes oder seiner Jugend oder seines Rutes, sondern deshalb, weil sein Gegner ökonomisch, politisch und sozial ausgepielt hatte.“

Haus Industrie und Handel.

Internationaler Arbeitsmarkt. Der bisherige Verlauf der Herbstkonjunktur hat die Befürchtung einer unglückseligen Gestaltung des internationalen Arbeitsmarktes gerechtfertigt. Fast in allen Industrieländern ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. Eine Ausnahme macht nur Frankreich, wo nicht nur gegenüber dem August des laufenden Jahres, sondern auch gegenüber dem Vorjahre im September eine Abnahme der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Sie sank von 11,1 im August auf 10,5 Prozent im September. Im Parallelsinn des Vorjahres betrug sie 12,8 Prozent. Vergleichsweise ist trotz der Abnahme gegenüber dem Vorjahr und dem Vormonat die Arbeitslosigkeit noch immer recht bedeutend. Es zeigen sich aber wenigstens in einer Reihe von Gewerben, so vor allem in verschiedenen Metallbranchen, im Ledergerber, in der Holzindustrie und im Selbstgewerbe Anzeichen einer fröhlichen Besserung. In England hat die Beschäftigungslosigkeit im September einen so hohen Grad erreicht wie noch in keinem Monat des laufenden Jahres. Die Arbeitslosen ziffern stellten sich auf 6,8 Proz. gegen 6,4 Ende August und 5,8 Ende September 1903. In allen Industriezentren nahm die Arbeitslosigkeit stark zu. In 35 städtischen Bezirken wurden an einem Tage der zweiten Septemberwoche 388 008 Paupers gezählt, d. h. es kamen auf je 10 000 Einwohner 215 Paupers gegen 213 im August und 204 im September 1903. In London kamen auf 10 000 Einwohner sogar 238 Paupers. Im Kohlenbergbau war die Förderung etwas günstiger als im August, aber noch immer matter als im September des Vorjahres. In den Stahl- und Eisenwerken nahm die Zahl der Beschäftigten abermals ab. Im Schiffbau stieg die Arbeitslosigkeit bis auf 16,3 Proz. und war damit um 2,6 Proz. höher als im August. Im Metall- und Maschinengewerbe ging nicht nur die Zahl der Beschäftigten zurück, es wurde vielfach auch noch außerdem verliert gearbeitet werden. Ueberall war so der Beschäftigungsgrad unglücklicher als im Vorjahre. Nur das Textilgewerbe zeigte erfreulicherweise eine kräftige Besserung. Nicht nur war die Zahl der Beschäftigten in der Baumwollindustrie wieder steigend, auch die viele Monate hindurch aufrecht erhaltene Erzeugungseinschränkung konnte in den meisten Betrieben im Laufe des September endlich wieder weggelassen. Gleichfalls besserte sich der Beschäftigungsgrad in den Webereien, so daß nur noch 4,8 Proz. der Stühle stilllagen gegen 12 Proz. im September 1903. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter, deren Löhne im September eine Herabsetzung erfahren, betrug 19 500; ihr Wochenlohn ging um ca. 200 Pfund zurück. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika herrscht zwar in der Beschäftigung eine recht zureichende Stimmung, ohne daß indes der Arbeitsmarkt bis jetzt eine Besserung erfahren hätte. Gerade der September brachte wieder erhebliche Entlassungen. So wurden unter anderem die Pullmannwerke in Chicago geschlossen, wodurch 7000 Arbeiter beschäftigungslos wurden. In der Eisen- und Stahlindustrie bleibt der Beschäftigungsgrad nach wie vor unbefriedigend, da der Inlandskonsum keine Zunahme zeigt und die Ansuhr zu Preisen erfolgslos muß, die zu einer Vermehrung der Erzeugung nicht anregen. Wünschenswert ist die Nachfrage im Kohlengeschäft, so daß die Kohlenbergwerke im vierten Quartale des laufenden Jahres mit einer normalen Beschäftigung rechnen.

Wich- und Fleischhandfuhr Oesterreich-Ungarns. Während Oesterreich-Ungarn sich im letzten Jahrzehnt mehr und mehr von einem Getreideexportland zu einem Getreideimportland entwickelt hat, ist die Vieh- und Fleischhandfuhr noch immer sehr bedeutend. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres betrug z. B. die Ansuhr an Schlachtvieh 51 229 751 Kronen (1 Krone = 85 Pf.) gegen 50 200 000 Kronen im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während die Fleischhandfuhr von 2 538 692 auf 3 157 204 Kronen stieg. Es kommt fast ausschließlich Rindvieh zur Ansuhr und zwar meist Dänen. Der größte Teil dieser Ansuhr geht nach Deutschland. An zweiter Stelle befindet sich die Schweiz, die sich in der ersten Hälfte dieses Jahres aufnahmefähiger als in der gleichen Zeit des Vorjahres gezeigt hat; es wurden dorthin rund 2000 Rinder und 3000 Schafe mehr ausgeführt. An dritter Stelle steht Italien, allerdings mit ziemlich bescheidenen Ziffern. Die Viehhandfuhr nach Bestimmungsländern im ersten Halbjahr 1904 stellte sich im einzelnen wie folgt:

Table with 4 columns: Länder, Rindvieh, Schafe, Schweine. Rows: Deutschland, Schweiz, Italien, Rumänien, Belgien, Frankreich.

Attingengesellschaft für Rederfabrikation de Hesse u. Cie., Laden. Es ist gekommen, wie vorausgesehen war: die Aktionäre der Gesellschaft haben in der vorgestern abgehaltenen Generalversammlung den Vergleichsvorschlag der Prokuratoren angenommen. Nachdem der Vorsitzende, Justizrat Jörissen, über die Geschäftslage der Gesellschaft berichtet hatte, forderte die Friedbergische Vertretung 680 000 Mark Kapital eine stärkere Kontrolle der Geschäftsführung durch Ziehung mehrerer Teilbilanzen und die Anstellung von Revisoren zur Prüfung der Jahresbilanz und der Teilbilanzen sowie ferner die Aufnahme von Sachverständigen in den Aufsichtsrat und Vorstand. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Frage der solidarischen Haftbarmachung der Verwaltung. Als die Versammlung die Prüfung der Vorschläge der Friedbergischen Gruppe aussetzte und zusicherte, daß der Sachverständigen Strauß, falls er in den Aufsichtsrat gewählt werde, erweiterte Machtbefugnisse erhalten solle, zog die Vertretung jener Interessengruppe den Antrag auf Aufnahme eines von ihr vorgeschlagenen

Vertrauensmannes in den Aufsichtsrat und den Vorstand zurück. Schließlich wurden die Vergleichsvorschläge mit 130 gegen 37 Stimmen angenommen. Aus der Negativlage wird also auch in diesem Falle nichts.

Gewerkschaftliches.

Internationale Streikstatistik.

Den zahlreichen und überaus umfangreichen Ausständen in der nordamerikanischen Union, die der internationalen Streikbewegung im August das Gepräge verliehen, folgte im September der Generalausstand der italienischen Arbeiter, der zwar nur wenige Tage anhielt, aber von Rom und Mailand aus beginnend sich fast auf alle gewerblichen und städtischen Distrikte ausdehnte. Die organisierten Arbeiter Mailands und Romas besetzten am 15. September, zum Protest gegen das Einziehen der Gendarmerie anlässlich eines landwirtschaftlichen Streiks in Castelluzzo die Arbeit niederzuliegen. In Rom allein stellten sofort 10 000 Arbeiter in 30 Betrieben die Arbeit ein. Alsbald schlossen sich die Arbeiter in Turin, Como, Genua und Pavia der Bewegung an. Unter dem Einbruch dieser Vorgänge sprang der Streik am 17. September nach Nord über. Die Straßenbahn- und Droschkenfahrer, sowie die Arbeiter aller größeren Betriebe mit Ausnahme der bei den städtischen und staatlichen Anstalten Beschäftigten schlossen sich dem Generalausstand an. Ebenso kam es in Bologna, Ancona, Forlì und Terni, weiterhin in Florenz und Venedig zu größeren Arbeitseinstellungen. In Venedig streikten namentlich die Gondelfahrer und die Angestellten der kleinen Kanalboote. Ebenso schnell, wie die Bewegung aufgestiegen war, erfolgte sie wieder, so daß schon am 19. September in den meisten Städten die Arbeit wieder aufgenommen wurde; nur in Mailand zog sich der Streik noch einen Tag länger hin. Wie hoch sich die Zahl der an dieser Bewegung beteiligten Arbeiter belief, ist auch nicht annähernd zu taxieren, da die Angaben aus den einzelnen Orten ganz erheblich auseinandergehen. Sieht man von Italien ab, so liegt die Streikbewegung im September im Vergleich zum August ziemlich stark nach. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen begannen im September 119 Streiks gegen 149 im August. Die Zahl der Beteiligten betrug in England und Frankreich, für welche Länder schon ziffernmäßige Angaben vorliegen, 24 778 gegen 26 635 im August. Zurückgegangen ist die Zahl der Streikenden in Frankreich, und zwar von 21 128 auf 16 637, während in England eine Steigerung von 4807 auf 8141 stattgefunden. Ganz beträchtlich war aber die Abnahme der Streikbewegung in den Vereinigten Staaten. Die großen Streiks, die meist im August begonnen hatten, endeten zumeist in der ersten Hälfte des Monats. Die Ausstände in den Schladtöfen von Chicago, Kansas-City und New York, sowie im Baugewerbe New Yorks. Auch der Ausstand der Winenarbeiter in Colorado schloß sich dem Widerstand der organisierten Arbeiter an. Damit hat sich die Forderung der Gewerkschaften, daß nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen, vorläufig als unzureichend erwiesen. Größere neue Ausstände waren im September nicht zu verzeichnen, wohl aber dauerte der Streik in den Spinnereien von Massachusetts, an dem etwa 25 000 Arbeiter beteiligt sind, noch fort. Andere Differenzen, die Streiks befürchteten ließen, wurden durch den Einbruch der großen Niederlagen verhältnismäßig leicht durch Vergleiche geschlichtet, so unter anderem die Differenz der Angestellten der Straßen- und Hochbahnen in New York mit ihren Arbeitgebern. In Kanada während des September die Streikbewegung auf der Strecke Winnipeg-Vancouver der Pacificbahn die Arbeit nieder, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen.

Berlin und Umgegend.

Die ausgesperrten und streikenden Tischler waren gestern vor-mittag in Keller's Saal versammelt, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der Saal, der diese Versammlung befehlte, war ein anderer als der, welcher sich in der Meisterversammlung bemerkbar machte, die zwölf Stunden vorher in demselben Saale gefügt hatte. In der Arbeiterversammlung bedurfte es nicht, wie bei den Meistern, des Zuredens und Anfeuerns, um die Kollegen zur Beachtung der gefassten Beschlüsse zu bewegen. Zureichend und entschlossen, den Kampf durchzuführen, den ihnen die Scharfmacher aufgezwungen haben, waren die Streikenden erschienen, um den Verzicht über den Stand der Bewegung aus dem Munde ihres Kollegen in Stille entgegen zu nehmen. Unter anderem verwies der Referent auf den Widerspruch, der sich zwischen den Angaben der Meister und denen der Arbeiter über die Beteiligung an der Bewegung bemerkbar macht. Der Holzarbeiter-Verband hat bis zum Montag Abend 708 ausgesperrte gezählt und 787 Streikende, die zugunsten der Aussperrten in den Ausstand getreten sind. Ueberdem befinden sich seit vor der Aussperrung 254 Mitglieder im Streik. Rechnet man dazu noch die 602 an Klavierarbeiter-Streik beteiligten Mitglieder, so kommt man zu einer Gesamtzahl von 2351 streikenden und ausgesperrten Verbandmitgliefern. Der 60 Mitglieder der Tischler ist mit etwa 50 und dem Streikverein mit etwa 30 Mitgliedern an der Aussperrung und dem Streik beteiligt. Das alles zusammen ergibt noch nicht eine so große Zahl, wie die Meister allein für die Wölblichkeitschere als ausgesperrte und Streikende angeben. Die Zahl der Unorganisierten könne nicht so groß sein, daß dadurch die von den Meistern ausgegebenen Zahlen, die ungefähr doppelt so groß sind wie die des Verbandes, erreicht werden. Die Angaben der Meister können also nicht zutreffend sein. — In allen Betrieben, welche bis jetzt ausgesperrt haben, waren vor der Aussperrung 2014 Mitglieder beschäftigt. Wenn die Arbeitsniederlegung auf alle diese Betriebe ausgedehnt würde, so hätte der Verband (unter Zurechnung der streikenden Klavierarbeiter, der sonstigen Streikenden und der 228 Arbeitslosen) insgesamt 3808 Mitglieder zu unterstützen. Für diese Zahl würden die vorhandenen Gelder lange ausreichen, und da auch der Hauptvorstand die Unterstützung des Streiks bewilligt hat, so ist die Spekulation der Unternehmer auf die Leerung der Verbandskasse völlig verfehlt. Ferner bemerkte der Redner, Herr Kahardt habe in der Meisterversammlung gefordert, die Arbeitgeber würden in den Organen der Arbeiter mit gegenseitigen persönlichen Angriffen bedacht. Diese Behauptung muß zurückgewiesen werden. Während die „Nachzeitung“ mit persönlichen und gehässigen Angriffen auf die Organe der Arbeiter gefüllt sind, haben diese durchaus sachlich und ohne jede persönliche Feindseligkeit gesagt, was über die Einzelheiten des Kampfes gesagt werden mußte. Auch die sehr gehässige Darstellung der Angelegenheit von Jelder und Blachen hat im „Vorwärts“ eine vollkommen sachliche Verantwortung erfahren. Die Arbeitgeber haben keine Ursache, sich über gehässiges Vorgehen der Arbeiter zu beklagen. Der Redner führte zum Schluß aus, daß der Kampf für die Arbeiter durchaus günstig steht, daß sie die Maßnahmen der Arbeitgeber nicht im geringsten fürchten und — mit Bestimmtheit auf einen Sieg der Arbeiter zu rechnen ist. — Auch in der Diskussion kam diese Ansicht einstimmig zum Ausdruck. Die Stimmung der Versammlung war eine kampfesfrohe und es zeigte sich, daß die Streikenden und ausgesperrten im Bewußtsein ihres guten Rechtes den aufgezwungenen Kampf weiter zu führen willens sind.

Keiner die Lage des Streiks der Klavierarbeiter wurde in einer sehr stark besuchten Versammlung der Streikenden, die gestern im Gewerkschaftshaus tagte, berichtet. Der Mangel an Klaviermusik beschränkte sich immer mehr auf die noch in Tätigkeit befindlichen Betriebe mit den Arbeiten ins Stoden geraten. Dieser Umstand trägt wohl in erster Linie mit dazu bei, daß die Fabrikanten sich dem Gedanken der Aussperrung mehr geneigt zeigen, wie dies bisher der Fall war. In einer früheren Versammlung der Fabrikanten habe Herr Petermann, einer der führenden Unternehmer, der Aussperrung entschieden widersprochen, weil er sich davon keinen

Erfolg verspricht. Aber die Pianoforte-Fabrikanten hätten sich unter die Führung der in der Metallindustrie fast ausschließlich bekannte Maschinenbauer begeben, und der Generaldirektor Kasse sei jetzt die treibende Kraft bei den Pianofortefabrikanten. Dem Treiben des Herrn Kasse, der die Maschinenbau-Tätigkeit unter allen Umständen auch in die Klavierindustrie übertragen wollte, sei es nunmehr gelungen, nach langem Bemühen eine Aussperrungsbeschlüsse zustande zu bringen. Am Montag habe eine Generalversammlung der Fabrikanten getagt, und wie bekannt geworden, habe dieselbe mit 33 gegen 16 Stimmen beschlossen, 25 Prozent der Arbeiter auszusperrn. Die Ausführung dieses Beschlusses, besonders die Bestimmung des Zeitpunktes der Aussperrung ist dem Vorstand überlassen. Man wisse also nicht, wann die beschlossene Aussperrung ins Werk gesetzt werden würde. Die Arbeiter, so wurde von allen Seiten und auch von der Streikleitung betont, hätten keine Ursache, diesen Beschluss zu bedauern, im Gegenteil, sie könnten ihn mit Freuden begrüßen und möchten wünschen, daß nicht 25 sondern 50 Prozent ausgesperrt werden. Uebrigens könne man mit Sicherheit annehmen, daß selbst die 25 Prozent nicht ausgesperrt werden, weil die größten Betriebe gar kein Interesse an der Aussperrung haben. Mögen die Unternehmer ihren Beschluß ausführen wie sie wollen, die Arbeiter hätten keine Ursache, ihre bisherige Taktik zu ändern. — Von den zahlreichen Einzelheiten, die in der Versammlung angeführt wurden, ist zu bemerken, daß seitens der Polizei gegen Streikposten mehrfach in der hinfänglich belamten Weise vorgegangen ist. Es wurde mitgeteilt, daß ein Polizeileutnant in der Fabrik von Wittenburg u. Hermann unaufrichtig angefragt habe, ob er nicht gegen die vor dem Hause stehenden Streikposten einschreiten solle, ob sich denn niemand durch dieselben belästigt fühle. Ein anderer Fall wurde angeführt, wo ein Hauswirt, wahrscheinlich auf Betreiben eines ihm gegenüberwohnenden Pianofortefabrikanten, einem streikenden Klavierarbeiter, der mit der Piete im Rückstand ist, mit der Ermittlung gedroht hat, falls er nicht in sehr kurzer Frist bezahle. Der Arbeiter wird natürlich in die Lage versetzt werden, den Hauswirt zu befriedigen, um so die Drohung unwirksam zu machen. — Weiter wurde erwähnt, daß auf die zugunsten der Unorganisierten am Donnerstag ausgegebenen Sammellisten bereits über 1200 Rm. eingegangen sind und die Unorganisierten in dieser Woche die erste Unterstützung erhalten. Ein Teil der Nichtorganisierten ist auch bereits wieder in anderen Branchen in Arbeit gebracht worden, sowie in Fabriken, die bewilligt und jetzt ihre Betriebe vergrößert haben. — Der Verammlungs lagen Sympathieumgebungen der Kollegen aus Stuttgart und Paris vor. Die Verammlung war von der besten Stimmung besetzt und gab der Ansicht Ausdruck, daß ein einbedingungsloses Aufgeben des Streiks nicht zu denken ist und die Streikenden auszuhalten werden, bis ihnen der sicher zu erwartende Sieg zufällt.

„Nichtandlung Arbeitswilliger.“ Unter dieser Ueberschrift bringen die bürgerlichen Blätter wieder einmal eine Schauergeschichte, wie sie bei jedem größeren Streik von gewissenlosen Leuten erfunden und weiter verbreitet werden, um streikende Arbeiter in den Augen eines unwissenden Publikums als abscheuliche Rohlinge zu brandmarken und die Streikbrecher im Lichte einer verfolgten Unschuld erscheinen zu lassen. Diesmal handelt es sich um zwei Luruspapierarbeiter, Pagell und Wille, die unter Namensnennung, wie unsere Erkundigungen ergeben haben, verleumdet werden. Die Notiz besagt, daß am Donnerstagabend, als die Luruspapierarbeiter Vatommel und Schost ihre vom Streik heimgeführte Arbeitsstätte, Bernhardt u. Co., Wilhelmstr. 20, verließen, sie von etwa sieben Ausständigen oder „deren gedungenen Helfershelfern“ — eine in der reaktionären Presse sehr beliebte Redensart, um streikenden Arbeitern irgend eine böse Tat anhaften zu können — unermittelt unruhig und durch Faustschläge mißhandelt worden seien. Den Schülern sei es dann gelungen, zwei der Angreifer, nämlich Pagell und Wille festzunehmen. Der erstere soll sich auf der Wache so ungebührlich benommen haben, daß er gefesselt werden mußte. Eine leichte Verletzung am Zeigefinger der linken Hand, die er sich beim Einschlagen einer Fensterscheibe zugezogen hätte, sei ihm vom Arzt verbunden worden. Beide Täter seien der Kriminalpolizei eingeliefert worden. — Nach dem, was unsere Erkundigungen ergaben, hat sich der Vorfall ganz anders zugetragen. Zunächst muß festgestellt werden, daß beide, Pagell und Wille, weder Streikposten waren noch den Streikenden von Bernhardt u. Co. irgend welchen Dienst leisteten wollten. Sie waren beide in einer Luruspapier-Fabrik in Reinickendorf tätig gewesen. Als sie durch die Wilhelmstraße gingen und in die Nähe der Fabrik von Bernhardt u. Co. kamen, erhielt Wille plötzlich von hinten einen Schlag ins Genick und vor ihnen rannten dann zwei Leute davon, wahrscheinlich war der Täter dabei. Das Publikum rief: „Halte die Spitzbuben!“ Pagell und Wille liefen nun auch hinter den beiden her und fühlten sich veranlaßt, an dem vermutlichen Täter Beringelung zu üben. Pagell stellte sich der Polizei und ließ sich ruhig hinstellen, und Wille meldete sich als Zeuge und ging ebenfalls mit zur Wache. Wo die beiden anderen ihnen ganz unbekannt Personen, von denen sie nicht wußten, daß es Arbeitswillige waren, geblieben sind, ist ihnen unbekannt. Auf der Polizeiwache in der Wilhelmstraße hat sich dann einer jener Vorfälle zugetragen, wie sie vielfach schon durch Gerichtsverhandlungen zur Kenntnis des Publikums gelangt sind. Pagell zog sich dabei eine tiefe Schnittwunde am Zeigefinger und eine kleine am Mittelfinger zu, die nicht von einer Fensterscheibe — die nach Aussage der stützten Gewesenen die Schülern selbst zerbrochen haben — herüber kommen sollen, sondern, wie der Arzt, der ihn verbunden hat, bestätigen kann, von einem Säbelhieb. — Die beiden wurden dann auf der Wache bis nachts gegen 2 Uhr eingesperrt, darauf nach dem Polizei-Präsidium transportiert, wo sie bis mittags gegen 12 Uhr verweilen mußten. Der Kommissar, der sie verhörte, erklärte: er sehe, daß sie ausständige Leute seien; sie sollten nur nicht wieder nach der Wilhelmstraße gehen und sollten doch die Leute ruhig arbeiten lassen. Sie konnten natürlich demgegenüber nur wieder betonen, daß sie gar nicht die Absicht gehabt hätten, irgendwen in der Wilhelmstraße von der Arbeit abzuhalten. Beide sind Menschen, die noch nie mit der Behörde in Konflikt geraten sind; sie haben nicht die geringsten Vorstrafen erlitten und sich auch, wie ihre Papiere ausweisen, beim Militär dienst tadellos geföhrt. Nach ihrer ganzen Veranlagung ist nicht anzunehmen, daß sie die Urheber des Streites sind.

Der Streik der Glasbleicher, Fosterer und Beleger. Gestern mittag fand eine zahlreiche besuchte Versammlung der Streikenden bei Voelker in der Weberstraße statt. Der Verbandsvorsitzende Witzbig berichtete dort über das Ergebnis der Verhandlungen, die am Sonntagabend mit der Kommission der Arbeitgeber gepflogen worden sind. Diese Kommission war übrigens dieselbe, mit der zu Anfang des Streites verhandelt worden ist; sie sollte bekanntlich nach dem über eine Versammlung der Arbeitgeber veröffentlichten Berichte bereits vor mehr als 14 Tagen aufgelöst worden sein. Diesmal ist durch die Verhandlungen ein Tarifentwurf zustande gekommen, der in der Hauptache folgende Bestimmungen enthält: Die Arbeitszeit wird auf 9 Stunden festgesetzt, für die Sonnabende auf 8 Stunden und für die Tage vor den drei hohen Festen auf 6 Stunden. Für diese drei Tage soll der volle Tagelohn gezahlt werden. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und müssen mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Bei schlechtem Geschäftsgange sollen Entlassungen möglichst vermieden werden und statt dessen die Arbeitszeit bis auf 6 Stunden verkürzt werden. Affordarbeit muß ausgeführt werden. Zur Schlichtung aller aus dem Tarif oder den Arbeitsverhältnissen etwa entstehenden Streitigkeiten soll eine gemeinsame Kommission gewählt werden. Lohnreduktionen sollen für Arbeitnehmer, die die Arbeit in beruflichen Werkstätten wieder aufnehmen, nicht stattfinden. Der Arbeitsnachweis soll paritätisch eingerichtet werden und jede Organisation soll die Hälfte der Kosten tragen. Die Arbeit soll am 26. Oktober wieder aufgenommen werden und die Streikenden soweit wieder eingestellt werden, wie offene Stellen in den Betrieben vorhanden sind. Maß-

regelungen dürfen von keiner Seite stattfinden. Der Tarif soll bis zum 1. Januar 1907 gelten und auf zwei Jahre weiter verlängert werden, falls er nicht drei Monate vorher gekündigt wird. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte, die gegen drei Stunden dauerte und mit einstimmiger Ablehnung des Tarifentwurfs endete. — Ueber das Ergebnis der für gestern abend geplanten Verhandlungen mit den Arbeitgeber wird eine zu heute einberufene Versammlung der Streikenden beschließen.

Die Aussperrung der Müllkutscher dauert noch fort, obwohl die Unternehmer die Abfuhr des Mülls auch nicht annähernd bewerkstelligen können. Wohl ist der Zufuhr von Arbeitswilligen nicht gering, doch täglich verlassen sie auch truppweise wieder die ungewohnte schmutzige Arbeit, um sich anderweitig Beschäftigung zu suchen. Die Mehrzahl der Arbeitswilligen hält es nur einen oder zwei Tage beim Müllfahren aus, wodurch die Unternehmer in eine recht prekäre Lage versetzt werden. So versucht sich eine Firma schon dadurch zu helfen, daß sie Nachwächter zur Beaufsichtigung der Wagen verwendet. Auf diese Weise müssen die Wächter Tag und Nacht arbeiten. Infolge des Beschlusses vom Polizeipräsidium, wonach die Ueberfüllung der Müllkästen nach wie vor bestrast wird, hat sich auch der Hauswirth eine gewisse Unerblichkeit bemächtigt. Viele von ihnen haben es bereits dazugezogen, die Abfuhr des Mülls jetzt der „Wirtschafts-Genossenschaft“, eines bedeutenden Konkurrenzunternehmens der übrigen Abfuhr-Gesellschaften, zu übertragen. Wie verlautet, sollen sich die Aussperrter gegen Konventionalstrafe verpflichtet haben, nicht mehr wie 30 Mark pro Woche an die Arbeiter zu zahlen. Die Aussperrten halten angesichts der für sie nicht ungünstigen Verhältnisse noch wie vor fest zusammen und sind gewillt, nur gemeinsam und sonst überhaupt nicht, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Achtung, Arbeiter! Auf dem Ladeplatz der Kalksandsteinwerke von Guthmann an der Dove-Brücke zu Charlottenburg wurde vor 14 Tagen den dort beschäftigten Ausladern durch den Vorarbeiter Demin angelündigt, daß von nun ab — und zwar solange bis das Lager gefüllt ist — 45 Pf. pro 1000 Steine für Ausladen gezahlt wird. Dies bedeutete für die dort beschäftigten Arbeiter eine Mehreinnahme von 5 Pf. pro 1000 Steine. Diese Lohn-erhöhung sollte eine Entschädigung dafür sein, daß nicht alle Kräfte in Betrieb waren. Unter dieser Bedingung nun wurden auch neue Arbeiter eingestellt.

Am Sonntagabend vergangener Woche nun wurden den Arbeitern stillschweigend die 5 Pf. wieder abgezogen, ohne daß den Arbeitern eine Anklündigung gemacht wurde. Am Montag wurden die Arbeiter bei dem Inspektor vorstellig; doch erklärte dieser, er könne nichts tun, die Anweisung sei vom Hauptkontor gekommen. Von den 19 Arbeitern legten 15 die Arbeit nieder und erklärten, sie wollten sich mit dem Direktor in Verbindung setzen. Als die Kommission in der Friedrichstraße (Hauptkontor) vorstellig wurde, wurde dort erklärt, ein derartiges Versprechen sei von der Leitung des Betriebes nicht gegeben worden. Wer nicht zu den alten Bedingungen arbeiten wolle, der könne gehen.

Die Kommission kehrte zu den übrigen Kollegen zurück und wurde von diesen im Interesse des Friedens beschloffen, noch einmal zu versuchen, einen einheitlichen Lohn und zwar für Nacht und Lage 43 Pf. zu fordern. Als die Kommission zum zweitenmal im Hauptkontor erschien, wurde derselben mitgeteilt, daß alle Ausständigen nicht wieder eingestellt werden würden, da bereits anderweitig Kräfte gefunden waren. Die Arbeiter konnten aber am Dienstag noch einmal dem Inspektor anfragen.

Als sich nun Dienstag morgen die Arbeiter meldeten, wurde ihnen mitgeteilt, daß die Firma sich von den alten Zeiten einige auszuhalten würde. Dies lehnten die Arbeiter ab, und nahmen die Arbeit nicht wieder auf.

Von Seiten des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter (Ordnungswaltung Charlottenburg) ist nun über den Betrieb die Sperre verhängt worden und bitten die im Ausstand befindlichen die Berliner und Charlottenburger Arbeiterkassen, in diesem Betrieb die Arbeit nicht aufzunehmen, bis die Differenz beigelegt ist.

### Deutsches Reich.

Die geplante Massenansperrung der Brauerei-Arbeiter in Rheinland und Westfalen wird nicht zur Tatsache. Wie den Lesern des „Vorwärts“ bekannt, beabsichtigte das Scharfmachertum in der Brauerei-Industrie in Rheinland und Westfalen, zur Vernichtung der Organisation der Brauerei-Arbeiter einen Gewaltcoup auszuführen, indem es 50 Prozent aller organisierten Brauerei-Arbeiter auszusperrten drohte, falls der über die Brauereien Zugläng und Jhing in Rülheim a. Ruhr verhängte Bohlott nicht aufgehoben werde. Die Kündigungen waren bereits erfolgt und die Organisation der Brauerei-Arbeiter machte sich auf einen hartnäckigen Kampf gefaßt. Der über die beiden genannten Brauereien verhängte Bohlott war darauf begründet, daß dieselben sich weigerten, den von den übrigen Brauereien Mülheims angenommenen Subtarif anzuerkennen. Natürlich hatte die organisierte Arbeiterschaft den gegen die Brauerei-Organisation beabsichtigten Schlag als eine Kriegserklärung an die gesamte organisierte Arbeiterschaft betrachtet und dementsprechend auch ihre Maßnahmen für den bevorstehenden Kampf getroffen. Weil nun aber die Organisationen der Arbeiter in solchen Fällen sehr vorsichtig zu Werke gehen, schon allein aus dem Grunde, um die Verantwortung für alle die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Niesenkampfes auf das Unternehmertum abzuwälzen, deshalb hatte eine am Sonntag, den 16. d. Mts. in Essen stattgefundene Konferenz eine Kommission gewählt, welche sozusagen in der ersten Stunde dem Unternehmertum nochmals zu Gemüte führen sollte einestheils die Berechtigung der Forderungen der Arbeiter in den beiden Mülheimer Brauereien und andererseits das friedliche Vorgehen des Scharfmachertums in dem rheinisch-westfälischen Brauereiringe. Ganz wider Erwarten mußte die aus den Genossen Ebert (Gewerkschaftsartell Mülheim), Frank (Zentralverband der Brauerei-Arbeiter), Limberg (Gewerkschaftsartell Essen) und Thielhorn (Gewerkschaftsartell Duisburg) bestehende Kommission dann die angenehme Ueberzeugung erleben, daß die Herren Brauereibesitzer viel friedfertiger zusammen waren, als ihr eigenes Scharfmachertum. Man hatte gewiß inzwischen Wind bekommen, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft hinter den Angehörigen des Verbandes der Brauerei-Arbeiter stehen werde und daß im Fall eines Kampfes die Chancen für manche Brauerei sehr tief standen. Nur so ist es zu erklären, daß man sich dazu herbeiließ, die Forderungen der Brauerei-Arbeiter anzuerkennen. Die einzige Frage, über die keine Einigkeit erzielt wurde, war der Abschluß der Tarifforderungen durch die Organisation mit dem Brauereiring (Bohlott-Schuhverband nennt sich der Ring). Der Syndikus des Brauereiringe, Dr. Kreuzbauer, der als der eigentliche Oberhaupt der in der rheinisch-westfälischen Brauerei-Industrie gilt, erklärte war, daß er persönlich die Organisation der Brauerei-Arbeiter anerkenne, indes — das Statut (!) des Unternehmerrings war das Aarndel, auf dessen breiten Rücken man alle Einwände abladen konnte. Die Forderungen wurden also sämtlich anerkannt, nur sollten die Vereinbarungen mit den einzelnen Brauereien gefordert getroffen werden. Herr Dr. Kreuzbauer gab auch im Namen des Ringes der Brauereien die Erklärung ab, daß der Verband die Garantie dafür übernehme, daß bis Ende 1905 Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis der Brauerei-Arbeiter nicht eingeföhrt würden. Angesichts dieser Zugeständnisse glaubte die Kommission im Interesse des Friedens auf den Abschluß des Tarifs durch die Organisation nicht bestehen zu sollen. Eine Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsartelle und der in Frage kommenden Organisationen, an welcher 19 Delegierte teilnahmen, fand nun am Sonntag in Duisburg statt. Man einigte sich auf folgende Erklärung:

Die am Sonntag, den 23. Oktober, in Duisburg tagende Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsartelle vom Niederrhein und dem westlichen Westfalen, des Zentralverbandes der Brauerei-Arbeiter, des Zentralverbandes der Wälder und des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter erklärt den über die Brauereien Zugläng und Jhing in Rülheim a. d. Ruhr verhängten

Bohlott für aufgehoben, nachdem die bohlottierten Brauereien ebenso wie die übrigen Brauereien Mülheims die Forderungen der Brauerei-Arbeiter auf Grund des eingereichten Tarifs bewilligt haben.

Die Frage der offiziellen Anerkennung der Organisation des Verbandes der Brauerei-Arbeiter wird bis auf weiteres vertagt. An Stelle der beabsichtigten Massenansperrung also ein nahezu vollständiger Sieg der Arbeiter! Das hatte gewiß Herr Dr. Kreuzbauer und das übrige Scharfmachertum nicht erwartet! Ja, ja, allzu scharf macht scharft!

Lohnbewegungen in Südbayern. In der Ballinischen Möbelfabrik in München haben sämtliche Schreiner und Rajschinisten (ca. 110 Mann) wegen Rückbewilligung von Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die Lohnkommission trägt sich mit dem Gedanken, die übrigen Arbeiter der Branche auszusperrn, wenn die Ballinischen Arbeiter nicht nachgeben. — Im Parkettleger-Gewerbe in München bestehen Differenzen, weshalb dringend ersucht wird, jeden Zugang fernzuhalten. — Die Differenzen beim Kafarnenbau in Landsberg a. L., über die kürzlich schon berichtet wurde, haben sich so verschärft, daß ein Streik voraussichtlich nicht zu vermeiden ist. Maurer und Bauarbeiter werden deshalb vor Zugang gewarnt.

### Ausland.

Gewaltige Massendemonstration und Bohlott der Straßenbahn in Norrköping. Am Sonntag fand im Volkspark zu Norrköping eine von über 10 000 Personen besuchte Demonstrationssammlung statt, die in einer einstimmig angenommenen Resolution Protest erhob gegen das brutale Auftreten der Polizei zugunsten der ausländischen (deutschen) Straßenbahn-Gesellschaft, sowie gegen den Mißbrauch von Militär zu Verärberdiensten gegen die Arbeiterklasse, und die Streikbrechern den Abschluß der Versammlung fundgab und beschloß, die Straßenbahn zu bohlottieren. Nach der Versammlung zog die Volksmasse zur Stadt. Die Polizei verhielt sich ruhig. Vom Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften sind Verhandlungen mit der Direktion der Straßenbahn angeknüpft worden. Der Vorsitzende Lindquist ist bereits am Sonntag in Norrköping eingetroffen und hat mit dem Direktor Carlsson verhandelt. Ein Ergebnis liegt bis jetzt nicht vor; die Verhandlungen sollen jedoch wieder aufgenommen werden.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Charlottenburg steht das Lokal von Anton Jonas in der Windmühlstr. 24/25 jetzt der Arbeiterschaft zur Verfügung. Ebenso ist das Lokal von Fritz Dähne in Spreenhagen bei Marienplatz frei, desgleichen in Marienfelde die Lokale von W. Staffeldt, Berlinerstr. 1 am Bahnhof und Dietmann, Berlinerstr. 48. Alle anderen Lokale des Ortes sind gesperrt. Mitglied der Lokalkommission in Marienfelde ist Richard Kreuzberg, Kantwiststr. 68. Die Lokalkommission.

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein feiert am Sonntag, den 20. Oktober, sein Herbstfest im Restaurant Götter, Friedrichstr. 96—97, mit Konzert, humoristischen Vorträgen und Tanz. Anfang 8 1/2 Uhr.

## Lokales.

### Ein Umschwung im Schulkonflikt?

Beim königlichen Provinzial-Schulkollegium scheint mit einem Male nicht mehr alles zu stimmen. Anfang Oktober noch hielt diese Behörde die Schulen und den Staat für gefährdet, wenn fürderhin von der Jugendgruppe der Freireligiösen Gemeinde eine Schulaufsicht, von einigen polnischen und tschechischen Turnvereinen sowie von den Schülerabteilungen des Arbeiter-Turnvereins „Nichte“ ein paar Schulturnhallen benutzt würden. Sie hatte es überaus eilig, solchen Treiben ein Ende zu machen. Am 8. Oktober erst wurden Inhalt und Wortlaut der mehr oder weniger artigen Briefe, die zwischen dem Provinzial-Schulkollegium und dem Berliner Magistrat gewechselt worden waren, durch den Magistrat veröffentlicht; und schon am 5. Oktober hatten die Direktoren das Ausweisungsbekret der königlichen Behörde in Händen und mußten über den Kopf des Magistrats hinweg zu schleunigster Bohlottschreitung schreiten. Heute aber erleben wir das seltsame Schauspiel, daß der vom Provinzial-Schulkollegium für unzulässig erklärte Zustand seit nun bereits drei Wochen zum Teil fortbesteht, obwohl diese Tatsache seit acht Tagen öffentlich bekannt gegeben ist.

Unsere Leser wissen, daß von den vier Schülerabteilungen des Vereins „Nichte“ eine von der Turnhallensperre verschont geblieben ist. In der vorigen Woche war das in der Protestversammlung der „Nichte“-Turner zur Sprache gekommen, und auch wir hatten dann kein Bedenken mehr getragen, den uns von vorher bekannt gewordenen Sachverhalt weiterzuberichten. Wir hatten hinzugefügt, daß das Provinzial-Schulkollegium von einer vierten Schülerabteilung noch gar nichts wisse. Die Kenntnis dieser täglich schlecht unterrichteten Behörde reiche eben nur bis 1903, während die vierte Abteilung erst 1904 eröffnet worden sei. Wir dachten, daß die aus ihrer unschuldvollen Ahnungslosigkeit aufgeschreckten Berichtsträger des Provinzial-Schulkollegiums sich nun schleunigst auf die Strampfe machen würden, um durch Anfrage beim Magistrat den Ort der Schul- und staatsgefährlichen Tätigkeit dieser vierten Abteilung zu ermitteln und auch für sie die sofortige Ausweisung aus der ihr bewilligten Schulturnhalle anzuordnen. Das ist aber zunächst nicht geschehen. Die vierte Schülerabteilung des Vereins „Nichte“ hat einstweilen noch eine weitere Woche hindurch in ihrer Schulturnhalle so flott geturnt, daß die Halle wackelte, und sie blüht nun seit Erscheinen jenes Ausweisungsbekrets auf drei recht vergnügliche Turnwochen zurück.

Die „Nichte“-Turner wissen gar nicht, wie sie es sich zusammenreimen sollen, daß ihre vierte Schülerabteilung weniger gefährlich sein soll als die drei anderen. Sie meinen, wenn das Provinzial-Schulkollegium ernsthaft der Ansicht ist, daß die Ueberlassung von Schulturnhallen an ihre Schülerabteilungen dem Schul- und Staatsinteresse widerspricht, so ist es Pflicht, auch die vierte Abteilung auszuweisen. Ja, wenn —! Aber diese vorläufigen Kritiker, die erst über die Ausweisung dreier Abteilungen geschimpft haben und jetzt ebenso über die Duldung der vierten schimpfen, diese ewig unzufriedenen Rörgler, denen es die Engel im Himmel nicht recht machen könnten, ahnen eben nicht, daß sich da offenbar ein vollständiger Umschwung vorbereitet. Dank unseren weit reichenden Verbindungen können wir schon heute Mitteilung machen von einer allernuesten Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums, die nächsten herauskommen soll. Danach wird nicht nur die vierte Abteilung weiterturnen dürfen, sondern man wird auch den drei anderen die ihnen vor der Nase zugeschlagenen Türen ihrer Turnhallen wieder öffnen. Der Magistrat wird in der soldatisch-turgen Form, durch die das Provinzial-Schulkollegium sich berühmt gemacht hat, ersucht werden, die ausgewiesenen Abteilungen feierlich wieder einzuföhren. Und er wird diesem Ersuchen zu entsprechen haben.

No, Ihr „Nichte“-Turner, was sagt Ihr dazu?! Wie steht das Provinzial-Schulkollegium nun da!

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 27. Oktober d. J., nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unmitelbaren Gemeindebeamten. — Ein Rainkalisationsgesetz. — Vorlage betreffend den Erlass eines Ortsstatuts zur Regelung der Sonntagstragen im Handels- und Gewerbe. — Verärberstattung über die Vorlagen betreffend die Vererbung einer an der Sonnenburgerstraße belegenen

**Städtischen Landfläche für Gemeindefürsorge** — und den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gemeinde Zegel über die Verlegung von Gasröhren etc. im Gutbezirk Zegel. — Vorlagen betreffend die Bewilligung von Mehrkosten für die Einrichtung und den Betrieb der Abteilung für Geschlechtskrankheiten im ehemaligen Erziehungsheim am Urban, — die Ueberlassung des Festsaales im Rathaus an den Giordano Bruno-Bund zu der Veranstaltung einer Feier zum Gedächtnis Schillers — und die Anstellung eines vierten Vorstandmitgliedes der Landesversicherungsanstalt Berlin. — Zwei Anträge von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen: das Ortsstatut für die Kaufmannsgerichte so zeitig fertigzustellen, daß das Kaufmannsgericht für Berlin am 1. Januar 1906 in Wirksamkeit treten kann, und schleunigst geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die gesundheitlichen Schädigungen der Berliner Bevölkerung zu verhindern, die durch die Einführung von Fleisch, das nur außerhalb Berlins unterjocht wurde, zu befürchten sind. — Vorlage betreffend die Verteilung der Zinsen aus dem Vermächtnis des Hofrats Meyer. — Sechs Rechnungen. — Drei Unterstützungssachen. — Vorlage betreffend die Erhöhung der Remuneration eines einseitig in Gemeindefürsorge beschäftigten Lehrers.

**Gastwirte und Absinzenzer.** Man schreibt der „Frankf. Zeitung“: Der Bitterverein des hiesigen Kreises Steinburg war neulich versammelt, um die Maßnahmsbestrebungen zu unterstützen. Drei Redner, die Herren Degelow, Priesch und Lütke, sprachen aufrichtig über die Schäden ihres Standes, besonders über die böse Herrschaft, die das Alkoholkapital über die Birte ausübt, und über die gemeinschädliche Verteuerung der Gasthäuser durch die Spekulation. Herr Degelow aus Minsterdorf, der durch die mit Dr. Vode ausgehandelten Verträge über die Gasthaus-Reform bekannt geworden ist, übernahm auch Vodes alte Forderung, den Trink- und Verzehrungszwang, der in den Gasthäusern um so mehr herrscht, je höhere Zinsen aufgebracht werden müssen, durch eine Platz- oder Stundennote aufzuheben. Er zeigte einen Anschlag vor, der in seiner Wirkkraft an verschiedenen Stellen angebracht ist: Gäste, welche nichts zu verzehren wünschen, zahlen ein Stundengeld von 20 Pf.

In den beiden ersten Gasthäusern des Vereins für Gasthaus-Reform, dem „Sajwan“ zu Apolda und „Neuwallendorf“ bei Weimar, ist das Stundengeld gleichfalls eingeführt; auf ihren Tischarten liegt man unter „Verschiedenes“: Aufenthalt in den Gastzimmern oder dem Garten ohne Verzehrungszwang, wobei Spielen und Lesen frei, die Stunde 10 Pf., Ausruhezimmer für Radfahrer und Wanderer 20 Pf.

In Berlin macht sich, wenigstens in größeren Lokalen, das Bestreben geltend, den Konsum alkoholischer Getränke möglichst zu erschweren. Ein Glas Wasser, dem eine Zitronenscheibe und etwas Zucker beigelegt ist, muß in den größeren Konzertsälen mit 30 und 40 Pf. bezahlt werden; die Herstellungskosten einer solchen Limonade mögen sich vielleicht auf 3 oder 4 Pf. belaufen. Ebenso viel wird für eine „Wißbrause“ oder ein ähnliches Getränk verlangt, trotzdem der Einkaufspreis für die Flasche nur etwa 6 Pf. beträgt. Die Erhebung von „Stundengeld“ hat sich hier ja noch nicht eingebürgert; ob diese Keuererung empfehlenswert ist, wollen wir nicht entscheiden. Wohl aber sollten die Birte der von Arbeitern und anderen kleinen Leuten besuchten Lokale für alkoholfreie Getränke nicht gar zu unverschämte Preise fordern.

**Die städtische Verkehrsdeputation** beschäftigt sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Richter mit den Plänen für einen Personen-Dampfer-Verkehr auf der Spree innerhalb Berlins, d. h. vorläufig von der Kurfürsten-Brücke bis zur Haken-, oder einer anderen Brücke in Moabit. Der Deputation lag ein Gesuch des bekannten Hamburger Reeders Wichmann vor, der seine Dampfer auf der Alster verkehren läßt und einen ähnlichen Verkehr in Berlin einzurichten beabsichtigt. Herr Wichmann ist bereit, neue und moderne Dampfer für 100–150 Personen bauen zu lassen und zunächst mit einem derartigen Dampfer hier einen Versuch zu machen, nachdem die Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ von ihrem Plane, einen Motorboot-Verkehr innerhalb Berlins ins Leben zu rufen, zurückgetreten ist. Die städtische Verkehrsdeputation sieht dem neuen Plane sehr sympathisch gegenüber und wird ihn nach besten Kräften zu fördern suchen. Hauptsächlich macht die Strompolizei keine Schwierigkeiten. Glückt der Versuch, dann beabsichtigt Herr Wichmann, wie auf der Alster, einen 10 bezw. 5 Minuten-Verkehr einzurichten. Um einen solchen Verkehr hier durchführen zu können, müssen natürlich an verschiedenen Stellen, an der Kurfürsten-, Friedrichs-, Weidenbammer-, Kronprinz-, Rolke-, Varen-, und anderen Brücken oder in deren Nähe, z. B. an den Felten bequeme Landungsbrücken erbaut werden. Falls der Versuch gelingt und es dann möglich erscheint, soll der Verkehr mit kleineren Dampfern auf den Landwehrkanal ausgedehnt werden.

**Gesundheitsrücksichten** haben den kürzlich vielgenannten Professor Dr. Jacob veranlaßt, am schwarzen Brett der Universität bekannt zu geben, daß er in diesem Winterhalbjahr verhindert sei, die angelegentlichsten Vorlesungen zu halten. Es ist schon möglich, daß die Gesundheit des Herrn Professor durch die vielen Zurechtlegungen, mit denen seine Kollegen ihn wegen seiner mehr als rücksichtslosen Heilmethode bedrückt haben, so schwer gelitten hat, daß er wenigstens in Berlin an ein öffentliches Aufstehen nicht zu denken wagt. Im Verein für innere Medizin ist Herr Prof. Jacob u. a. die Fällung von Krankengeschichten zum Vorwurf gemacht worden. Herr Jacob hat dem Verein darauf seinen Austritt angezeigt. Daraufhin verzichtete der Verein auf eine weitere Besprechung der Angelegenheit.

**Die Beinstellung der Hohenzollern.** In den vom Reichstags-Abgeordneten Pögg herausgegebenen „Deutschen Stimmen“ wird folgende interessante Kaiseranekdote erzählt: In einem Gymnasium im Westen Berlins liegt der deutsche Unterricht der Prima in den Händen eines Oberlehrers, der eine gewisse Vorliebe für burokratische Aufsatzthemen beudetete. So erteilte er im Frühjahr dieses Jahres den Auftrag, die Frage: „Inwiefern läßt sich aus der Beinstellung der Hohenzollern in der Siegedalce auf den Charakter der dargestellten Persönlichkeiten schließen?“ in Aufsatzform zu behandeln. Die Herren Primaner mühten sich im Schwere ihres Angeichts ab, der absonderlichen Aufgabe gerecht zu werden. Damit war die Angelegenheit zunächst erledigt. Durch Zufall gelangte sie aber zur Kenntnis des Kaisers. Er war auf der Nordlandfahrt, als das starke Ohr des Monarchen an der Tafel das Gespräch zweier in seiner Nähe sitzender Herren der Beileitung mit anhörte. Die durch den Vater eines der geplagten Primaner von jenem Aufsatzthema erfahren hatten und nun ihre Verwunderung darüber äußerten. „Was erzählen Sie da, K?“ fragte der Kaiser den einen der beiden Beteiligten. Herr von K. konnte nun natürlich nicht anders, als den Vorfall in aller Ausführlichkeit darzulegen. Der Kaiser macht ein sehr ernstes Gesicht und drückt auf den elektrischen Knopf an seiner Seite. Ordonnanz erscheint; Telegramm an den Kultusminister, das sofortige Ueberlegung der Aufsatzhefte an Bord S. M. Post „Hohenzollern“ befehlt. Herr Dr. Studt bekam ob solcher Störung seiner Sommerreise einen argen Schreck, setzte sich aber schleunigst mit dem betreffenden Gymnasialdirektor ins Benehmen. Der erklärte jedoch der entsetzten Erzählung, daß zurzeit Grundtagsferien und die Primaner in alle Winden zerstreut seien; es sei also schlechterdings unmöglich, die Hefte zu beschaffen. Der Minister befiehlt trotzdem, das Menschenmöglichste zu versuchen, um dem kaiserlichen Befehl nachzukommen. Der arg geängstigte Direktor telegraphiert also nach allen Himmelsrichtungen, soweit er die Adressen der mit ihrem Eltern im Seebad oder im Gebirge befindlichen Schüler überhaupt in Erfahrung bringen kann. Der Erfolg ist gleichwohl höchst gering. Trotzdem an 90 M. für Postverbraucht waren, hatte man im ganzen nur — drei Aufsätze herbeizuschaffen vermocht. Diese wanderten nun mit Extrapost an Bord der „Hohenzollern“. Dort hatte inzwischen Herr von K. ob seiner Unvorsichtigkeit schwerer Gewissensbisse empfunden, und er richtete beim Eintreffen der Hefte, als sich eine passende Gelegenheit dazu bot, an den Kaiser die Bitte, doch mit dem Delinquenten gütig zu verfahren. Er,

von K., hätte gar nicht die Absicht gehabt, die Angelegenheit zur Kenntnis Sr. Majestät zu bringen, und er sei nun sehr bedrückt durch die Aussicht, daß durch seine Schuld den betreffenden Gymnasium so schwere Unannehmlichkeiten erwachsen. „Seien Sie unbesorgt, lieber K., den Leuten soll nichts geschehen“, lautete die Antwort des Monarchen. Dann machte sich der Kaiser an die Lektüre der Aufsätze selbst. Seine Züge wurden freundlicher, und sie hellten sich vollends auf, als er am Schlusse des dritten Aufsatzes einen Primaner seine Gedanken in folgende Worte zusammenfassen sah: „Eigentlich aber sollte man meinen, daß der Charakter der Hohenzollern in der Siegedalce besser aus ihren Gesichtsziügen als aus ihren Beinstellungen zu erkennen gewesen wäre!“ „Das ist die beste Beurteilung dieses Aufsatzes“, so lautete die kaiserliche Randbemerkung, welche sich der Besizer des Heftes als kostbare Erinnerung an seine Schulzeit aufbewahren mag. Der Professor aber, der so großes Unheil angerichtet hatte, soll heissfroh gewesen sein, daß er glimpflich davonkommen ist.

Wie wir erfahren haben, soll der in Betracht kommende Primaner aber von dem bösartigen Professor nachträglich veranlaßt worden sein, seine Ansicht über die Charaktermerkmale der Hohenzollern in der Siegedalce in einem besonderen Aufsatz zu begründen.

**Ueber den gegenwärtigen Stand der Schnellbahnfrage** erfahren wir folgendes: Ueber die auf der Militärbahnstrecke Mariensfeld-Jossen statigehabten Schnellfahr-Versuche mit Dampf-Lokomotiven ist dem Minister von Büdte Bericht erstattet worden. Der Zweck, den diese Versuchsfahrten verfolgten, scheint vorläufig erreicht zu sein, so daß für die Schnellzüge allmählich eine höhere Fahrgeschwindigkeit angestrebt werden kann; über 120 Kilometer pro Stunde dürfte man aber vor der Hand nicht gehen können, denn mit dieser Fahrgeschwindigkeit sind die heutigen Lokomotiven besser bewahrt so ziemlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die Schnellfahrversuche in größerem Umfang dürften daher in absehbarer Zeit nicht fortgesetzt werden. Dies schließt nicht aus, daß einzelne Versuchsfahrten auf längeren Strecken nach wie vor stattfinden, namentlich dann, wenn es gilt, maltsinnliche oder sonstige Verbesserungen in der Praxis zu erproben. Besonders wird die Staatsbahnverwaltung ihr Augenmerk den neuen Versuchen zuwenden, mit denen, wie früher gemeldet, demnächst eingehende Versuche angestellt werden sollen; denn die erhöhte Fahrgeschwindigkeit hat die Verbesserung der Bremsen zur notwendigen Voraussetzung. Möglich, daß die vom Minister nach Amerika ent sandten Maschinenkonstrukteure auf diesem Gebiete mitbringen.

Auch die Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen wird die Hände nicht in den Schoß legen. Zwar hat auch sie mit ihren vorjährigen Versuchen das vorgesehene Ziel erreicht, d. h. den Nachweis erbracht, daß man, ohne die Betriebskosten zu beeinträchtigen, zu höheren Fahrgeschwindigkeiten übergehen kann und daß der elektrische Motor der Dampflokomotive überlegen ist; die Gesellschaft beabsichtigt indes dem Vernehmen nach, noch in diesem Herbst Probefahrten auf der Militärbahnstrecke vorzunehmen, bei welchen es sich weniger um die Erreichung hoher Fahrgeschwindigkeiten handelt, als vielmehr um die Ermittlung der Widerstände, welche sich beim Anfahren des elektrischen Schnellzuges ergeben, sowie um die Ausführung sonstiger wissenschaftlicher Erhebungen, welche zur Ergänzung der gewonnenen Resultate dienen sollen.

**Was in den Augen eines offiziellen Blattes bedauerlich ist**, erzählt man aus folgender Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: „In unserem Bericht über die Enthüllung des Denkmals ist gegen Schluss ein bedauerlicher Irrtum enthalten. Nicht Sr. Majestät der Kaiser führte die Ehrenkompanie am Denkmal vorbei, sondern die Kompanie marschierte nach beendeter Feier an ihrem Allerhöchsten Kriegsherrn vorbei.“

**Wittenberg-Bernhard.** Die bekannte Privatbeleidigungsklage des Chefredakteurs Dr. Wittenberg gegen den Schriftsteller Georg Bernhardt wird nun am 4. November noch einmal die 8. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt. Bernhardt ist seinerzeit vom Schöffengericht zu 75 M. Geldstrafe verurteilt worden, gegen dieses Urteil hat der Privatkläger Berufung eingelegt. In der erneuten Verhandlung sind, dem Vernehmen nach, von beiden Seiten noch Zeugen vorgeladen worden, darunter auch Maximilian Harden. Der Angeklagte wird auch in der Berufungsinanz vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer vertreten, dem Privatkläger wird wiederum sein Hamburger Rechtsanwalt zur Seite stehen.

**Landgerichtsrat Timme**, dessen plötzliche Erkrankung längt eine Vertagung des großen Hochkapler-Prozesses Potliski-Walewski notwendig machte, ist gestern seiner Krankheit erlegen.

**Zu Unrecht beschuldigt.** Ein unerhörtes Abenteuer ist kürzlich einem kranken Tischler aus Reinickendorf passiert. Er hatte sich von der hiesigen Ortspolizei sein Krankegeld geholt und dann verschiedene Einkäufe besorgt. Unter anderem war er in das Geschäft von Schöning in der Alexanderstraße gegangen, um dort Kaffee zu kaufen. Als er dies besorgt und auf die in Zahlung gegebene Mark zehn Pfennig herausbekommen hatte, hielt ihn ein fremder Mann vor der Tür mit dem Erlauchen an, mit ihm ins Geschäft zurückzugehen. Er sei Kriminalbeamter und habe im Kaffeegeschäft ein Zweimarkstück auf den Ladentisch gelegt, das ihm gestohlen worden sei. Der Dieb sei er, der Fremde. Der Tischler wies diese Verächtigung empört zurück, ging aber mit in das Geschäft, um sich dort bestätigen zu lassen, daß niemand etwas von einem Diebstahl bemerkt hätte. Dann mußte der Kranke auf Geheiß des angeblichen Kriminalbeamten mit auf das Polizeipräsidium, wo eine Vernehmung erfolgte und ein Zweimarkstück, das der Beschuldigte in der Tasche trug, beschlagnahmt wurde. Darauf entließ man den Tischler. Einige Wochen nach diesem Vorfall wurde er in Reinickendorf auf das Amtsbureau geladen, wo ein Kriminalbeamter ihn in der Sache vernahm und ihm den Tat ertheilte, den Diebstahl doch zu gestehen; da er noch unbestraft sei, könne er am Ende mit einem Verweise oder mit einer Geldstrafe (!) davonkommen. Empört entgegnete der Tischler, daß er ein solches Ansehen zurückweise; ihm sei darum zu tun, daß seine Ehre wieder hergestellt werde. Wieder verging einige Zeit, bis der Reinickendorfer Kriminalbeamte den Tischler in seiner Wohnung besuchte. Zweck des Besuchs war, ihm das auf dem Polizeipräsidium beschlagnahmte Zweimarkstück gegen Quittung auszuhandigen. Der Tischler vertweigerte die Annahme des Geldes mit der Begründung, daß er öffentlich vor dem Richter seine Ehre wiederhergestellt haben wolle und sich mit einer stillschweigenden Anerkennung der Tatsache, daß er zu Unrecht eines Verbrechens bezichtigt worden, nicht zufrieden gebe. Das war am 19. Oktober d. J. Seitdem ist noch nichts in der Angelegenheit geschehen.

**Das Ende des Alexanderplatz-Theaters.** Das Theater-Grundstück Alexanderstraße 40 gegenüber dem Polizeipräsidium ist in andere Hände übergegangen. Das Alexanderplatz-Theater soll abgebrochen und einem modernen Neubau Platz machen. Zurzeit ist das Theater zu einem Konzertsaal hergerichtet.

**Ein probates Mittel.** Den Passanten der Ritterstraße bietet seit einigen Tagen ein in einem Laden des Hauses Nr. 111 ausgehängtes Plakat Anlaß zu lebhafter Heiterkeit. Das Plakat, in der sonst so verhassten roten Farbe gehalten, verkündet der Einwohner der Haupt- und Residenzstadt folgenden Wad: „Die Zugänge und der Hof meiner Fabrik wurden in den letzten Tagen belagert und betreten und die bei mir Aus- und Eingehenden wiederholt tätlich insultiert. Ich habe mir infolgedessen vom Hauswirt das Hausrecht übertragen lassen und werde in der Folge jeden, der auf dem Grundstücken unbefugterweise angetroffen wird, der Staatsanwaltschaft wegen Hausfriedensbruchs anzeigen. Ed. Grimm.“ Das Uebertragen der Hausrechte auf Unternehmer, in deren Fabrik die Arbeiter ausgeperrt sind oder streiken, ist nur der Anfang einer neuen Methode, die Arbeitswilligen vor der Verhinderung durch den Streikbazillus zu schützen. In den erleuchteten Hirnen unserer Unternehmer und Hauspatronen tagt es und man will ganze Arbeit machen. In der Zukunft sollen nur noch Wohnungen

an solche Arbeiter vermietet werden, die sich verpflichten, keinerlei Organisation anzugehören. Sollte jemand während seiner Mietzeit an irgend einem Streik teilnehmen, so hat er seine Wohnung sofort zu räumen und steht dem Vermieter das Rückpfändungsrecht dem Vermieter gegenüber zu. Nur auf diese Weise glaubt man den Arbeitern die Erkenntnis dafür beibringen zu können, daß der Streik eine Todsünde ist und der Streikende ins Justizhaus gehört.

**Ernst von Wildenbruch und die Berliner Architekten.** In dem Streit um die Erhaltung des Berliner Opernhauses und die Ruinen des Heidelberger Schlosses ist es jetzt zu einem interessanten Konflikt zwischen dem Berliner Architektenverein und Ernst von Wildenbruch gekommen, der bekanntlich in temperamentvoller Weise für die Erhaltung des Opernhauses eingetreten ist. Den Berliner Architekten wird die Bundesgenossenschaft des Herrn von Wildenbruch jetzt unbequem. In der gestrigen Generalversammlung des Berliner Architektenvereins nahm Bauminister Stiel Gelegenheit, in scharfer Weise gegen die Kampfesweise von Wildenbruch zu protestieren. Er sagte dabei unter anderem: „Die unangenehme Oberflächlichkeit, mit der Herr von Wildenbruch die Behauptung aufstellt, Friedrich der Große habe das Opernhaus „seinen Berlinern“ gebaut, während es doch in Wirklichkeit zuerst Hoffentlichkeiten diente, kennzeichnet sich selbst. Es muß ausgesprochen werden, daß solche Uebertriebungen, die aus dem Opernhaus ein Nationalheiligtum machen wollen, auch hier zurückgewiesen werden, weil sie die Brücke zur Lächerlichkeit bilden.“ Zu der Wildenbruchschen Proklamation „Vandalen“ meinte der Redner ferner: „Zum Schluss richtet Wildenbruch im Ton des Volksversammlungsbardeu Mahnungen an „die da oben“. Der Architektenverein hat das, was ihm zur Verfügung stand, zur Erhaltung des Opernhauses getan, er hat in erster Weise seine Ansichten vertreten, er muß es jetzt aber ablehnen, in dieser Frage in Gemeinschaft mit dem lärmenden Wildenbruchschen Vorgehen zu stehen.“ Noch scharfer protestierte der Redner gegen die Wildenbruchsche Kritik des Denkmalstages. Er sprach von der Selbstüberhebung, mit der von Wildenbruch seine Unkenntnis der Verhältnisse durch einen schlechten Witz übergebe. Es sei eine haltlose Unterstellung, daß der Denkmalstag einer höheren Beweise bei der Aufstellung seiner Tagesordnung gefolgt sei.“ Auch den Kampf gegen die Erneuerung des Heidelberger Schlosses habe Wildenbruch mit der „oberflächlichen Leichtfertigkeit eines agitierenden Dilettanten“ geführt. Die Berliner Architekten mühten sich dagegen verwehren, mit dem Vorgehen von Wildenbruch identifiziert zu werden und seine Bundesgenossenschaft auch in der Frage der Erhaltung des Opernhauses abzulehnen. Bauminister Stiel wollte seine Ausführungen als einen Protest gegen die Wildenbruchschen Veröffentlichungen aufgefaßt wissen. Der Vorsitzende des Architektenvereins erklärte, daß der Vorstand sich über seine Stellungnahme in dieser Frage erst schlüssig werden müsse.

**Zum Bericht über die Kuratorienfassung des städtischen Obdachs und Arbeitshauses** teilt uns Genosse Hoffmann mit, daß von unseren Genossen nicht der Antrag auf eine Geldentschädigung für den in Rummelsburg verunglückten Maler gestellt, sondern die städtische Verwaltung erucht war, verständigweise dem Mann seiner nach dem Unglück ihm verbliebenen Arbeitsfähigkeit entsprechend in irgend einem städtischen Betriebe Beschäftigung zu gewähren. So wäre er vielleicht wieder einem geordneten Lebenswandel zuzuführen. Erst als dieser Antrag mit Hinweis auf der vielfachen Arbeitsüberforderungen abgelehnt wurde, stimmten unsere Genossen dem von anderer Seite gestellten Antrag auf Bewährung einer, allerdings sehr geringen Geldentschädigung zu, der im Kuratorium einstimmig angenommen, vom Magistrat aber abgelehnt wurde. Der Mann hat sich die Verlegung übrigens nicht beim Brot schneiden sondern beim Laktieren einer Brot Schneidemaschine zugezogen.

**Lyfoll.** Die 34 Jahre alte Tischlerfrau Johanna Tielez aus der Kastanienallee 31 bekam gestern Abend, als sie um 1/2 Uhr mit ihrer Familie beim Abendbrot saß, Streit mit ihrem Mann. Plötzlich sprang sie vom Tische auf, lief nach der Küche und trank Lyfoll. Ein Krug der Rettungswache in der Kastanienallee reichte ihr sofort Gegenmittel und ließ sie dann mit einem Lächeln Bogen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen.

**Lebensmüdes Pferd.** Der „dumme Hans“, ein Fuchs von zwölf Jahren, 1,62 Meter groß, mit Welle, gestupftem Schwanz und weichen hinteren Kniegelenken, hat sich allein in der Hofschlächterei in der Greifswalderstr. 28 angefangen. Dort kann das Tier von dem Eigentümer abgeholt werden.

**Hilflos** wurde vorgestern, Montag, ein Kind auf dem Bahnhof Friedrichstraße angetroffen. Mit dem Frühling kam um 3 Uhr 14 Minuten ein zwölfjähriges Mädchen Erna Baumgart hier aus Königsberg i. Pr. an. Es sollte von einer Tante auf dem Bahnhof abgeholt werden, aber es kam niemand, der sich um die kleine Reisende gekümmert hätte. Da der Unfall, der Karl Kurj heißen soll, in Berlin bisher auch nicht zu ermitteln war, so übergab die Polizei die Hilflose einstweilen dem Waisenhaus.

**Das Arbeiterinnenheim II.** Uebomstr. 7, hat sich jetzt — nach einjährigem Bestehen — genötigt gesehen, seine Räumlichkeiten zu vergrößern, da die vorhandenen für die stetig wachsende Zahl der Gäste nicht mehr ausreichen. Durch bauliche Veränderungen ist ein großer Saal für den Mittagstisch geschaffen, in welchem auch die Vorträge und Unterhaltungsabende stattfinden sollen. Neue Räume sind für den Schneiderunterricht, für den Wirtschaftsbetrieb, sowie eine Küche für Lehrzwecke hinzu gekommen. Kochkurse für Arbeiterinnen werden zweimal wöchentlich abends abgehalten werden. Zur Einweihung des vergrößerten Heims findet am Sonntag, den 30. d. Mts., um 6 1/2 Uhr ein Vortrag mit Lichtbildern statt über das Thema: „Deutschlands Burgen in der Geschichte, Sage und Poesie“. (Herr Ed. Meyer.) Der Eintritt ist frei. Mädchen und Frauen sind herzlich willkommen.

**Im Wintergarten** sollen am Donnerstag zum erstenmal Experimente mit flüssiger Luft in der Art ausgeführt werden, wie sie in England und Amerika gezeigt worden sind. Das Experiment betitelt sich „Der Wunderkessel“.

**Theater, National-Theater.** Fräulein Bella Alten tritt heute zum letztenmal vor ihrem Urlaub als „Susanne“ in „Figaros Hochzeit“ auf. Die Künstlerin begibt sich demnächst nach New York, wo sie am Metropolitan-Opera-Hause ein längeres Gastspiel absolviert. — **Zentral-Theater.** Heute geht „Die Fledermaus“ in Szene mit den Hauptdarstellern: Gust Fischer, Mia Werber, Oskar Braum, Rudolf Ander, Erich Deutsch und Karl Schulz. — **An dem Gluck-Abend**, den das Schiller-Theater am Sonntag, den 30. Oktober im Bürgeraal des Rathauses veranstaltet, wirken die Damen Gertrud Fischer und Beisy Schot und Herr Heinrich Schöder mit. Den einleitenden Vortrag hält Herr Dr. Leopold Schmidt.

### Aus den Nachbarorten.

**In Schöneberg** hat die Stadterordneten-Versammlung am Montag die vom Magistrat geforderte Stelle eines besoldeten Stadtrats mit 24 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Stadterordneter von Glasenapp wies als Berichterstatter des Ausschusses darauf hin, daß die neue Stelle ursprünglich für drei Verwaltungszweige geschaffen werden sollte, nämlich für die Kanalisation, die Kaufmannsgerichte und für das Armenwesen. Für die Kanalisation sei jetzt nicht mehr nötig, und auch die am 1. Januar nächsten Jahres ins Leben tretenden Kaufmannsgerichte würden den Magistrat nicht allzujährig belasten. Dagegen sei eine neue Kraft für das Armenwesen besonders mit Rücksicht auf die Einführung des Ueberfelder Systems dringend nötig. Der jetzt an der Spitze des Armenwesens stehende unbesoldete Stadtrat habe gewiß gut gewirkt, aber die durch das schnelle Wachstum der Bevölkerung immer mehr zunehmende Arbeitslast könne in Zukunft einem unbesoldeten Stadtrat nicht mehr zugemutet werden. Es sei die Anstellung eines Juristen dringend

nichtwendig. Ein großer Teil der Stadtverordneten erklärte sich aber...  
entschieden gegen die Vorlage, da ein unbesoldeter Stadtrat in der  
Armenverwaltung das gleiche leisten könne wie ein besoldeter und man  
bisher mit den unbesoldeten Stadträten die besten Erfahrungen ge-  
macht habe. Stadtverordneter Bartelt war für die Anstellung eines  
juristischen Hilfsarbeiters, während Stadtverordneter Kugnitzky vor-  
schlug, dem besoldeten Stadtrat Dr. Boeld, der bereits einen Teil  
der Armenfachen bearbeitet, unter Bewilligung einer Zulage das  
Armenvergnat zu übertragen. Oberbürgermeister Wilde betonte,  
daß unter den deutschen Städten zwischen 60 000 und 120 000 Ein-  
wohnern nur drei, nämlich Schöneberg, Kitzdorf und Spandau,  
eine im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer viel zu geringe Besetzung  
des Magistratskollegiums hätten. Er wisse schon nicht mehr, wie er  
auskommen solle, und eine große Anzahl von Sachen könnte nicht  
die genügende Bearbeitung finden. Das Vorsehen des neuen Stadt-  
rates würde sehr segensreich sein und das Gehalt mehr als doppelt  
herauskommen. In namentlicher Abstimmung wurde trotzdem zuletzt  
die Magistratsvorlage mit 24 gegen 22 Stimmen abgelehnt und  
ein Antrag des Stadtverordneten Lessig angenommen, den Magistrat  
zu erlauben, er möge der Versammlung wegen Anstellung zweier  
unbesoldeter Stadträte eine Vorlage machen. Für die Magistrats-  
vorlage stimmten geschlossen die Sozialdemokraten. — Dem Magistrats-  
beschlusse, daß bei Festsetzung des pensionsfähigen Einkommens der  
Direktoren, Leiter und Oberlehrer der höheren Lehranstalten seit  
1. Oktober d. J. der Wohnungsgeldzuschuß mit 900 M. in Ansatz  
gebracht werden soll, trat die Versammlung bei.

Die Gemeindevertretung von Wilmersdorf hat am Montag eine  
Sitzung abgehalten. Es wurde die Zeitung des dritten Waisenrats-  
Bezirks beschloßen, der zurzeit 23 000 Köpfe umfaßt. Sodann be-  
schloß die Gemeindevertretung, zum April nächsten Jahres einen  
zweiten besoldeten Schöffen einzustellen. Der Ort soll  
zu diesem Zeitpunkt auch eine Berufsfeuerwehr erhalten. Es  
wurde die Einrichtung eines Feuerlöschzuges beschloßen, der aus  
einer Mannschaft von 21 Personen und einem Führer bestehen soll.  
Die Kosten stellen sich jährlich auf 40 000 M. Die freiwillige Feuer-  
wehr bleibt neben der Berufsfeuerwehr bestehen; über die Verbesserung  
der Armeinrichtungen soll später verhandelt werden. Die Gemeinde-  
vertretung erklärte sich ferner grundsätzlich mit der Errichtung eines  
Kaufmannsgerichts zum 1. Januar 1905 einverstanden und  
übertrag einer dreigliedrigen Kommission die Prüfung des Dis-  
ziplinarstatuts.

Die Kanalisationsgemeinschaft zwischen Charlottenburg und  
Wilmersdorf, die seit vielen Jahren besteht und am 1. April 1905  
ablaufen sollte, ist nunmehr von beiden Gemeinden auf unbestimmte  
Zeit mit einer jährlich zulässigen Minderungsfrist verlängert worden.  
Auch Schmögenberg hat mit Charlottenburg einen neuen Kanali-  
sationsvertrag abgeschlossen. Der ursprüngliche Plan der Gemeinde  
Wilmersdorf, sich an die Kanalisation von Schöneberg anzuschließen,  
wurde fallen gelassen.

Die Frage, ob der Religionsunterricht in die Schule gehört, hat  
der Gemeindevorstand von Wilmersdorf mit Entschiedenheit  
verneint. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde hatte sich an  
den Gemeindevorstand mit der Bitte gewandt, zur Erteilung des  
Religionsunterrichts an jüdische Kinder die erforderlichen Schulräume  
zur Verfügung zu stellen. Diesem Gesuch ist abgelehnt worden, wie  
aus einem Schreiben hervorgeht, das der Vorstand der Religions-  
gemeinde an einen jüdischen Einwohner gerichtet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 2. d. Mts. erwidern wir  
ergerben, daß der Gemeindevorstand von Wilmersdorf die Vergabe  
von Räumen zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts zuletzt  
durch Schreiben vom 18. August d. J. abgelehnt hat, und zwar  
unter folgender Begründung: Wenn zurzeit auch einige Räume  
disponibel sein sollten, so könnte demnach eine dauernde Ueber-  
wehung derselben nicht stattfinden, weil bei der schnell fort-  
schreitenden Entwicklung von Wilmersdorf und dem sich fort-  
während steigenden Bedürfnis an Schulräumen vorauszu-  
sehen ist, daß diese Räume sehr bald für eigene Zwecke gebraucht würden.  
Unsere inzwischen fortgesetzten Bemühungen um Beschaffung ge-  
eigneter Räume haben bisher zu einem Ergebnisse nicht geführt.

Das „Berliner Tageblatt“, in welchem wir diese Zuschrift ab-  
gedruckt finden, tadelt den Gemeindevorstand von Wilmersdorf  
seiner Weigerung. Unserer Meinung nach ist dieser Tadel unberechtigt  
wenigstens in dem Maße, daß der Gemeindevorstand die Kon-  
sequenzen aus seinem Verhalten zieht. Was der jüdischen  
Religion recht ist, ist der Christlichen billig, und so erwarten  
wir, daß der Gemeindevorstand schon von seinem Gerechtigkeits-  
gefühl getrieben wird, bei der Regierung auch um Verban-  
nung des katholischen und evangelischen Religions-  
unterrichts aus der Schule vorstellig zu werden. Auch gegen  
diesen Unterricht lassen sich ja bei der schnell fortschreitenden Ent-  
wicklung von Wilmersdorf dieselben Gründe geltend machen,  
wie gegen den jüdischen Religionsunterricht. Wir Sozialdemokraten,  
die wir den Religionsunterricht nur aus den Schulstunden  
verbannt sehen wollen, sind ja nicht so radikal in religiösen  
Dingen, wie es der Gemeindevorstand von Wilmersdorf jetzt sein  
muß, und erkennen es an, daß der Berliner Magistrat z. B. allen  
Religionsgemeinschaften, u. a. auch der freireligiösen, die  
Gemeindeaulenräume zur Verfügung stellt. Aber heutigen Tages,  
wo Leisetreterei als Tugend gilt, darf man es nicht an Achtung  
fehlen lassen, wenn jemand einmal rücksichtslos radikal  
auftritt, und doppelt erfrischend muß es wirken, wenn eine  
Kommunalbehörde ihrer radikalen Ansicht mit äußerster  
Konsequenz Geltung zu verschaffen sucht. Also vorwärts auf der  
lähnen Bahn!

Das „Berliner Tageblatt“ weiß noch zu berichten, daß der Ein-  
fluß einer Gruppe von Ultramontanen in der Wilmersdorfer  
Gemeindevertretung immer mehr zunehme. Was es damit auf sich  
hat, wissen wir nicht. Zurzeit, als an diesem Vorort noch Sozial-  
demokraten in der Gemeindevertretung saßen, hat der Ultramonta-  
nismus sich nicht ans Licht gewagt. Ihm wäre in solchem Maße  
wenigstens von den Sozialdemokraten auch schon auf die Finger  
geklappt worden. Jetzt, wo sich die Mitglieder der Wilmersdorfer  
Gemeindevertretung religiös gruppieren sollen, wäre es Sache  
der jüdischen Fraktion im Wilmersdorfer Rathaus, den Gemeindevor-  
stand öffentlich darüber zu befragen, ob er die Konsequenz seines  
Verhaltens gezogen und die Verbannung der christlichen Religion  
aus den Gemeindefschulen in die Wege geleitet hat.

Kein Ort in Preußen ohne Schulkonflikt wird es bald heißen.  
Auch unseren Nachbarort Kummelsburg haben die Behörden mit  
diesem Kulturgut gesegnet. Man berichtet uns von dort: Eine  
recht zweifelhafte Färsorge für das sittliche Wohl der hiesigen Schul-  
jugend scheint die hiesige Schulbehörde, welche bis vor nicht allzu-  
langer Zeit nur aus dem Ortsgeistlichen bestand, in Ver-  
einbarung mit dem Gemeindevorstand erstreben zu wollen.  
Der am Ort bestehende Turnverein „Freie Turnerschaft“  
erhielt kürzlich eine Verfügung vom Gemeindevorstand, wonach die  
weitere Benutzung der Gemeinde-Turnhalle von der Aufhebung  
einer zurzeit bestehenden Schülerabteilung abhängig gemacht  
werden soll. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde das amtliche  
Schreiben von dem sozialdemokratischen Vertreter Tempel zur Ver-  
leugung gebracht und das Vorgehen des Gemeindevorstandes ge-  
bührend gegeißelt. Unsere Genossen ersuchten kurz und bestimmt den  
Gemeindevorstand um die Begründung seines Vorgehens, das nicht  
nur einen unberechtigten Eingriff in die Rechte der Eltern bedeute,  
sondern auch die Befugnisse des Gemeindevorstandes weit über-  
schreite, da zu derartigen Erlassen erst ein Beschluß der Gemeindevor-  
vertretung einzuholen sei. Der Herr Bürgermeister erklärte,  
die Interpellation gleich beantwortet zu wollen und führte aus, daß  
die derzeitige Ueberlassung der Turnhalle schon anfänglich von der  
erwähnten Bedingung abhängig gemacht worden sei. Weiter sagte  
er, daß die Schulkinder trotz wiederholter Verbote der Lehrer an  
den Schülerturnen des Vereins „Freie Turnerschaft“ auf Anordnung  
der Eltern teilgenommen hätten, was zur Untergrabung  
der Disziplin und Autorität in der Schule führe. Er  
selbst sei im Einverständnis mit der Schulbehörde der Ansicht,  
daß Kinder noch nicht zum Vereinsleben herangebildet werden

dürften. Von unseren Parteigenossen wurde dem entgegengehalten,  
daß weder die Lehrer noch der Gemeindevorstand ein Recht hätten,  
zu bestimmen, ob die Kinder in ihrer schulpflichtigen Zeit patriotischen  
oder freien Turnunterricht genießen sollten. Das amtliche Vorgehen  
erscheine um so bedauerlicher, als das Turnen für die körperliche  
Entwicklung der Kinder von unschätzbarem Wert sei. Mit Unter-  
stützung einiger rechts stehender Herren, welche ob der Untergrabung  
der Disziplin wie gewöhnlich den sittlich Enttäuschten spielten, ver-  
suchte man aber diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen.  
Dieser Plan mißlang aber. Die Genossen John und Ritter beschränkten  
ganz entschieden, daß der Gemeindevorstand ein Recht besitze, derartig  
willkürliche Bestimmungen zu erlassen und beantragten die Zurück-  
ziehung des genannten Erlasses. Der Antrag verfiel allerdings der  
Vertagung, weil nach Ansicht des Vorsitzenden eine derartige An-  
gelegenheit auf der Tagesordnung stehen müsse und auch die Kom-  
petenzfrage zu erwägen sei. Bemerkte sei, daß besonders der Rechts-  
anwalt in der Vertretung durch hämische Zwischenrufe und auch sonst  
die Kompetenz anzweifelte und dem Gemeindevorstand einen Finger-  
zeig gab, wie man sich am besten dieser „unangenehmen Angelegen-  
heit jener 5 Herren“ entledigen könne. Es wird abzuwarten sein,  
wie sich die Herren Liberalen in nächster Sitzung verhalten. — Im  
weiteren Verlauf der Sitzung wurde auf Anregung des Kultus-  
ministers zur Errichtung von Turnhallen ein Beitrag von  
2000 M. bewilligt.

## Gerichts-Zeitung.

Der Krankenhaus-Prozess in Hamburg. Und wird aus Ham-  
burg vom Montag berichtet: In der heutigen Nachmittagsver-  
handlung des Senationsprozesses, der sich mit den Proschüren „Die  
Wämperpflege durch Schwestern“ und „Mädchenspiegel“ befaßt, folgten  
die Klaidobers des Staatsanwalts, der Verteidiger und des An-  
geklagten Dr. Noosen. Der Staatsanwalt beantragte in seiner An-  
klagerede gegen den Redakteur Cleemann 14 Tage Gefängnis, gegen  
Rechtsanwalt a. D. Noosen auf 400 M., gegen den Fabrikbesitzer  
Dr. Sandow auf 300 M. und gegen den Schriftsteller Lembe auf  
200 M. Geldstrafe. Zum Schlusse seiner Ausführungen bemerkte der  
Staatsanwalt: Es scheint ihm leider so, als ob das Gericht zur Be-  
jahung der Verjährungsfrage kommen würde. In diesem Falle bitte  
er dringend, nicht auf Einstellung des Verfahrens, sondern auf Frei-  
sprechung zu erkennen, da andernfalls die Revision der Angeklagten  
abermals vom Reichsgericht als begründet angesehen werden könnte.  
Im letzteren Falle sei es möglich, die Vernichtung der beleidigenden  
Proschüre auszusprechen.

Der Angeklagte Dr. Noosen wendet sich in seiner Entgegnung  
in scharfen Worten gegen den Staatsanwalt, der ihn in seinem  
Klaidobers der Fälschung bezichtigt habe, und überreicht dem Gericht  
im Anschluß daran einen formgerechten Strafantrag wegen  
verleumderischer Beleidigung gegen den Staats-  
anwalt. Er bemerkt dabei: Wenn ich hier nicht im Verhältnis  
eines Angeklagten zum Staatsanwalt stände, dann seien Sie sicher,  
Herr Staatsanwalt, ich würde meiner beleidigten Ehre auf  
andere Weise Genugtuung verschaffen. Räumen  
Sie Ihren Platz, nicht Sie klagen an, sondern ich, und die An-  
geklagten sind die Professoren Deneke, Dr. Lenbarh und  
die Oberin v. Schlichting. Ich habe genug Material, um diese drei  
Personen des Mißbrauchs ihrer Ämter, der Verletzung ihrer  
Pflichten zu bezichtigen und diese Behauptungen zu beweisen. Heute  
muß ich schweigen. Aus einer verkümmerten Weidenaufnahme etwas  
herzuleiten, habe ich keine Veranlassung.

Nach Erwiderung des Staatsanwalts und der Verteidigung zog  
sich das Gericht zur Beratung zurück. Um 5 Uhr abends verkündete  
der Vorsitzende, daß das Gericht zunächst über die Beweis-  
anträge des Angeklagten Dr. Noosen Beschluß fassen und ihn  
Dienstag nachmittags 4 Uhr verkündet werde.

## Aus der Frauenbewegung.

Weisensee. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiter-  
klasse hielt am 24. Oktober eine Mitgliedserversammlung ab. Präsi-  
dentin Ida Altmann hielt einen Vortrag über „berufsmäßige Kinder-  
erziehung“. Die Vortragende führte aus, daß es die heiligste Pflicht  
der Eltern ist, neben dem körperlichen Wohl des Kindes besonders  
den Geist zu bilden, dem Kinde nur das beizubringen, was es sehen  
und begreifen kann, und auf seine Fragen möglichst wahrheitsgetreu  
zu antworten. Besonders der Mutter, auch der einsachsten Frau,  
wird es gelingen, den richtigen Weg zu finden. So erzogen, wird  
aus dem Kinde ein guter, denkfähiger Mensch werden. Dem aus-  
gezeichneten Vortrag folgte eine rege Diskussion. Namens der An-  
wesenden sprach die Vorsitzende der Mednerin ihren Dank aus.

Deutscher Bund abstinenter Frauen. Ortsgruppe Berlin.  
Rittmoos, den 26. Oktober 1904, abends 8 Uhr, in der hpt. Augustaschule,  
Reichenbreitenstr. 16/19: Außerordentliche Sitzung. Vortrag: Unsere Aufgaben.  
Referent: Herr Dr. Juliusberger. Gäste willkommen. Im Auftrag: Die  
Schriftführerin.

## Vermischtes.

### Die Vertagung des Prozesses Murr.

Rom, 22. Oktober. (Sig. Ver.) Besiegt von der endlosen  
Reihe der Vertagungsanträge hat das Gericht den Prozeß Murr i  
bis zur nächsten Session vertagt. Die Advokaten mühen ihre Zeit  
auf die Wahlkämpfe zu verwenden und glaubten, zwischen Berufspflicht  
und Bürgerpflicht die erste opfern zu müssen. Die armen An-  
geklagten, vor denen sich nun weitere sechs Monate der qualvollsten  
Ungewißheit dehnen, erklärten sich ganz mit der Verteidigung ein-  
verstanden und hatten nichts gegen den Ausschuß einzubringen.  
Für den Vorzug, sich von den Größen des italienischen  
Forums, von Männern wie Altobelli, Verenini, Ferri  
und Porciani verteidigen zu lassen, nehmen sie die schmerzliche  
Verzögerung notgedrungen in den Kauf.

Auf alle Fälle ist es im Interesse einer guten Rechtsprechung  
zu beklagen, daß ein Prozeß, der nun zwei lange Jahre der Vor-  
untersuchung erfahren hat, wieder um ein halbes Jahr hinaus-  
geschoben wird. Inzwischen werden natürlich die Zeugenaussagen  
immer unsicherer, die Indizien undeutlicher, die ohnehin schwandende  
Basis immer mehr erschüttert. Uns scheint, daß diejenigen Rechts-  
anwälte, die ihre politische Pflicht nicht mit der speziellen  
Berufspflicht in diesem Prozeß vereinigen konnten, sich vor dem  
Beginn der Verhandlungen darüber klar werden mußten. Daß ein  
Mordprozeß um einer Wahlkampagne willen auf sechs Monate ver-  
tagt wird, halten wir bei der überragenden Bedeutung der Rechts-  
pflege für bedauerlich, nämlich schädlich für das Rechtsgesühl im  
Volke und grausam gegen die Angeklagten.

Für 200 000 Mark Goldwaren sind in Kopenhagen ge-  
funden worden. Es wird darüber gemeldet: In dem Geschäft des  
Hofjuweliers Richelsen wurde in der Nacht zum Dienstag ein  
Einbruch verübt. Die Diebe haben zwei starke Türen gesprengt,  
von denen die innerste aus sehr dickem Eisen war. Nach bisheriger Fest-  
stellung sind Goldsachen im Werte von 200 000 Kronen gestohlen  
worden. Die Diebe haben ihre Vertilgung im Geschäft zurückgelassen.  
Nach Ansicht der Polizei ist der Einbruch von ausländischen Ein-  
brechern verübt worden.

24 Vergleute verurteilt. Wie ein Telegramm aus Offen meldet,  
verurteilten gestern abend gegen 9 Uhr auf der dortigen Ses-  
sion „Bereinigter Sälzer und Neua“ durch zu hartes Aufstoßen des  
Hörderlores auf der achten Sohle 24 Vergleute, von denen 6 schwer  
und 16 leicht verletzt wurden.

Selbstmord eines katholischen Geistlichen. Der katholische  
Pfarrer Alois Niedermeier in Dölskirchen (Bayern) ist frei-  
willig aus dem Leben geschieden. Die Gründe, die den erst  
25jährigen Mann in den Tod getrieben haben, lassen sich zurzeit noch  
nicht mit Bestimmtheit angeben.

Kriegsliche Leute. Die beiden Lehrer A. und S. im Dorfe A.  
bei Ortelburg haben die polizeiliche Erlaubnis zum Tragen von  
Schußwaffen erhalten, weil sie kürzlich mittels anonymen Schreibens  
mit dem Tode bedroht worden sind. Die Staatsanwaltschaft  
in Ortelburg hat sich bereits der Sache angenommen. Dem Brief-  
schreiber ist man auf der Spur.

Hoffentlich fangen die jüdischen Geschäftsleute Berlins nicht auch  
an, sich aus Anlaß der letzten Bäder-Keden mit Revolvern zu be-  
waffnen. So viel Anlaß wie die Lehrer scheinen sie ebenfalls zu  
dieser Vorsichtsmaßregel zu haben.

Luise von Koburg. Die „Neue freie Presse“ in Wien meldet:  
Das Oberhofmarschallamt hat der Forderung der Prinzessin Luise  
von Koburg entsprochen und die Psychiater Ragnan und Garnier als  
Sachverständige zur letzten Prüfung des Geisteszustandes der Prin-  
zessin bestellt. Die Untersuchung wird in Paris vorgenommen und  
das Tribunal des Seine-Departements zur Durchführung der nötigen  
Schritte ermächtigt werden.

## Eingegangene Druckschriften.

Das Arbeiterrecht von Arthur Stadthagen. Komplett in  
24 Lieferungen a 20 Seiten. Preis pro Lieferung 20 Pfennig. Alle Wochen  
erscheint ein Heft. 2, 3, 4, 5 sind schon erschienen.

Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter erfahren durch  
die Gesetzgebung fortwährend eine erhebliche Umgestaltung. Eine systematische  
Darstellung der gälligen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da  
selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was  
richtig ist. Das Arbeiterrecht von Arthur Stadthagen bietet eine solche,  
von allen Fachleuten anerkannte überaus klare, für jedermann verständliche  
Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete  
des Arbeiterrechts.

Drei vollständig vergriffene Auflagen des jetzt in vierter Auflage vor-  
liegenden Arbeiterrechts zeigen von der Notwendigkeit dieses Buches für die  
erwerbstätige Bevölkerung.

Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiter-  
anwalt im Hause.

Süddeutscher Postillon. Die Nummer 22 zeigt in lebhaften Farben  
als Titelbild „Aus dem Lande der unbegrenzten Mächtigkeiten“, auf dritter  
Seite ist eine militärische Skizze „Der Herr und Diener“, dann folgen  
„Die Hauptstücke“, und „Unmögliche Angst“, zwei weitere Skizzen in Bildern,  
endlich „Derpuch Nr. 3“ ein farbiges Volksbild. Ebenso reichhaltig ist der  
Text, von dem wir besonders hervorheben „Die Güter“, „Leibgebot“, „Brieve  
aus Sachsen“, „Nationalliberale Behauptungen (Gedicht)“, „Bilder von der  
Woge“, „Glossen von Otto Ströbe“, „Militärische Taten (Gedicht)“, „Die  
beiden Stammbäume. Diese Nummer ist sehr interessant und kostet 10 Pf.,  
Abonnement pro Quartal 65 Pf.

Deutscher Ueberblicksarte von O. Masson, \*) sowie ein  
Kärtchen der Umgebung von Laujau, Kuldren, Kuldren und  
Lieling. \*\*) — Auf der Ueberblicksarte befinden sich eine Anzahl von  
Bekannt, z. B. Fort Arthur, Kladohof, Kladohof usw. Gleichseitig  
verzeichnet die Hauptkarte historische, statistische und militärische Tabellen, die  
auf den russisch-japanischen Krieg Bezug nehmen. Das Werk erscheint in  
zweiter Auflage. Verlagsfirma Artavia u. Co. in Wien I, Kohlmarkt 9.

\*) Maßstab 1:5 Millionen.

\*\*) Maßstab 1:1 Million.

## Briefkasten der Redaktion.

B. S. 99. Zur bei der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige,  
Berlin, Hebestr. 1. Alles Nähere dort, 9-3 Uhr. Die Vorbereitungsdauer  
richtet sich nach Vorkenntnissen usw.

Glossar 66. Der Antrag wurde abgelehnt, da technisch nicht durch-  
führbar. Programm der Partei können Sie gratis haben. 100 Stück kosten  
gar nur 30 Pf.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends  
von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Sprechzeit: 7 Uhr.

O. 17. Spezielle Vorschriften darüber, ob der Arbeitgeber jeden durch  
Beschädigung, insbesondere auch durch Ungehörigkeiten, Diebstahl, Ver-  
brennen der Werkzeuge oder Sachen des Arbeiters entstandenen Schaden zu  
erzählen hat, findet das Gesetz nicht. Die allgemeinen Vorschriften (§ 688,  
691, 278, 279 u. 281) führen zu dem Resultat, daß der Arbeitgeber  
für unverschuldeten Schaden der von ihm aus dem Betrieb oder der Sachen  
des Arbeiters, eventuell für deren Entzug, in allen Fällen, in denen er bei  
der Aufhebung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen  
hat. Ein solches Verschulden ist der erforderlichen Sorgfalt kaum darin  
liegen, daß der Arbeitgeber nicht für hinreichend sichere Bewachung der  
Sachen gesorgt hat, so daß sie dadurch gestohlen werden konnten. Ob ein  
Mangel der erforderlichen Sorgfalt vorliegt, ist von Fall zu Fall zu ent-  
scheiden. — B. S. 102. Die Scheidung ist erst möglich, wenn mindestens  
seit 3 Jahren unheilbare Geshwörung vorliegt. Die Scheidung entbindet  
Sie übrigens nicht von der Verpflichtung zur Kostentragung. Wegen Nicht-  
zahlung verlieren Sie dann aber das Wahlrecht nicht mehr. Können Sie  
bei der Direction schriftlich um Ermäßigung ein. — W. D. 1. und 2. Ja.

— A. S. Das Mädchen hat nach §§ 171 bis 173 der Gewerbe-Ordnung  
ein Recht auf ein der Wahrheit entsprechendes und vollständiges Zeugnis.  
Das erhaltene Zeugnis widerspricht der Wahrheit und ist nicht vollständig, da es  
sich über die geleisteten Dienste nicht äußert. Dem Gesinde steht erstens  
das Recht zu, polizeiliche Untersuchung zu beantragen. Wird bei dieser  
polizeilichen Untersuchung die im Akt festgestellte Beschuldigung als  
unbegründet befunden, so hat die Polizei die Pflicht, zur Eintragung  
eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses und um ein neues an Kosten der Gerichtshof  
zu beschaffendes Zeugnis anzuhalten, oder das Ergebnis der Unter-  
suchung in dem alten Gesindebuch neben dem unrichtigen Zeugnis amtlich  
zu vermerken. Außerdem (gleichviel ob das Gesinde diesen polizeilichen Weg  
einschlägt) kann das Gesinde bei Gericht auf Erteilung eines wahrheits-  
gemäßen und vollständigen Zeugnisses, sowie auf Unterlassung der unwar-  
den Behauptungen und auf Schadenersatz klagen. Diese Klage ist beim Amts-  
gericht geltend zu machen. Endlich kann das Gesinde (innerhalb 3 Monate)  
wegen Beleidigung klagen. Auch für diese Klage ist das Amtsgericht und  
die Staatsanwaltschaft zuständig. Da die Frist am 2. November bereits  
abläuft, so empfiehlt es sich, noch vor dem 2. November bei der Staats-  
anwaltschaft in Sa. Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen. Dem Antrag  
ist eine kurze Schilderung des Sachverhalts beizufügen. Wird der Antrag  
abgelehnt, so kann das Privatklagenverfahren bestritten werden. In Ihrem  
Falle empfiehlt es sich, auch die beiden ersten Wege zu beschreiten, jedoch  
für die Klage das Armenrecht zu erlangen. Da das Mädchen noch nicht  
18 Jahre alt ist, so hat der Vater, falls dieser nicht mehr lebt die Mutter,  
eventuell der Vormund den Strafantrag an die Staatsanwaltschaft zu richten.

Marktpreise von Berlin am 24. Oktober. Nach Ermittlungen des  
Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*), gute Sorte  
17,65—17,63 M., mittel 17,61—17,59 M., geringe 17,57—17,55 M.  
Roggen\*\*), gute Sorte 13,80—13,80 M., mittel 13,80—13,80 M., geringe  
13,80—13,80 M. Futtergerste\*\*), gute Sorte 15,50—14,40 M., mittel 14,30  
bis 13,30 M., geringe 13,20—12,20 M. Dinkel\*\*), gute Sorte 16,40—15,60 M.,  
mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen  
40,00—30,00 M. Edelbohnen, weiße 50,00—30,00 M. Rindern 60,00—30,00 M.  
Kartoffeln 9,00—7,00 M. Nüchtrab 0,00—0,00 M. Der 0,00—0,00 M.  
Für ein Kilogramm Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M.  
\*) Drei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 24. Oktober. Elbe bei Ruffin — — — Meter, bei  
Dresden — 1,80 Meter, bei Magdeburg + 0,46 Meter. — Unstrut bei  
Straßfurt + 0,70 Meter. — Oder bei Rathor + 1,84 Meter, bei Breslau  
Ober-Begel + 5,18 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 0,68 Meter, bei  
Frankfurt + 0,64 Meter. — Weichsel bei Braubrunnen + 2,34 Meter. —  
Bartise bei Josen — — — Meter. Höhe bei Wg — — — Meter.

### Witterungsüberblick vom 25. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. G. in C. u. F.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. G. in C. u. F.
Schwabmünde	760	SB	3wollig	10	4	Haparanda	759	S	4Regen	4	4
Danzburg	762	SB	2heiter	9	2	Petersburg	765	NRD	1bedeckt	1	2
Berlin	762	SB	3bedeckt	12	12	Cost	—	—	—	—	—
Frankfurt	765	SB	1bedeckt	14	14	Aberdeen	764	SB	3wollig	12	12
München	766	SB	4wollig	12	12	Paris	765	NRD	2bedeckt	7	7
Wien	765	NRD	1bedeckt	7	7	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Württemberg, den 26. Oktober 1904.  
Kühler, nieselhaft heiter, aber sehr veränderlich mit einzelnen Regen-  
schauern und heischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Die Antwort der Lumpen.

Ueber die großartige Demonstration der Wiener Arbeiter am Sonntag auf der Ringstraße wird uns aus Wien vom 24. Oktober noch geschrieben:

Es war die größte Demonstration die Wien je gesehen, und ihr Eindruck war überwältigend. Der Aufmarsch der einzelnen Bezirke vollzog sich überall mit überraschender Promptigkeit. In den meisten Bezirken zogen die Genossen gemeinsam in dichten Rängen durch die Hauptstraßen der Ringstraße zu. Überall erregten die Ränge, die von den Polizisten umgeben marschierten, großes Aufsehen. Im Angesicht der Ringstraße ertönten drohende Hochrufe auf die Sozialdemokratie, natürlich gemischt mit „Fuji Lueger!“

Die Abgeordneten gingen meist mit ihren Bezirken mit. Von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends löste dem Lueger Kaufendimmiges „Fuji“ entgegen. Vier Stunden lang mußte er hören, wie „sein Wien“ über ihn denkt, und zwei Stunden länger noch, von 2 bis 8 Uhr, waren rund tausend Polizisten vor dem Rathaus und um Luegers stolze Burg herum aufgebaut, um dem „populärsten“ Bürgermeister Wiens vor den Armeekorps seiner Gratulanten zu schützen. Und hinter der Bürgerburg hatte eine polnische Mannen zum Schutze des Wiener Tribünen

ausdrücken müssen und im Hofe der Kaiserlaserne waren eine weitere Eskadron Mannen und einige Bataillone Bosniate in Reih und Glied bereit, um dem traurigen Volksmann helfend zur Seite zu springen, wenn die Gratulation gar zu kräftig ausfallen sollte. So weit unsere Ermittlungen, die auf Vollständigkeit nicht Anspruch erheben — namentlich was die militärische Vereitigung betrifft. Das Militär war eben gut verdeckt.

Die Polizei hatte ihre Hauptmasse — 200 Mann zu Fuß und fast alle 125 Reiter — auf der Zufahrt zum Rathaus vom Ring konzentriert, im übrigen aber mit dichten Spalieren alle Zugänge zum Rathauspark und zum Rathaus abgeperrt. Auf dem Rathausplatz selbst durften nur Leute, die sich durch Einladungskarten zu den offiziellen Lueger-Feierlichkeiten oder sonstwie als dem Bürgermeister ungefährlich legitimieren konnten.

Die Polizisten bezogen ihre Plätze schon um 2 Uhr und verließen sie erst um halb 8 Uhr — ihr Dienst war also ein keineswegs leichter. So lange sah die Polizei das Rathaus und seinen Wohnort in Gefahr. Rechnet man dazu die zwei Stunden für den Hin- und Rückmarsch der Wagen in ihre Bezirke — so ergibt sich ein neunstündiger Dienst für jeden Wächter.

Die Polizei war vor eine unlegendar schwierige Aufgabe gestellt und man muß anerkennen, daß sie sich in die Lage zu fügen mußte und ihr Verhalten mit Geschick und Takt den Tatsachen anpaßte. Sie hatte nur die Wahl, durch gewalttätiges Vorgehen in unabsehbare Unheil heraufzubestimmen oder durch kluge, laßbittige Zurückhaltung die gewaltige Demonstration ohne Gefahr für die Sicherheit irgend eines Menschen geschehen zu lassen. Sie entschied sich für die Mäßigkeit und sie hatte das Geschick und das Glück, daß es ihr gelang. Eine mehrfache Reihe von Wächtern, hinter der die Kolonne von Reiteren aufgestellt war, hatte den Zugang zum Rathaus zu sperren. Auf diesen Punkt zu drängte ganz automatisch, ohne jede Absicht, den Kordon durchzubrechen, die ganze Wucht der ungeheuren Menschenmasse. Dazu kam, daß jeder neue Zugang, der jedesmal Tausende von Menschen brachte, einen Stoß in derselben Richtung erzeugen mußte, und daß alle die Zehntausende von betäubenden Rufen über diesen Kordon hinweggingen, daß alle die vielen Hunderte von erhobenen Stöcken und Schirmen über die Köpfe dieser Wächter weg gegen das Rathaus zu wühlten. Die Wächter hatten überall, am meisten an diesem kritischsten Punkte, eine schwere Probe für ihre Nerven zu bestehen, und es gab Momente, wo es den Anschein hatte, daß sie sich zu einer Torheit verleiten lassen. Ein einziges Abwärtigen um ein paar Schritte, ein einziger gegogener Säbel, jede Andeutung von Angriffslust wäre als Provokation aufgefaßt worden und hätte zu den fürchterlichsten Dingen führen müssen. Denn diese Menschenmasse zu verdrängen war ein Ding der Unmöglichkeit, die gewohnten Säuberungskünste mußten verlassen und es wäre zu einer Schlacht gekommen. Im Hintergrunde aber harrten die — Mannen. Daß die Polizei gestern nicht die verbrecherische Torheit gehabt hat, mit plumper Hand einzugreifen, das muß anerkannt werden. Anerkannt soll auch das Verhalten der einzelnen Wächter werden, die gestern einen so schweren und langen Dienst hatten — mögen sie sich bei Herrn Lueger dafür bedanken. Im Gegensatz zu ihrem geliebten, zügellosen Herrn Bürgermeister haben sie sich heute durchaus besonnen und höflich verhalten und wir wollen ihnen das um so höher anrechnen, als wir wohl wissen, daß die meisten von ihnen im Herzen durchaus auf Seite der Christlichsozialen stehen.

Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Da sich die Polizei nicht störend einmischte, ist die Demonstration trotz der gewaltigen Erregung der Massen ohne jeden Zwischenfall in voller Ordnung verlaufen. Je mehr die Polizei einzieht, daß sie überflüssig ist, umso mehr trägt sie zur Aufrechterhaltung der Ruhe bei.

Am 23. Uhr etwa war die Aufstellung der Polizei beendet. Um diese Stunde schon wuchs die Ansammlung immer mehr. Um 4 Uhr schon war der Platz vor dem Burg-Theater überfüllt mit demonstrierenden Genossen. Die eng gedrängt in einer überwältigenden Menge dastanden. Um 4 1/2 Uhr war die Strecke von der Bellaria bis zur Universität ein einziges, stödenes, sich immer enger aneinanderpressendes Meer, das in vieltausendstimmigem Chor dem Bürgermeister fürchterlich huldigte. Ein ohrenbetäubender Schauer von Rufen schloß zum Rathaus hinan, durchschneit von schrillen Pfiffen und immer wieder überläßt von dem spontanen Massenschrei des Liebes der Arbeit. Keiner konnte einen Schritt vom Platze weichen, für diese ungeheure Kundgebung war die Ringstraße zu schmal. . . . Im Augenblick war auch der „Festplatz“ geschnitten. Kleine rote Fähnchen, Lächer und Seidenbänder flatterten von den Laternen und Stöcke, die als Ständer mit Lueger-Bildern „geschmückt“ waren, ragten aus dem Meer von Hüden hervor. Dann wurden die Bilder abgenommen, in hundert Fetzen zerrissen und das herumflattern der vernichteten Lueger-Portraits wurden von dem gelben Gelächter des Lachens begleitet. Auch eine zwei Meter lange rote Fahne entfaltete eine Gruppe von tschechischen Genossen und ließ sie dem Rathaus zu wehen. Andere kauften von Hausieren rote Gummibällons, knüpften „Fuji Lueger!“-Zettel an die Bindfäden und ließen sie hoch. Ein günstiger Wind trug alle diese Gratulationen gerade zum Rathaus hin unter dem Hallo Zehntausender.

Ungefähr gegen 4 Uhr wagten sich im Rathaus einige Herren und Damen auf die Ballons. Sie sahen unter sich das tosende Meer der Wiener Arbeiterschaft, aber auch die glühenden Helme der dichten Reihen berittener und einspader Polizisten. Die Herrschaften hielten sich hinter der Polizeimauer sicher und mochten den schmalen Scherz, ihren Todfeinden mit Taschentüchern hinunterzuwinkeln. . . . Da wurde plötzlich aus der dichten Menge vor dem Burg-Theater ein Genosse hoch auf die Schultern gehoben, er richtete sich ganz auf und schlang den frohen Volksfeind mimenlang einen kräftigen Stuß. Zur Schlinge genüpft, zu! Die Antwort schlug ein. Im Nu verschwanden die Spötter von den Ballons. Das war das Zeichen zu einem Orkan von Weisallstößen, Pfiffen, Hohnrufen. Eine in ihrem drohenden Ernst erschütternde Szene. Man mußte nur den Ingrimm in den Gesichtern gesehen haben, die Leidenschaft, den glühenden Haß, der diese Antwort der beleidigten Arbeiterschaft Wiens zu wahrhaft monumentaler Größe steigerte. Hier vor dem Burg-Theater kostete der Zug oft vierstündigen Anstrengung. Als endlich die Tore des Theaters für die Galericbesucher geöffnet wurden, drängten hunderte Genossen hinein, um von dem großen Balkon der auf den Franzensring hinausgeht, das Gratulationskonzert für Lueger fortzusetzen.

Unmöglich ist's, die hunderte Rufe, die ins Rathaus hinüber geschendet wurden, aufzuzählen. Aber immer wieder hörte man unter

Gelächter die Frage: „Wo ist denn das christliche Volk?“ Ein anderer sagte: „Seid's mißsam! die Revolber's Haus' bleib'n?“ Immer wieder rief man nach den christlichsozialen Gelben: „Vieloh-lamel, wo bist du?“ — „Stach, wo stehst du?“ Nach Herrn Graba wurde gefragt: „Wo marschierst denn der Veteranengeneral?“ Und Lueger selbst — was bekam er für Namen, für Titel, für Ehrenkrone: „Hoch der Lumpenmeister!“ „Hoch der Oberlump!“ „Hoch der Pächtermeister!“ und „Fuji!“ und „Nieder mit Lueger!“ tönte es aus hunderttausend stehenden millionen- und millionenmal hinüber.

Im wogenden Gedränge konnten die „Elektrischen“ nicht weiter. Die Motorführer läuteten ununterbrochen, aber im Durcheinander der Geräusche klang das Läuten nur selten einmal durch. Selbstverständlich bekam auch jeder der elektrischen Wagen seine Ausschiffung. Ohne „Fuji Lueger“ ist gestern kein Tramwaywagen in die Remise eingefahren.

Um halb 5 Uhr hatte die Demonstration ihren Höhepunkt vor dem Burg-Theater erreicht. Dieses dichtgedrängte Nebeneinander war schon beängstigend. Die Leute konnten keinen Schritt vorwärts machen, und weil sie fürchteten, daß ihre Rufe nur geschwächt zum Rathaus hinüberdrängen, deshalb erhoben sich Tausende drohender Häufe, Hunderte geschwungener Stöcke zu Luegers Ehre.

Hunderte hatten sich auf dem Parterregesimse des Burg-Theaters, abermals Hunderte, Mann an Mann, auf der Umfriedung des Volksgartens erhöhte Stellungen erobert. Auch sie nahmen teil an der Riesendemonstration, wie eine gleiche Wien noch nicht gesehen hat.

Um diese Stunde mag die schwer zu schätzende Masse an dieser Stelle allein 30 000 betragen haben. Und von hier weg brachten sich lebende Pfingel gegen die Bellaria und gegen die Universität, außer dem Kern vor dem Burg-Theater eine 800 Meter lange und 35 Meter breite Strecke, die so dicht besetzt von Menschen war, daß die elektrischen Wagen zehn bis fünfzehn Minuten brauchten, um sie zu durchfahren. Schätzt man diese Menschenmassen und die Tausenden, die auf der Stiege des Parlaments und auf der Universitätsrampe Posto gefaßt hatten, auf weitere 50 000, so greift man eher zu niedrig als zu hoch. Alle, die sich noch der bis dahin imposantesten Wiener Demonstration am letzten Tage des Badens erinnern, hatten den Eindruck, daß die Lumpenparade diesen Aufmarsch der Wiener an Zahl weitaus übertraf. Damals war die offizielle Schätzung 50 000 bis 60 000. Man kann also heute gut von 80 000 bis 100 000 Gratulanten sprechen, ohne einer Hebertreibung geziehen zu werden. Wie kläglich war dagegen das Häuflein, das der „Vollbürgermeister“ aufgebracht hatte — auf 500 Männlein und Weiblein wurden sie von Wohlwollenden geschätzt; wieviele waren es wirklich, zu denen Lueger und später Vielohlamel sprechen konnte?

Wenige Minuten nach halb sechs Uhr begannen die Ordner zum Abmarsch zu mahnen. Da ihre Rufe verhallen, so ließen sich einige Genossen von den Umstehenden auf die Schultern heben und hielten kurze Ansprachen. An einer Stelle hielt Abg. Schuhmeier folgende Ansprache:

Der Mann, der da drüben im Rathaus versteckt ist, der Mann, der Euch in seiner zuchtlosen Art ohne jeden Anlaß ordinar beschimpft hat, er wird Eure Stimme gehört haben und diese Lektion wird hoffentlich den Wert haben, daß er es lernt, auch gegen Arbeiter sich anständig zu benehmen. Wir können vom Platze nicht weggehen, ohne uns das Versprechen zu geben, daß sie uns auch in Zukunft ebenso gerüht finden werden, wenn sie uns wieder beschimpfen sollten. Unsere Geduld hat ein Ende. Lumpen, seid gegrüßt! (Stürmischer Beifall.)

Als sich dann neuerdings vor dem Polizeifordon eine Stauung bemerkbar machte, hoben einige Demonstranten den Genossen Dr. Adler auf die Schulter, der nun folgende Ansprache hielt:

Diese gewaltige Demonstration ist die Antwort für Herrn Lueger auf den frechen Schimpf, den er der ganzen Arbeiterschaft zugeschleudert hat. Mag es ihm eine Lehre sein! Und nach den vielen „Fuji Lueger!“ wollen wir nun auch rufen: Hoch die internationale Sozialdemokratie! Hoch die Wiener Lumpen, die Lumpen in allen Ländern! Die Lumpen wollen dem wirklichen Lumpen zeigen, was uns hoch steht, wofür wir kämpfen, indem wir zum Abschied das Lied der Arbeit singen.

Gerade in der Mitte der Burg-Theatertrampe wurde Ellenbogen von kräftigen Armen emporgehoben. Bald trat im Umkreis Ruhe ein und man vernahm folgende mit aller Kraft ausgesprochenen Worte:

Lueger hat gesehen, daß hunderttausend Lumpen da sind. Unsere Gratulationspflicht haben wir erfüllt. (Schallende Heiterkeit.) Jetzt gehen wir nach Hause mit dem Abschiedsgruß: „Fuji Lueger!“

An einem anderen Punkt wurde der tapfere Seih in die Höhe gehoben. Mit mächtiger Stimme, den Sturm überhöhend, rief er: Freund! Genossen! Ein zweites Mal wird es Lueger nicht wagen, uns so zu beschimpfen. (Wraufende Zustimmung.) Er wird sich unsere Antwort merken! Und nun, ehe wir abmarschieren, noch einmal: Seid gegrüßt, Lumpen!

Zubelnde Hochrufe auf Seih ertönten. Langsam setzte sich der ungeheure Zug jetzt in Bewegung. Die Marxellisten, das Lied der Arbeit, der Sozialistenmarsch wurden gesungen. Mit dem tiefen Gefühl einer ausgiebigen Genugtuung zog der Strom der Bellaria zu.

Im Falschmünzer-Prozess Gelhaus

und Genossen wurden gestern mehrere Briefe verlesen, die Gelhaus an seine Geliebte Bode geschrieben hat. Dann wurde ein Lazarettgebulle vernommen, der den Gelhaus aus dem Untersuchungsgefängnis kannte. Er hat Spuren geistiger Störung nie an ihm wahrgenommen. Der Angeklagte Lache wird von den Sachverständigen nochmals nach einigen Punkten befragt. Er kommt noch einmal auf seine Vorbestrafung zu 8 Jahren Zuchthaus zurück und gerät dabei wieder in große Erregung. Er verlange die Befreiung des Schuldigen, er verlange Gerechtigkeit und seine Vernehmung. Wenn man ihm diese Vernehmung verweigere, dann begehe er ein Verbrechen. Bis jetzt sei er kein Verbrecher, das, was er hier begangen, habe er „mit Lust und Liebe“ gemacht. — Die Sachverständigen Oberarzt Dr. Kortmann und Medizinalrat Dr. Wittenzweig wünschen noch Auskunft darüber, warum Lache die verschiedenen Namen, insbesondere den Namen „v. Droste-Bischering“ sich beigelegt habe. — Präsi.: Wer war Ihr Vater, Lache? — Angell.: Mein Vater war der Freiherz v. Droste-Bischering. — Präsi.: Seit wann ist Ihnen diese Idee gekommen? Merkwürdig, daß Sie mit diesem Namen erst in der Charité hervorgekommen sind. — Angell.: Wissen Sie, das stimmt nicht, denn ich bin Freiherz v. Droste-Bischering. — Präsi.: Wer ist Ihre Mutter? — Angell.: Was soll ich Ihnen von meiner Mutter erzählen? Ich weiß ja nicht einmal, ob sie noch lebt. Mein Vater ist hingerichtet worden. — Präsi.: Seit wann wissen Sie denn das? — Angell.: Seit ich aus Brigg ausgebrochen bin. Meine Mutter war mit Droste-Bischering verheiratet, dieser ist hingerichtet worden, kurz danach bin ich geboren worden.

Kunneher erhalten die medizinischen Sachverständigen das Wort über den Angeklagten Gelhaus.

Prof. Dr. Strahmann: Gelhaus ist zweifellos nicht vollkommen normal,

er war aber doch zur Zeit der Tat nicht derart erkrankt, daß er als unzurechnungsfähig gelten könnte. Manches, was er hier in der Verhandlung vorgebracht hat, ist übertrieben, aber es sind doch nicht durchweg künstliche Vortäuschungen. Er ist körperlich leidend, lungenkrank, und ein hysterischer Mensch, der eigentümliche Vorstellungen hat.

Diese genügen aber noch nicht, um ihn als geisteskrank hinstellen zu können.

Oberarzt Dr. Kortmann schließt sich diesem Gutachten an. Es liegt kein Anhalt dafür vor, daß sich Gelhaus zur Zeit der Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Geisteszustande befunden hat. Er ist degeneriert, neigt zu allerhand extravaganten Ideen, zum Spiritismus, Anarchismus und dergl. Er verdient trotz seiner Verstellung und Uebertreibung die mildeste Beurteilung, denn die Verstellung geht hervor aus seiner krankhaften hysterischen Veranlagung.

Medizinalrat Dr. Leppmann: Bei Gelhaus war, wie auch ich begutachte, bei der Ausübung der Straftat die freie Willensentscheidung vorhanden, aber in seinem Seelenleben sind bestimmte Abweichungen von dem Durchschnittsmenschen vorhanden, die ihn als geistig minderwertigen hinstellen.

Zu denselben Urteil kommen Prof. Dr. Köppen, Dr. Störmer, Gerichtsarzt Dr. Hoffmann und Medizinalrat Dr. Wittenzweig. Sie sind übereinstimmend der Ansicht, daß Gelhaus ein degenerierter Mensch ist, dem man etwaige ethische Defekte und Gefühlsroheiten nicht besonders hoch anrechnen dürfe. Die Sachverständigen stimmen auch darin überein, daß der Gelhaus vom Jahre 1902 ein anderer gewesen sei, als der jetzige Gelhaus. Als vollwertig sei er nicht anzusehen.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Eger geben die Sachverständigen die Möglichkeit zu, daß Degenerierte einen gewissen suggestiven Einfluß, namentlich auf jüngere Leute, ausüben können. Rechtsanwalt Viktor Frankl macht dies namentlich für den Angeklagten Feistel geltend, der offenbar durch Gelhaus auch noch in Brück gefaßt worden ist.

Es folgen ausführliche Gutachten der medizinischen Sachverständigen über den Geisteszustand des Angeklagten Lache.

Gerichtsarzt Dr. Hoffmann gibt auf Grund seiner eigenen Beobachtungen im Untersuchungsgefängnis und des Studiums der Akten sein Gutachten dahin ab: Lache ist ein kranker Mensch, seine Krankheit geht wellenförmig auf und nieder, zeitweise bemerkt kein Mensch, daß er krank ist, er erbeutet sich ganz vernünftig, dann genügt aber wieder nur ein einziger Funke, um ihn im höchsten Grade krank erscheinen zu lassen. Der Sachverständige hat Zweifel, ob, wenn die Krankheit auf den Tiefstand gelangt ist, die freie Willensbestimmung ständig bei ihm ausgeschlossen ist. Damit stimme die Tatsache überein, daß, als er aus Brigg ausgebrochen war, die Verwaltung der Irrenanstalt keinerlei Schritte getan hat, ihn zurück zu bringen. — Auf eine direkte Frage des Rechtsanwalts Jaffe erklärt Dr. Hoffmann: Die Möglichkeit, daß Lache bei Ausübung der Straftat im Sinne des § 51 unzurechnungsfähig

gewesen, müsse er zugeben.

Prof. Dr. Köppen: Die Beobachtungen in der Charité haben sofort ergeben, daß Lache ein Paranoiker ist, der immer neue Wahnbildungen produzierte. Sein Benehmen sei keineswegs geäußert und simuliert, sondern es sei der Ausfluß seines pathologischen Zustandes und durchaus charakteristisch für einen Menschen, der an chronischer Paranoia leidet. Man dürfe dabei kein Gewicht darauf legen, daß das Krankheitsbild zeitweise verschwunden zu sein scheint. Lache sieht unter dem Druck des Gefühls, daß man ihm Unrecht getan, daß er seinerzeit zu einem Verbrecher gestempelt worden ist, wo er kein Verbrecher gewesen sein will, und daß er nun auf dieses Unrecht die Quittung lehte: der Welt zu zeigen, daß er auch wirklich ein großes Verbrechen begehen kann. Ein Paranoiker sei bei jedem Denken und Tun durch seine Krankheit beeinflusst und deshalb müsse § 51 auf Lache Anwendung finden.

Ein Geschworener (Prof. Dr. Wittenzweig) spricht als Laie seine Verwunderung darüber aus, daß nun ein Mann, der über Jahre und Tag so gehandelt hat, daß nach Laienansicht eine vollständige Dispositionsfähigkeit herauskäme, dafür gar nicht derantwortlich sein soll. Ferner zeige doch wohl ein geistig minderwertiger Mensch auch eine Minderwertigkeit auf sittlichem und moralischem Gebiete und da wäre es wünschenswert, zu erfahren, ob Neugierungen zutage getreten sind, wonach Lache irgendwie bedauert, daß er in seinem Streben, sich durch ein Verbrechen für ein ihm widerfahrenes Unrecht zu rächen, einen ganz jungen, unbescholtenen Menschen mit in das Unglück hineingezogen hat.

Prof. Dr. Köppen: Lache hat kein rechtes Gefühl für die Schwere seines Verbrechens, er ist vollständig überzeugt, daß er recht gehandelt hat, als er die falschen Coupons anfertigte. Ein Jahr spiele übrigens bei solchen Krankheiten gar keine Rolle.

Erster Staatsanwalt Dr. Cretschmar hält es doch für höchst merkwürdig, daß Lache immer in den Zeiten, wo er auf Freieinruße war, sich durchaus vernünftig benommen hat und seine Wahnvorstellungen erst immer auftraten, wenn man ihn festgenommen hatte.

Sachverständiger Oberarzt Dr. Kortum: Der Fall Lache ist für den Psychiater absolut nicht schwer zu beantworten. Lache leidet ganz zweifellos an

Chronischer Paranoia.

Das komplizierte Wahnsystem, welches Lache vorgebracht hat, kann nun und nimmer simuliert sein. Er hat sich mit seinen Wahnvorstellungen niemals aufgeblüht, sondern sie ergeben sich gewissermaßen ganz von selbst. Die Theorie von der partiellen Geisteskrankheit würde in praxi zu seltsamen Folgen führen, denn man könnte doch beispielsweise nicht die gesunde Hälfte eines Menschen allein ins Gefängnis stecken. Der Sachverständige kommt zu dem Schluß: Lache war sowohl zur Zeit der Tat, wie jetzt auch, unzurechnungsfähig. Bei allen Taten eines solchen Kranken muß die freie Willensbestimmung als ausgeschlossen gelten.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. Leppmann schließt sich dem Vortrager an: Lache war bei Begehung der Straftat so umfangreich geisteskrank, daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Lache, der sich für einen unschuldig Verurteilten hält, ist

im Zuchthaus krank geworden.

er bekam den sogenannten „Zuchthaus-Kraak“ und es ist zweifellos, daß er nicht simuliert. Dafür spricht das gesamte Krankheitsbild, das ganz systematische Aneinanderreihen der richtigen Symptome, bei welchem aus dem Verfolgungswahnsinn der Größenwahnstimm wird. Lache ist eine wahrhaft umgeformte Persönlichkeit, die sich einbildet, widerrechtlich vom Staate verfolgt und gequält zu sein, der da meint, man mache mit ihm Ungeheures und deshalb könne er auch Ungeheures unternehmen.

Erster Staatsanwalt Dr. Cretschmar verweist u. a. darauf, daß die Briefe und sonstigen schriftlichen Äußerungen des Lache weder in der Schriftform noch in dem Schriftinhalt irgend eines der sonst doch charakteristischen Merkmale für Geisteskrankheit, wie Auslassen einzelner Buchstaben und Sätze, enthalten, sondern absolut korrekt geschrieben sind.

Medizinalrat Dr. Leppmann erwidert, daß dies gar nichts beweise, denn die vom Staatsanwalt hervorgehobenen Merkmale begleiten nur die Krankheitsform der Paranoia.

Sachverständiger Prof. Dr. Strahmann schließt sich dem letzten Sachverständigen durchaus an: Lache simuliert nicht, er leidet an chronischer Verirrtheit, er ist jetzt krank und war zur Zeit der Tat so krank, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen erscheint. Ein solcher Mann kann auch für eine einzelne Handlung nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist zweifellos, daß Lache bei Ausübung der Tat wie ein ganz gesunder Mensch gehandelt hat. Darauf kommt es aber nicht an, sondern auf die Auffassung, die er von seiner Tat gehabt hat, und diese war zweifellos krankhaft. Es ist doch auch darauf zu verweisen, daß Lache nach der Befragung des Gefängnis-Inspektors Richter doch zweifellos das Verhalten eines

von Wahnreden Verfolgten

zeigte, wie beispielsweise aus seiner nächtlichen Lagerung mit dem Kopf gegen die Zellentür zu hervorgehe.

Auch dieses Gutachten gibt dem Geschworenen Prof. Dr. Willemsen Anlaß zu verschiedenen Ausführungen: Nicht bloß die Ausführung der Tat, sondern auch die Art und Weise, wie er sich hier im Untersuchungsgefängnis benommen hat, war doch die eines ganz gesunden Menschen. Aus der Tatsache, daß er seinen Kopf so gelegt hat, daß er nicht von der Jellentür aus gesehen werden konnte, beweist doch wenig. Es gibt doch viele sehr gesunde Menschen, die auch sehr mißtrauisch sind. Der Inspektor Richter, der auf die Geschworenen den Eindruck eines psychologisch sehr scharf beobachtenden Mannes gemacht hat, hat doch von Lache keineswegs den Eindruck erhalten, als ob dieser verrückt sei.

Rechtsanwalt J a u e: Der Inspektor hat aber auch gesagt, daß Lache sehr viel erzählt, aber doch immer in ganz unistäter Weise von einem Thema ganz unvermittelt auf ein anderes Thema übersprang und viele Dinge durcheinander mischte.

Geschworener: Es gibt viele geistig sehr hochstehende Menschen, die auch dieselbe Eigenschaft haben, daß sie nicht bei der Stange bleiben können.

Prof. Dr. Strahmann bleibt bei seinem Gutachten. Ihm schließt sich der Sachverständige Dr. Störmer an, der in längerem Vortrage die Gründe auseinandersetzt, die den Psychiater dazu bringen müssen, das Gutachten dahin abzugeben: Lache ist zur Zeit der Tat in einem

#### krankhaften geistigen Zustande

gewesen, der die freie Willensbestimmung ausschloß. Dr. Störmer hält verschiedene Einwände des Staatsanwalts nicht für geeignet, sein und der übrigen Sachverständigen Gutachten umzuwälzen.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. Mitzenberg nähert sich in seinem Gutachten doch mehr der Anschauung des Dr. Hofmann darin, daß die Ansicht, Lache sei ein chronisch Verrückter, doch nicht auf seinem Vorden steht. Nach seiner Meinung liege nicht reine, chronische Paranoia vor, sondern nur ein paranoisches Wesen eines von Kindheit an mit phantastischen Ideen sich tragenden, mißtrauischen, sehr begabten und etwas sonderbaren Menschen. Zweifellos ist er krankhaft veranlagt, aber die Krankheit beruht darauf, daß seine ganze Auffassung der Verhältnisse etwas paranoisches hat. Dazu ist dann der

#### „Gefängnis-Anaß“

gekommen, bei dem der Angeklagte von phantastischen Illusionen umfangen wurde. Der Sachverständige kommt zu dem Schluß: er gehe nicht von dem Vorhandensein einer chronischen Paranoia aus, er ist beunruhigt für ein derartiges Handeln, aber die krankhaften Vorstellungen haben nicht sein Wesen total verändert und er sieht nicht dauernd unter ihrem Einflusse. Der Sachverständige ist der Ansicht, daß Lache zur Zeit der Tat seine volle freie Willensbestimmung besaßen hat. Er hat paranoische Reigungen und ist darum minderwertig, aber er hat nicht dauernd paranoische Vorstellungen.

Es knüpft sich hieran zwischen den medizinischen Sachverständigen eine lange wissenschaftliche Disputation, durch welche den Geschworenen die Symptome einer „chronischen Paranoia“, einer „akuten Paranoia“ und „paranoische Zustände“ vorgeführt werden sollten. — Rechtsanwalt J a u e sucht durch mehrfache Fragen an die Geschworenen nachzuweisen, daß die Möglichkeit doch nicht von der Hand zu weisen ist, daß S 1 auf Lache anwendbar sei.

Da hierauf alleseitig auf weitere Beweise verzichtet wird, erklärt der Vorsitzende die Beweisaufnahme für geschlossen.

Mittwoch sollen die Schuldfragen verlesen werden und daran sollen sich die Plaidoyers reihen.

## Verfassungen.

„Die internationale Freizügigkeit und der gewerkschaftliche Kampf“ lautete das Thema, über das am Sonntag im Verband der Bau-, Erd- und Hilfsarbeiter Genosse Eduard Bernke sprach.

In seinen einleitenden Betrachtungen stellte der Redner die internationale Freizügigkeit der Arbeiter in Parallele mit dem freien Warenverkehr und führte dann aus: Bei der Beurteilung der vorliegenden Frage müsse man unterscheiden zwischen der Einwanderung einzelner Arbeiter und der durch Agenten geschäftsmäßig betriebenen Einfuhr großer Arbeitertrupps, wo die betreffenden Arbeiter bereits im Auslande durch Verträge dem Unternehmer, dem sie zugesichert werden, verpflichtet werden. Wenn auch, wie die Erfahrung lehrt, der mit niedrigeren Löhnen sich begnügende Arbeiter für die Unternehmer durchaus nicht die billige Arbeitskraft sei, so könnten doch solche rüstständige und minderleistungsfähige Arbeiter, wie sie bei den Masseneinführungen in Frage kommen, zeitweise zu höheren Leistungen angetrieben werden und so zu einer Schwächung des Arbeitsmarktes beitragen. Eine Beschränkung dieser Einfuhr von Arbeitern, die durch Vertrag dem Unternehmer ausgeliefert werden, damit er durch sie die Löhne der heimischen Arbeiter drücken kann, verstoße nicht gegen das Prinzip der Freizügigkeit. Dagegen würde dies Prinzip verletzt durch Beschränkungen der Einwanderung einzelner Arbeiter, wie beispielsweise durch das in Amerika bestehende Verbot der Einwanderung mittellose Arbeiter. Man müsse auf andere Mittel fassen, um die nicht zu verkennenden Schwierigkeiten der internationalen Freizügigkeit zu lösen. Ohne die Einwanderung des Einzelnen zu beschränken, könne man der Masseneinfuhr dadurch entgegenzutreten, daß man sie für die Agenten und Unternehmer unrentabel macht. Das würde geschehen, wenn gesetzlich bestimmt werde, daß die schon vor dem Transport der Arbeiter abgeschlossenen Verträge keine Gültigkeit haben. Ferner würde in dieser Richtung gewirkt werden durch ein Wohnungsgesetz, welches die elenden Massenquartiere der Wanderarbeiter unmöglich mache, und diese so zu erhöhten Aufwendungen für die Wohnung und dadurch zur Forderung höherer Löhne veranlasse. Wenn außerdem die Gewerkschaften ihren Einfluß dahin geltend machen, daß eine geregelte Arbeitszeit und Mindestlöhne festgesetzt werden, die auch für die eingeführten Arbeiter Geltung haben, dann würde durch all diese Maßnahmen das Geschäft der Einfuhr von Arbeitern sich nicht mehr rentieren, und ein großer Teil der damit verbundenen Uebelstände wäre beseitigt. Wenn so die Gesetzgebung und die gewerkschaftliche Tätigkeit dahin wirken, daß auswärtige Arbeiter nicht mehr als L o h n d r ü c k e r eingeführt werden können, dann sei für die heimischen Arbeiter keine Ursache, sich von den ausländischen Arbeitern abzuschließen, vorhanden. Die Voraussetzung der hier angegebenen gewerkschaftlichen Tätigkeit sei natürlich der Ausbau und die Stärkung der Organisation. — Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage erledigte die Versammlung einige Verbandsangelegenheiten. Nach einer Darlegung des Vorsitzenden Heidemann und nach lebhafter Debatte wurde die Ortsverwaltung ermächtigt, aus den Reihen ihrer Mitglieder sogleich einen vierten Verbandsbeamten anzustellen für die Zeit bis zum Ende dieses Jahres. Im Januar nächsten Jahres unterliegt derselbe gleich den übrigen Mitgliedern der Ortsverwaltung der Neuwahl. — Bei Beginn der Versammlung erstattete der Kassierer Böttcher den Stoffbericht für das 3. Quartal. Eingenommen wurden 39 988,94 Mark, dazu kommt der Bestand vom vorigen Quartal in Höhe von 56 594,97 Mark. Ausgegeben wurden 44 036,24 Mark, so daß ein Bestand von 52 557,27 Mark verbleibt. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Quartals um 535 gestiegen, sie beträgt 5052.

#### Aus dem Lager der deutschnationalen Handlungsgehilfen.

Gegenwärtig treten die Organisationen der Handlungsgehilfen in eine lebhaftere Agitation zur Befreiung der Reisigerämter in den Kaufmannsgerichten ein. Bereits am vergangenen Mittwoch fand eine solche vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufene Versammlung in Drogenbagen Saal statt — oder besser gesagt, sie fand nicht statt, weil sie bald nach Eröffnung infolge eines Konflikts mit den Deutschnationalen wegen der Bureauwahl der politischen Auflösung verfiel. Am Montag hielten nun die „Deutschnationalen“ im selben Lokal wieder eine Versammlung ab, in der Herr D e h l y als Referent auftrat. Zunächst beschwerte sich der Redner über die „krassen Rechtsbrüche“ der Leitung der Zentralverbände in der aufgeschobenen Rechtsprechung. Die Versammlung sei eine öffentliche gewesen, in der auf eigenes Verlangen der Zentralverbände zur Bureauwahl geschritten wurde. Am sich aber herausgestellt habe,

daß die Zentralverbände in der Minderheit, die Deutschnationalen dagegen in der großen Mehrheit waren, so hätten die letzteren auch Anspruch auf Befreiung des Bureau gehabt. Dieser Umstand habe den Zentralverbänden aber nicht in den Kram gepaßt, weshalb der Einberufer Willy Friedländer allen parlamentarischen Brauch und Anstand zuwider die aus der Minderheit vorgelegenen Herren als in das Bureau gewählt proklamiert habe. Mit einer derartigen Handhabung der Geschäfte seien die Deutschnationalen begreiflicherweise nicht einverstanden gewesen, daher die Proteste, denen ein allgemeines Durcheinander und schließlich die Auflösung folgte. Redner machte sich dann in seiner Weise über den Referenten der aufgelösten Versammlung, Georg Bernhardt, lustig, indem er meinte, gerade dieser Redner, den die übrige Arbeiterschaft sonst nirgends haben wolle, scheine für den Zentralverband noch gerade gut genug zu sein. Herr D e h l y verteidigte sich dann über den Wert der Kaufmannsgerichte und die Notwendigkeit einer Befreiung der Reisigerämter durch Handlungsgehilfen mit sozialem Verständnis. Ein Zusammengehen mit dem Zentralverbande in dieser Sache lehnte er jedoch ab, weil einmal die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz der empfehlenden „Außenarbeit“ der Josephhöhe“ gegen die Errichtung der Kaufmannsgerichte gestimmt habe, dann aber auch, weil er fürchtet, die Deutschnationalen könnten ihren „jetzigen politischen Einfluß“ und „das geneigte Ohr der Regierung“ verlieren, wenn sie mit dem „sozialdemokratischen“ Zentralverband „aktieren“ würden. (Lebhafte Beifall.)

Schneider, Redakteur der „Hülse“ und Mitglied der Deutschnationalen, bedauerte ebenfalls die Handhabung der Geschäftsleitung in der aufgelösten Versammlung, konstatierte aber, daß der Protest der Deutschnationalen in ein regelrechtes Lärmen übergegangen sei. Im übrigen empfahl er ein Zusammengehen mit dem Zentralverband in Sachen der Reisigerwahlen, da die Feinde der Handlungsgehilfen nicht links, sondern rechts ständen. (Beifall und Widerspruch.)

Bis dahin hatte die Versammlung einen ziemlich sachlichen Charakter getragen, als dann aber Feinlein Bohm vom Zentralverband zu Worte kam, da änderte sich das Bild mit einem Schlag. Die Rednerin rief den Deutschnationalen ihre Haltung in der Gehältsfrage sowie deren Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht zu den Kaufmannsgerichten ein wenig unter die Nase und stellte fest, daß der Referent über diesen heißen Punkt haltlos hinweggeglitten sei. (Rufe: Das war auch recht so!) Diese Haltung würden die Handlungsgehilfen in den Deutschnationalen nicht vergessen. (Gelächter.) Das Lachen betraute, daß die Deutschnationalen noch immer auf dem Standpunkt ständen, als seien die Frauen ein minderwertiges Geschlecht. (Tolendes Gejohle. Rufe: Na was seid Ihr denn sonst?) Deshalb fänden auch die Gehältsfragen schon gar nicht in die Versammlungen der Deutschnationalen, (Rufe: glücklicherweise; desto besser!) sondern schloßen sich dem Zentralverband an, der noch Frauenrechte achte. (Tolendes Gelächter. Rufe: Sie betrachten den Verband ja als Heiratskontor! Bei den Judenbengeln gehören Sie auch hin!) Als die Rednerin das Podium verließ, erdröhnte minutenlanges Gejohle und Zugestampfel.

Loebel (Deutschnational) als nächster Redner schien das Peinliche der durch die wilden Zwischenrufe geschaffenen Situation zu empfinden; er betonte die „hohe Achtung“ der Deutschnationalen vor der Frau (die eben vorher so überaus drastisch zum Ausdruck gekommen war), hält es aber für besser, wenn die Frauen sich um häusliche, denn um öffentliche Angelegenheiten kümmern. Die Schuld an dem Wegfall des Frauenrechtes zu den Kaufmannsgerichten sowie auch der Heraussetzung des Wahlalters auf 30 Jahre treffe lediglich die Sozialdemokratie, weil die Regierung eben fürchten mußte, daß sie bei der Verwirklichung dieser beiden Dinge der Sozialdemokratie Vorkauf leisten würde. Sobald junge Leute und Frauen wahlberechtigt wären, seien die Kaufmannsgerichte den Sozialdemokraten ausgeliefert gewesen. Das konnte und durfte nicht geschehen — ergo sei die Sozialdemokratie durch ihre bloße Existenz Schuld an der Wahlrechtsminderung. (Lebhafte Beifall.)

Den Höhepunkt der Konfusion erreichte die Versammlung, als nunmehr ein Jude namens Konrad das Wort erhielt. Obwohl bei den Deutschnationalen laut Statut die Aufnahme von Juden ausdrücklich ausgeschlossen ist, die Juden also auch als etwas „Minderwertiges“ betrachtet werden, profitierte sich dieser Redner in einer geradezu widerlichen Weise der Versammlungsmehrheit. Er lobte die Deutschnationalen in allen Tonarten, weil sie mit so auferordentlich löblicher Trübsinnigkeit die „hundsgemeine Schmutzkontur der Frauen“ zu Felde zögen. In den Handlungsgehilfen sah er lediglich bewußte Eindringlinge in den Kaufmannsbereich, die aus purer Niedertracht die männlichen Gehälts aus ihren Stellungen herauszubehalten trachten. Im Anschluß hieran lobte er sich im Deklamieren nicht gut wiederzugebender fauler Witze und Joten über die Frauen und schaute sich nicht, mit allerhand offenen und versteckten Verächtlichkeiten der Frauennhre um sich zu werfen. Und diese ebenso rüchständigen wie moralisch widerwärtigen Ausführungen des antisemitischen Juden konnt applaudierte die deutschnationalen Versammlung mit brüllendem Hallel. Zeitweilig konnte der Mann vor lauter Beifallsstürmen kaum weiter sprechen. Herr Schneider, der später nach ihm sprach, ermahnte seine deutschnationalen Freunde denn auch mit bitterem Spott, sie müßten jetzt doch so bald wie möglich den Judenparagrafen aus ihrem Statut ausmerzen, denn der Herr Konrad gesollte frenetische Beifall habe die Ueberflüssigkeit jenes Paragrafen zur Evidenz bewiesen. Sowohl dem Referenten wie auch den übrigen Rednern gelang es nicht mehr, den Eindruck der Konradischen „Rede“ zu verwischen, obwohl die Versammlung erst gegen 2 Uhr nachts ihr Ende erreichte. Noch auf der Straße unterhielten sich die deutschnationalen Heldenjünglinge ganz begeistert über Herrn Konrad, wobei sie einander versicherten: das sei der passendste Mann als Reisiger in das Kaufmannsgericht. — Am Mittwoch abend findet wieder eine Versammlung des Zentralverbandes statt.

Die Hilfsarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die zum großen Teil den beiden Organisationen, dem Handels- und Transportarbeiter-Verband und dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter angehören, hielten kürzlich im Verein ihrer Organisationsvertreter eine Versammlung ab, in der sie die Aufnahme einer Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschloßen. Alleseitig wurde in der Aussprache hervorgehoben, daß die Verdienste der Hilfsarbeiter in der A. E. G. außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen; werden doch an erwachsene Leute sogar Stundenlöhne von 25 bis 15 Pf. gezahlt. Einige Redner glaubten annehmen zu können, daß die übermäßige Lohnbrüderlei vielfach nur ein Werk der Weisheit sei, von dem die Direktion gar nichts wisse. Durch die Aufnahme der Statistik hofft man, nicht nur ein wertvolles Material zur sicheren Beurteilung der Lohnverhältnisse in dem Betriebe, sondern auch ein gutes Agitationsmittel zur Stärkung der Organisationen zu gewinnen. — Ferner befaßten sich die Vertrauensleute beider Organisationen noch mit einer speziellen Regelung der Verbandsagitation unter den Hilfsarbeitern des Betriebes, da es in dieser Beziehung mehrfach zu Mißverständnissen und Kompetenzdifferenzen gekommen war. Angenommen wurde folgende Resolution: Die Vertrauensleute der Hilfsarbeiter in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, vertreten in den beiden Gewerkschaften: Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, sowie Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, beschließen heute in ihrer Sitzung, daß Uebertritte von einer in die andere der genannten Organisationen möglichst unterbleiben sollen. Wenn ein Kollege seinen Uebertritt in einen anderen Verband ausdrücklich wünscht, so kann derselbe nur erst dann vollzogen werden, wenn sich das betreffende Mitglied ordnungsgemäß bei seinem Verbandsabgemeldet hat. Des weiteren verpflichten sich die Vertrauensleute in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß bei Fragen von aktueller Bedeutung beiderseits ein gemeinsames Handeln Platz greift.

Deutscher Textilarbeiterverband. In der letzten Mitglieder-versammlung der Filiale I Berlin hielt Genosse S. K a h n e n k e i n e n lehrreichen und mit großem Interesse verfolgten Vortrag über „Wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung“. Da eine Dis-

ussion nicht stattfand, folgte der Kassenbericht, welcher mit dem Bestand vom 2. Quartal eine Einnahme von 2840,98 Mark und eine Ausgabe von 1882,73 Mark ergab. Nächst bleibt ein Bestand von 958,25 Mark. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde ein Komitee für das Weihnachtsgewinnvermögen gewählt. Die Abrechnung der Sammellisten für zwei kranke Kollegen ergab eine Einnahme von 142,90 Mark, welche zu gleichen Teilen ausgezahlt worden sind.

Schöneberg. Die am 18. Oktober abgehaltene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt durch Erheben von den Plätzen. — Genosse S. F i s c h e r erklärte dann, daß er in der letzten Versammlung in der Diskussion betreffend die Kaiserzeit nicht von der Gesamtheit der Berliner Arbeiter, sondern nur von einem Teile derselben gesprochen habe. In dieser Beziehung entspreche der Bericht im „Vorwärts“ nicht den Tatsachen. — Dem Kassenbericht über das 4. Quartal, welchen der Kassierer G o l l m i d erstattete, ist zu entnehmen, daß bei einer Einnahme von 1850,10 Mark und einer Ausgabe von 1681,23 Mark ein Bestand von 168,86 Mark zu verzeichnen war. — Den Bericht des Vorstandes erstattete W o l l e r m a n n. Zu Beginn des Geschäftsjahres hatte der Verein 1188 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten hinzu 407 Genossen, während 308 zur Abmeldung gebracht werden mußten. Verstorben sind 13 Genossen. Am Schluß des Geschäftsjahres war ein Bestand von 1287 Mitgliedern vorhanden. Die Gesamtsumme des Vereins im Geschäftsjahre belief sich auf 7110,44 Mark, und die Ausgabe auf 7511,47 Mark. An den Kreis wurden insgesamt 5640,79 Mark abgeliefert. Auf die Listen für die Landtagswahl wurden 1066,45 Mark gesammelt, während für dieselbe eine Ausgabe von 844,75 Mark zu verzeichnen war und ein Ueberschuß von 221,70 Mark erzielt wurde. Abgehalten wurden 10 Vereinsversammlungen, darunter 4 Generalversammlungen, 10 öffentliche Versammlungen; 15 Flugblattverbreitungen wurden unternommen und 235 000 Flugblätter verbreitet. Im Agitationsbezirk wurden 2 Agitationstouren unternommen und 1 Versammlung abgehalten. In den 132 Bezirksgruppen wurden 2000 Mark an Beiträgen kassiert. Bei dieser Gelegenheit empfiehlt Redner, daß die Kassierung der Beiträge von jetzt ab in ihrer Hauptsache von den Bezirksführern vorgenommen werden solle bezw. in erster Linie hierzu die Bezirksgruppen oder Zahlabende benutzt werden. Des weiteren sollen, ebenso wie in Berlin, Charlottenburg und Nixdorf die Bezirksgruppen auf den zweiten Mittwoch im Monat verlegt werden, um dadurch für Berlin und Borsdorf ein gemeinsames Vorgehen zu schaffen. Die Vereinsversammlungen sollen infolgedessen auf den letzten Dienstag im Monat verlegt werden. — Im Berichtsjahre fanden 30 Vorstandssitzungen statt und beschäftigte sich der Vorstand dreimal mit persönlichen Angelegenheiten. Sechs Wahlkomitee-Sitzungen beschäftigten sich mit der Stadtverordneten-Wahl im 9. Bezirk. Die im Berichtsjahre abgehaltenen sechs Veranlagungskomitees hatten einen Ueberschuß von 239,25 Mark zu verzeichnen. Hier schlägt der Referent vor, für das neue Geschäftsjahr ein Vergütungskomitee zu wählen, um den Vorstand in dieser Beziehung etwas zu entlasten. — Die im nächsten Jahre bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen werden an die Genossen Ansprüche stellen, die nur bei rühriger Tätigkeit erfüllt werden können. Scheidet doch im 3. Bezirk Geroffe Masuch aus der Stadtverordneten-Versammlung aus, während im 5., 6., 7. und 10. Bezirk Bürgerliche in Frage kommen. Zur Auslösung stehen dann noch je ein Bürgerlicher im 2., 9. und 10. Bezirk. — Seitens des Vorstandes sind als Bezirksführer nominiert worden: im 1. Bezirk: K o h l und Lehmann; im 2. Bezirk: M a r z und Henkel; im 3. Bezirk: S c h u l z e und D u r r; im 4. Bezirk: E h r. F r a n k e und J a k o b; im 5. Bezirk: F i s c h e r und K o h l; im 6. Bezirk: H e r t e r und V o g t; im 7. Bezirk: R e i c h f e l d t und A d a m; im 8. Bezirk: K i s e r und S a l e n t i n; im 9. Bezirk: P e t e r s o n und H o f m a n n; im 10. Bezirk: R e i c h e und T h o m a s. — An der an den Bericht sich anschließenden Diskussion beteiligten sich S y m a n o w s k i und S. F i s c h e r. — In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender: W o l l e r m a n n, 2. Vorsitzender: D ä u m i c h, 1. Kassierer: E m i l L e h m a n n, 2. Kassierer: V e l a u, Schriftführer: M a r z. In die Revisionskommission: V e d e r, K o r n und G o l l m i d. — Aus dem Bericht der Bibliothekare ist zu entnehmen, daß die Bibliothek jetzt 347 Bände umfaßt und im Geschäftsjahre 316 mal benutzt wurde. In Bibliothekaren werden Zeit und O h l e n d o r f gewählt. — Beim Bericht der Lokalkommission beschwert sich der Ortse als Mitglied derselben, daß immer noch Genossen die am Orte gesparten Lokale besuchen, und soll für die Zukunft eine strengere Kontrolle in dieser Beziehung unternommen werden. In die Lokalkommission werden gewählt: P e t e r s o n, V o g t und H o r l e m a n n. Zu Revisoren der Parteipetition werden H e r t e r, D r a h e i m und R a s s o w gewählt.

Das Vergütungskomitee bilden: K. F r a n k e, G e r l a c h, H e i d r i c h, L e h n e r, P u h l m a n n, R e i c h e und Z i e g. — Der Antrag des Vorstandes auf Verlegung der Bezirks-sitzungen und der Vereinsversammlung wird angenommen und tritt dieser Beschluß am 1. Januar in Kraft. — Zur Generalversammlung des Kreises werden delegiert D ä u m i c h, V e i t und R e i c h e. — Zum Schluß der Versammlung gelangten 26 Genossen zur Aufnahme.

Eine Verfassungsliste der Mitglieder des Vereins zeigt folgendes Bild: 315 Rauer, 245 Arbeiter, 94 Zimmerer, 60 Tischler, 58 Metallarbeiter, 28 Maler, 35 Gastwirte, 30 Buchdrucker, 30 Schuhmacher, 28 Stullateure, 27 Töpfer, 20 Sämiede, 18 Klempner, 12 Schneider, 12 Kohlräger, 11 Kaufleute, je 10 Barbier, Buchbinder, Tapezierer, 9 Kautschuk, je 8 Hausdiener, Handelsleute, Mechaniker, Steinmetzen, Steinseher, je 7 Bureau-Arbeiter, Gärtler, 6 Bildhauer, je 5 Väder, Maschinenisten, je 4 Bauanschläger, Zigarrenhändler, Glaser, Gärtner, Sattler, Vergolder, je 3 Dachdecker, Drechsler, Kerze, Lithographen, Radierer, Pader, Steinbruder, Stellmacher, Schriftsteller, Stereotypen, Uhrmacher, Zinnschmied, je 2 Feinstrepper, Graveure, Redakteure, Photographen, Jalouise-Arbeiter, Reisende, Seiler, Schriftsetzer, Photographen, Zeitungspediteure, Koloristen, Brauer, je 1 Anleger, Vierjahreser, Wäntzer, Buchhändler, Chemigraph, Dr. chem., Drahtweber, Expedient, Gummi-Arbeiter, Heilgüsse, Polierier, Ingenieur, Kistenmacher, Konditor, Kellner, Musiker, Strumpfwirker, Tischdrucker, Einleumleger, Lagerhalter, Rarmorarbeiter, Spanner, Stenograph, Schlichter, Verwalter, 4 ohne Beruf.

Pris. Der Wahlverein hielt am 11. d. M. seine Generalversammlung ab, in welcher K a m r a t h - Nixdorf Bericht über den Parteitag erstattete. Nach dem Jahresbericht des Vorstandes haben 24 Vorstandssitzungen stattgefunden, 12 regelrechte Vereinsversammlungen, 5 Volksversammlungen, 6 Handzettel-, 5 Flugblattverbreitungen, 2 Agitationstouren, 1 Gemeindevahl, 1 Stiftungsfest und 1 Kollekst. Die Mitgliederzahl war im Vorjahre 114 und schließt ab mit 187. Die Mitglieder verteilten sich nach Berufsn wie folgt: 36 Arbeiter, 11 Tischler, 4 Drechsler, 11 Möbelpolierer, 12 Rauer, 2 Hausdiener, 1 Weber, 4 Töpfer, 1 Tapezierer, 4 Schriftsetzer, 3 Schneider, 4 Gärtler, 5 Zimmerer, 1 Schmied, 1 Metallschleifer, 4 Schankwirte, 2 Vergolder, 2 Former, 2 Hammer, 1 Lagerhalter, 2 Steinseher, 1 Kistenmacher, 6 Sälöfer, 2 Gärtner, 1 Radwirt, 1 Steinienmacher, 2 Klempner, 1 Zigarrenmacher, 1 Puttmacher, 1 Uhmacher, 1 Holzbildhauer und 1 Schuhmacher. — Nach dem Bericht des Kassierers betrug die Einnahme 320,60 Mark, die Ausgabe 48,90 Mark. An den Zentralkassierer wurden 214 Mark abgeliefert. Bleibt Ortsbestand 58 Mark. Nach dem Bericht der Bibliothekare sind nur 8 Bände gelesen worden. In der Kasse sind 3,30 Mark. Die Lokalkommission berichtete, daß alle Lokale frei sind. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Julius S a n d m a n n, als 2. Vorsitzender D u f f e, als Kassierer D r e w i d e, als Schriftführer F e i t e r, als Revisoren V o g t, S c h l i e b i n g und K e i n, als Reisiger B e r n e r, als Lokal-kommissionmitglieder B r a a c h, J o n a s und B r e n g l o w, als Bibliothekar W e n i g e r. Aufgenommen wurden 7 neue Mitglieder

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Urania.

Taubenstr. 48/49.  
Um 4 Uhr im Theater:  
**Die Weltausstellung in St. Louis.**  
Hierauf: **Der Gardasee.**  
8 Uhr:  
**Im Bannkreis der Jungfrau.**  
Hörsaal 6 Uhr: Dr. B. Donath:  
**Elektrische Wellen.**  
Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.

# Rosa

das gelehrte Pferd!

# Apollo-Theater.

Täglich:  
**Berliner Luft.**  
Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Paul Lincke.**  
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Oktober-Spezialitäten.  
Anf. 8 Uhr, Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: **Frühlingsluft** und **Spezialitäten.**

# Metropol-Theater

**Josef Giampietro a. D.**  
Sonder. Joseph. Grünfeld. Frid-Frid.  
Letzte Woche:  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
Sonnabend, den 29. Oktober er.:  
Zum erstmalig:  
**Die Herren von Maxim.**

# Trianon-Theater.

# Gastons Frauen.

# Das Pfeffer-Rösl.

# Bernhard Rose-Theater

# Fr. Schnabels Verlobung.

# Volkgarten-Theater

# Der Wilderer.

# Skala-Theater.

# Sanssouci.

# Gaëtana.

# Reichshallen-Theater.

# Carl Weiß-Theater.

# Residenz-Theater.

# Eine Hochzeitsnacht.

# Kasino-Theater

# Mutter Gräbert.

# Carl Weiß-Theater.

# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**  
Komödie in 3 Aufzügen v. R. Dreger.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzelschreiber.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Kreuzelschreiber.**  
Bauernkomödie m. Ges. in 3 Akten von Ludwig Angenbrüder.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**In Behandlung.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum erstmalig: **Krieg im Frieden.**

# Kleines Theater

# Elektra.

# Thalia-Theater.

# Der Weiberkönig.

# Apollo-Theater.

# Berliner Luft.

# Metropol-Theater

# Ein tolles Jahr.

# Grande Soirée equestre

# Konsul II.

# Der irische Billy.

# Michael Strogoff

# Der Kurier des Zaren.

# Passage-Theater.

# Hans Frey, Humorist.

# Dida

# Kaiser Friedrich-Denkmal.

# Gebüder

# Herrfeld-Theater

# Nur noch kurze Zeit!!!

# Am andern Morgen

# Ein Königreich für eine Frau.

# WINTERGARTEN

# Neues Programm.

# Edi Stadler, Jodler.

# Morton und Elliot.

# Pas de Deux oriental.

# Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.

# Howard de Grey, Barfuß tänzerin.

# Permann Bros., Clowns.

# Neues Theater.

# Die lustigen Weiber von Windsor.

# Belle-Alliance-Theater.

# Die Jugendglocke.

# Zirkus Schumann.

# Zirkus Busch.

# Coco

# Palast-Theater.

# Zm Zukunftsstaat.

# „Palast-Theater“

# Boranzige.

# Etablissement Buggenhagen

# Militär-Konzert.

# Fritz Steidl-Sänger.

# Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

# Ein Königreich für eine Frau.

# Adlershof - Alt-Gliencke

# Ein Königreich für eine Frau.

# Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 103. Arnold Scholz.  
Jeden Mittwoch:  
  
680L

# Hamburger Sänger

Neu! Ein kritischer Tag. Neu!  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Vorzugsarten haben Günstigkeit.

# Otto Pritzkows

# Abnormalitäten - Ausstellung

# Arabella, die tätowierte Schönheit.

# Brauerei Königstadt.

# Horst's

# Zentral-Festsäle

# Englischer Garten

# Achtung!

# Rohtabak - Import

# Hengloß & Maak

# Spezialgeschäft für Uhren

# E. Möbis

# A. Wormann

# Große Extra-Vergünstigung!!

# Delikateß-Kölli.

# Ein Königreich für eine Frau.

# Invaliden - Unterstützungskasse

Steindruckerei u. Lithographen.  
Die Beerdigung des am 24. Oktober verstorbenen Mitgliedes  
**Theodor Klauing**  
findet statt am Donnerstag, den 27. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes Schönberg, Parf.straße, aus.  
Das Komitee.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

# Otto Krohn

# Beerdigungsverein

# August Weiß.

# Technikum Elektra

# Abendkurs für Automobilfahrer

# !! Von 36 Mk. an !!

# Lemkes Heiz-Apparat.

# Wer-Stoff-hat,

# Herren- und Knaben-Garderobe

# Große Extra-Vergünstigung!!

# Delikateß-Kölli.

# Ein Königreich für eine Frau.

